

# Die Politische Meinung

Nr. 540, September/Oktober 2016

Mitte – Aufbruch oder Abgesang

Die Politische Meinung

## MITTE

### Aufbruch oder Abgesang

**ZUM SCHWERPUNKT** Thomas Petersen, Statistische Befunde zur Wahrnehmung einer sozialen Spaltung; Karl-Rudolf Korte, Bürgerliche Mitte?; Dorothea Siems, Nur noch Abstieg?; Eva Maria Welskop-Deffaa, Mitte, Maß und Leistung

**INTERVIEW** Annegret Kramp-Karrenbauer über die Schwäche der demokratischen Mitte und die Reaktionen auf gestärkte politische Ränder

**STANDPUNKTE** Rupert Scholz, Zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

**FOKUS EUROPA** Hans-Gert Pöttering, Zu den Konsequenzen der britischen Ausstiegsentscheidung

9 €, Nr. 540, September/Oktober 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446, [www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de)

“

Legt man die Einkommensschwelle – wie dies international üblich ist – schon mit sechzig Prozent des mittleren Einkommens an, so zählten mehr als drei von vier Bundesbürgern zur gesellschaftlichen Mitte.

*Dorothea Siems*

Die Mitte darf dabei keineswegs mit Mittelmaß und Durchschnittlichkeit verwechselt werden [...] Ihre Substanz zu eruieren, bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe.

*Jens Hacke*

Die Mittelschicht wurde allzu oft vernachlässigt. So manche Reform hat Abstiegsängste erst geschürt. Deshalb sollte nun eine Phase folgen, in der die Mitte der Gesellschaft stärker ins Zentrum rückt.

*Thomas Köster*

Die Meinungsäußerungen der Bevölkerung zur sozialen Lage im Land stehen in einem auffälligen Widerspruch zu den statistischen Befunden. [...] Nicht die tatsächliche soziale Ungerechtigkeit, sondern die ‚gefühlte Ungerechtigkeit‘ ist gewachsen.

*Thomas Petersen*

Es ist zu einem fatalen Trend geworden, jedweder politischen Meinung abzusprechen, sie repräsentiere die politische Mitte, wenn sie sich nicht eindeutig im verengten Korridor zwischen klassisch ‚links‘ und klassisch ‚rechts‘ verorten lasse.

*Diana Kinnert*

Angesichts der dumpfen Siege politischer Vereinfacher gibt es für die bürgerliche Mitte richtig viel zu tun.

*Karl-Rudolf Korte*

”

# Editorial

---

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Wo die „Mitte“ moderner Gesellschaften liegt – wer traut sich zu, es genau zu sagen? Und doch darf sie als Schlüssel zu einem intakten Gemeinwesen gelten. Die Bundesrepublik Deutschland macht es evident: Ihr gelang es, eine politisch, sozial wie wirtschaftlich zur Mitte hin gerichtete, freiheitliche und soziale Gesellschaft zu begründen, die inneren wie äußeren Frieden zu bewahren half und nie gekannten Wohlstand hervorbrachte.

Die Mitteorientierung hat den Deutschen fraglos gutgetan, dennoch steht sie nicht mehr unangefochten da. Absetzbewegungen zu den Rändern sind eingetreten, bisweilen sind sogar neue Anfänge ressentimentgeladener Engstirnigkeit und Börsartigkeit zu beklagen. Eine diffuse Stimmung, es müsse sich in Deutschland und Europa irgendetwas ändern, greift um sich. Sie speist sich aus wachsenden Unsicherheiten (Katalysator Flüchtlingskrise) und trifft paradoxerweise auf einen ausgeprägten Beharrungswillen des Einzelnen: Not in my backyard! Populistische Strömungen geben dieser Wagenburgmentalität ein Forum und pflegen sie nach Kräften.

Die gesellschaftliche Mitte bleibt – trotz guter Konjunkturdaten – davon nicht unberührt. Sie ist selbst zum Gegenstand kontroverser Abstiegs- und Bedrohungsdebatten geworden und besitzt gegenwärtig nicht die selbstbewusste Dominanz, um die betäubende Stimmung des Gefährdetseins in eine handlungsbereite Zuversicht zu verwandeln, die die weltweiten Umbrüche nicht ignoriert, sondern erst gestaltbar machen würde.

„Mitte“ ist kein festgefügtes Phänomen, sie verändert sich und lässt sich verändern. Kein anderes Projekt war wohl jemals erfolgreicher bei der „Mittebildung“ als die Soziale Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Längst geht es nicht mehr darum, aus dem Nichts heraus eine stabile gesellschaftliche Basis für eine freiheitliche Ordnung zu schaffen, aber es gibt genügend Anlass, dieses Fundament durch eine deutlichere Fokussierung auf die Mitte zu festigen.

Politisch besteht die Schwierigkeit darin, die Abgrenzung zu populistischen Parteien zu formulieren und gleichzeitig integrativ auf die Menschen zu wirken, die Bedrohungsgefühle umtreiben und die zurzeit glauben, dass unter den „etablierten“ Parteien „keine echte Wahl“ mehr bestehe. Für die politische Mitte, als die sich die Unionsparteien in besonderer Weise verstehen, liegt darin eine fundamentale Bewährungsprobe. Dabei erreicht man die dringend notwendige Profilierung gegenüber den politischen Mitbewerbern allerdings nicht durch überflüssigen internen Streit, der Konturen nicht schärft, sondern verunklart. Maß und Mitte sind der Weg und das Ziel.

*Bernd Löhmann*

## INHALT

### 1 EDITORIAL

#### SCHWERPUNKT

## Mitte – Aufbruch oder Abgesang

### 14 BÜRGERLICHE MITTE

Karl-Rudolf Korte

Wie die etablierten Parteien sie  
neu erkämpfen können

### 22 BRÜCHIGE FUNDAMENTE

Jens Hacke

Über die gefährdeten geistigen  
Grundlagen der gesellschaftlichen Mitte

### 28 INTERVIEW: „KEIN HEXENWERK“

Annegret Kramp-Karrenbauer über  
die Schwäche der demokratischen  
Mitte und die Reaktionen auf gestärkte  
politische Ränder

### 34 DER KAMPF UM MITTE

Wolfgang Tischner

Die Geschichte der Mitte-Orientierung  
von der Zentrumsparterie bis zur Union

### 46 WAS DRIFTET AUSEINANDER?

Thomas Petersen

Statistische Befunde zur Wahrnehmung  
einer sozialen Spaltung

### 57 WIRKLICH SO ENTHEMMT?

Sabine Pokorny

Über eine Studie zu rechtsextremis-  
tischen Einstellungen in der Mitte

### 61 NUR NOCH ABSTIEG?

Dorothea Siems

Effiziente Bildungsinvestitionen  
stabilisieren die Mittelschicht

### 66 VERUNSICHERT!

Thomas Köster

Warum wir Reformen in der Sozial-  
und Steuerpolitik brauchen

### 77 ORIENTIERT AN WACHSTUM UND LEISTUNG

Michael Meister

Steuerpolitik für die Mitte

### 82 EIGENTUM FÜR ALLE

Lars Vogel

Vermögenspolitik in der Sozialen  
Marktwirtschaft

### 87 MITTE IN STADT UND LAND

Ilse Aigner

Die Förderung ländlicher Regionen  
in Bayern

## Mitte und ...

### 53 RELIGION

Claudia Lücking-Michel

Anmerkungen einer christlich geprägten  
Politikerin

### 55 SOZIALES ENGAGEMENT

Ulrike Kostka

Alles andere als „nützliche Idioten“

### 72 MASS: LEISTUNG 4.0

Eva Maria Welskop-Deffaa

Bemerkungen einer Gewerkschafterin

### 74 GERECHTIGKEIT

Herbert Henzler

Erfahrungen eines  
Unternehmensberaters

## Standpunkte

### 40 **DER ANTI-IDEOLOGISCHE ANSATZ**

Burkard Dregger

Was heißt heute Mitte?

### 43 **WARNUNG VOR ZU VIEL HARMONIE**

Diana Kinnert

Was heißt heute Mitte?

### 113 **DIE VERFASSUNG ÄNDERN!**

Rupert Scholz

Zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

## Fokus Europa

### 92 **INTERVIEW: „NICHT DAS ENDE!“**

Hans-Gert Pöttering über die Folgen des britischen Ausstiegs und die europäische Verantwortung

### 99 **MISSION SCHADENSBEGRENZUNG**

Günther Heydemann

Zu Gründen, Folgen und Auswirkungen der britischen Ausstiegsentscheidung

### 108 **GESCHWÄCHTER PRÄSIDENT?**

Yaşar Aydın

Die Türkei nach dem gescheiterten Militärputsch

## Gelesen

### 105 **VERTEIDIGUNG DES EURO**

Matthias Schäfer

Bodo Herzog: Es steht mehr auf dem Spiel als eine Währung

### 116 **UNERKLÄRTE KRIEGE**

Stefan Meining

Wie die DDR und die extreme Linke der Bundesrepublik Israel bekämpfte

## Erinnert

### 119 **ZWEIMAL DEUTSCHE KUNST**

Roland Prügel

Vor siebzig Jahren kam es zu einem neuen künstlerischen Aufbruch

### 126 **FUNDSTÜCK**

### 128 **AUS DER STIFTUNG**



## Mitte ohne Maßstab?

Die Fotoarbeiten des finnischen Künstlers Miklos Gaál bringen unsere Seherfahrungen ins Wanken: Was ist nah? Was fern? Was ist klein? Was groß? Der Blick wird durch verschleierte Bildzonen auf eine Mitte gelenkt, die deswegen umso schärfer, aber auch unwirklicher erscheint. Alltägliche Szenen verwandeln sich in irrealen Miniaturwelten nach Art von Modelleisenbahnen. So machen die Fotos erfahrbar, was passiert, wenn Maßstäbe verloren gehen, und regen dazu an, nach Maß und Mitte zu fragen.

Die Fokussierung auf die Mitte darf nicht dazu führen, dass die Ränder weggelassen werden. Vielmehr geht es um eine breite Wahrnehmung, die zweierlei leistet: Integration hin zur Mitte, aber auch klare Abgrenzung zu den Extremen.

© Miklos Gaál, *Imitation of Life*, 2000–2007

Cover: *Demonstration Day*, 2003, S. 6 und 7; *Avenida Presidente António Carlos (1–4)*, 2004, S. 8/9; *Meeting Place*, 2007, S. 10/11; *Construction Site*, 2002, S. 12/13; *Finland vs. Germany*, 2001, S. 91; *Version of history*, 2000

# Mitte

—

## Aufbruch oder Abgesang

















KÄRCHER

KÄRCHER

KÄRCHER

KÄRCHER



# Bürgerliche Mitte

—

Wie die etablierten Parteien sie neu erkämpfen können

## KARL-RUDOLF KORTE

Geboren 1958 in Hagen, Direktor der NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen.

Wer über den Begriff „bürgerliche Mitte“ als Habitus oder Zustandsbeschreibung räsoniert, artikuliert stets gefühlte Zugehörigkeiten. Das gilt ebenso für die häufig synonym gebrauchte Zuordnung der politischen Mitte. Wohlfahrts-

staatlich, gesellschaftspolitisch, wahlsoziologisch fällt es schwer, klare empirische Vermessungen des Bürgerlichen vorzunehmen, wenn man es nicht mit Mittelstand oder Mittelschicht verwechselt, die je nach Bemessungsgrundlagen unterschiedlichen Größenordnungen zuzuordnen sind. Die bürgerliche Mitte scheint in der Ausprägung einer gefühlten Zuordnung heterogener, bedrohter, heute schwerer erreichbar und von Statusängsten geplagt. Von alters her trafen zwei definitorische Merkmale auf das Bürgertum zu: Es war eine Bevölkerungsgruppe, die, von Mauern geschützt, in einer Stadt lebte und besondere Privilegien genoss. Für die Soziologie und die Politik des Bürgertums



sind das bis heute wichtige Kriterien: komplexe Sicherheit und mehr Kopf- als Handarbeit in einer Dienstleistungsgesellschaft. Die bürgerliche Gesellschaft stellte eine Gegenöffentlichkeit gegen Adel, Kirche und Handel dar. Die Gegenöffentlichkeit des Bürgerlichen zwang die Herrschenden, sich zu legitimieren. Demokratie ist ohne Bürgerlichkeit nicht lebensfähig. Doch wieviel Bürgerlichkeit steckt im Zeitgeist, wieviel Bürgerlichkeit lässt unser Parteienwettbewerb zu?

Als Kampfbegriff zur Mobilisierung in Wahlzeiten traten bürgerliche Parteien in einem sogenannten bürgerlichen Lager auf. In der Selbstbeschreibung zählten dazu immer Union und FDP. Doch was wäre dann nicht-bürgerlich? Proletarische Links-Parteien, Extremisten und Populisten oder Vertreter des neuen Dienstleistungs-Prekariats? Wo blieben bei so einer Aufzählung die Parteien des Deutschen Bundestags, die vor dem Hintergrund ihrer gemeinwohlorientierten Ausrichtung, einer grundgesetzkonformen Programmatik und einer überwiegend bürgerlichen Wählerschaft im Bundestag häufig die rechnerische Mehrheit gegen die Union bildeten? In weichgespülten politischen Lagern, wie wir sie bis zum letzten Sommer 2015 kannten, ergibt die Unterscheidung von bürgerlichen und nichtbürgerlichen Parteifamilien der Mitte keinen Sinn mehr. Mit dem Aufkommen der Alternative für Deutschland (AfD), die teilweise auch auf bürgerliche Wählerschichten zugreift, müssen die Definitionen der politischen Mitte neu gefasst werden.

## **ZEICHEN EINER RENTNER-DEMOKRATIE**

Die Differenzierung der bürgerlichen Mitte bleibt dennoch diffus, weil in Deutschland politisch-kulturell ohnehin die Mehrheit in die Mitte strömt. Das ist die Konsequenz einer Verhandlungsdemokratie, die im strikt machteilenden institutionellen Setting immer die Schlichtung und den breiten Konsens anstrebt. Die gefühlt immerwährende informelle Große Koalition gilt bei den meisten Wählern als Optimum. Der Heilige Gral wird immer in der politischen Mitte gesucht, und da hält sich auch der bürgerliche Wähler gern auf. Das bürgerliche Aufbegehren hat Grenzen: Zwei Drittel der Deutschen sagen in Umfragen seit vielen Jahren konstant, dass es zur vorrangigen Aufgabe der Opposition gehört, mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

Faktisch trägt diese bürgerliche Mitte bereits die Zeichen einer Rentner-Demokratie. Die bürgerlichen Alten bestimmen die Mitgliedschaft in den politischen Parteien. Sie wählen weitaus häufiger als die Menschen unter sechzig Jahren. Schon jetzt ist absehbar, dass bei der Bundestagswahl 2017 die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler über 55 Jahre alt sein wird. Das Grundempfinden dieser bürgerlichen Mitte zielt für die Politik eindeutig auf soziale

und innere Sicherheit, Verlässlichkeit, Status-quo-Dominanz und ein Versprechen der Planbarkeit des Lebens.

Die Bundestagswahl von 2013 war ein Triumph der Sesshaftigkeit. Nicht Bürgerrechtsthemen, sondern Wohlfahrtsversprechen dominierten. Nicht wer am meisten Veränderungen versprach – rechts wie links –, wurde gewählt, sondern wer am plausibelsten machen konnte, die Bürger vor den Unbilden der Zukunft zu schützen. Bürgerliche Wähler fordern Stabilitätsgarantien und wollen durch die Politik den Status quo gesichert und wertgeschätzt sehen. Für die europäische Haushaltskonsolidierung hieß das: Krisenlotsen, die expertokratisch, überparteilich entpolitisiert entscheiden, um als Anwalt unserer Steuergelder anderen Europäern möglichst nichts zu geben. Hier scheint das Strukturkonservative des Bürgerlichen wieder durch. Nicht direkte Verteilungsfragen sind wichtig, sondern eher Ligaturen, die ein Minimum an sozialer Sicherheit und Planbarkeit der eigenen Biographie für das Familien- und Arbeitsleben garantieren. Letztlich passte dazu über viele Jahre das politische Führungspersonal der bürgerlichen Mitte ganz genau. Es kommt unaufgeregt und unpräntiös daher in Zeiten dramatischer Risikoentscheidungen. Kalkuliert unauffällig und mit erklärungsarmem Pragmatismus ausgestattet, arbeitete die Große Koalition effektiv Probleme stellvertretend für die Bürger ab, die sie gewählt hatten. Die Wähler wollten damit möglichst nicht belangt werden, sobald der Wahltag vorbei war. Weit und breit grassiert Risiko-Unlust.

## **POLITISCHE STEUERUNG WIRD SCHWIERIGER**

Doch zeichnete sich das Bürgertum traditionell eben nicht nur durch schützende Mauern aus. Was ist positiv und leidenschaftlich demokratisch gewendet aus den einstigen Privilegien geworden? Was als Ausformulierung bürgerlichen Engagements dringend notwendig wäre, sind zivilisatorische Standards einer bürgerlichen Parteien-Formation beim Schutz von Minderheiten in einer Mehrheitsgesellschaft. Hier verbirgt sich der historisch qualitative Kern des Bürgerlichen in einer Demokratie. Gemeinwohlorientiert kann sich nur die politische Formation nennen, die das vermeintlich Abweichende schützt und für die Vielfalt als Freiheitsvorteil wirbt. So kann das Bürgerliche, egal welchen Alters, sich eben nicht nur hinter Mauern verschanzen oder sie gar neo-biedermeierlich erhöhen. Moderne Bürgerlichkeit, die sich im Parteienspektrum der Mitte abbildet, sucht nach der Verbindung aus moralischem Ernst, gemeinwohlorientiertem Kaufmannsgeist, sozialstaatlichem Pragmatismus und Autonomie, die sich über anspornenden Widerspruch freut. Wer von den Parteien der Mitte, die sich immer neu formiert und viele Parteien einbezieht, kämpft für so eine Neubestimmung? Angesichts der

dumpfen Siege politischer Vereinfacher gibt es für die bürgerliche Mitte richtig viel zu tun.

Das Zeitklima hat sich seit der letzten Bundestagswahl grundlegend gewandelt. Die Angst vor Entgrenzung steigt. Globalisierung hat im Moment einen schlechten Lauf. Eine Sehnsucht nach Begrenzung, nach Grenzen, nach territorialer und normativer Übersichtlichkeit ergreift die politische Mitte. So machen wir in Deutschland seit dem Sommer 2015 vielfältige kollektive Grenzerfahrungen. Im wörtlichen Sinne kommen viele Flüchtlinge seit dieser Zeit an Grenzen, die sie in ihrer Not überwinden wollen. Ebenso macht die Politik Grenzerfahrungen: Wir kommen an Grenzen mit unserem bisherigen Politikmanagement und mit unserer Vorstellung vom Regelungsmonopol des Staates. Grenzen lösen Angst aus oder provozieren ihre Überwindung und Unruhe. Neues Gestaltungswissen könnte das Regieren in einer Einwanderungsgesellschaft verändern. Doch zunächst wird politische Steuerung schwieriger, weil das bislang konsumierte Gesellschaftsmodell fragil wird. Es steht unter Druck – von außen durch Krieg und Krisen in der Nachbarschaft und innenpolitisch durch neue Koalitionen der Angst. Man gewinnt den Eindruck, dass die moralische Mehrheit für das moderne, liberale Gesellschaftsmodell des Westens in der Defensive ist. Alles ist verdachtsbestimmt, nichts erklärt sich mehr allein aus der Geschichte heraus. Die Regeln der durch Wahlen initiierten, repräsentativ verfassten Demokratie, die Erfahrung einer globalisierten Nation in Europa, der Schutz der Mehrheit gegenüber der Minderheit – all das existiert noch in Deutschland, aber das Selbstverständnis erodiert.

## **STRUKTURELL NERVÖS UND ZUKUNFTSENSIBEL**

Die progressive Mitte, die sich aktiv an Wahlen beteiligt und die Merkel-Mitte gestärkt hat, gibt es durchaus. Aber diese Mitte ist strukturell nervös und zukunftsensibel. Sie fordert eine Rückgewinnung nationaler Souveränität, Entschlackung des europäischen Apparates und kontrollierte Zuwanderung. Ob Resilienz-Management ausreicht, um diese Grundstimmung positiv zu wenden, kann bezweifelt werden. Denn neben der technokratischen Problemlösung als Grundlage unserer politischen Ordnung, die eine Sozialstruktur des Wohlfahrtsstaats mit abnehmender Ungleichheit sichert, stehen längerfristige, größere Herausforderungen. Wie wirbt man über Wahlen für die Vorteile unserer pluralistischen Demokratie? Wie kann man in der politischen Mitte mit Komplexität und zivilisiertem Streit um beste Lösungen werben? Wie schaffen wir elementare Demokratie-Erlebnisse, um bei Wahlen für den Erhalt des sozialen und gesellschaftlichen Friedens in einer heterogenen Gesellschaft zu mobilisieren? Solche Fragen sind Identitätsmarker.

Nichts ist allerdings sozialpsychologisch schwieriger, als positive Identität zu definieren. Doch in dieser Aufgabe zeigt sich die neue demokratische Herausforderung. Freiheit *von* etwas – das kennzeichnet historisch unseren Demokratieweg. Aber Freiheit *zu* etwas ist viel schwerer zu beschreiben, aber essenziell notwendig, um sich gegen einen neuen identitären Gruppenegoismus zur Wehr zu setzen. Dieser fremdelt mit der Freiheit der Andersdenkenden und meint die Willkür der Mehrheit. Die Freiheit, helfen zu können, haben Tausende seit dem Sommer 2015 unter Beweis gestellt. Helferstolz ist daraus erwachsen. Das ist ein Ansatz, wieder dafür zu werben, sich für die Freiheit offensiv einzusetzen. Populistische Bewegungen stimmen darin überein, dass moderne Gesellschaften ihren Identitätskern verloren haben. Populisten fühlen sich kulturell überfordert, eine Solidarität mit Fremden auszuhalten.

Wie unsicher die Zeiten sein können, war vielen Bundesbürgern bis zum Sommer 2015 nicht mehr bewusst. Sicher gab es Kriege in europäischer Nähe oder extreme Turbulenzen um den Euro. Doch den konkreten Alltag der Bürger erreichten diese medial vermittelten Krisen kaum. Auch faktisch befand sich die deutsche Demokratie nicht einer Krise, wie vergleichende empirische Studien belegen. Doch durch den neuen und plötzlichen Zustrom von über einer Millionen Flüchtlingen in Deutschland stand das politische System unter erheblichem Belastungsdruck. Erstmals beherrschte Angst über Monate die öffentliche Stimmung. Viele Bürger sahen sich mit Unsicherheit konfrontiert: bei den Spitzenpolitikern, den Parteien, der öffentlichen Verwaltung. Geblieben sind erhebliche Erosionen und Verwerfungen sowohl im politischen Diskurs als auch im Parteiensystem.

Hinter der Flüchtlingspolitik als *Policy* auf dem Wählermarkt stellen sich grundsätzliche Fragen an die Demokratie, wie wir sie bislang in Deutschland kennen und schätzen. Der aktuelle Befund ist eindeutig: Die Wahrnehmung von Verschiedenheit und Differenz hat im politischen Bewusstsein der Bürger zugenommen. Das gilt national wie auch europaweit. Ursprünglich war das Konzept der repräsentativen Demokratie historisch eine präzise Antwort auf Verschiedenheit. Anders als im überschaubaren attischen Stadtstaat muss eine moderne Demokratie auf Größe reagieren, strukturell zu Flächenstaaten passen und mit Vielfalt umgehen können. Wenn heute mehr Differenz und Vielfalt als Problem wahrgenommen werden, dann ist dies auch ein Zeichen für die Krise der politischen Repräsentation. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht ausreichend in den Parlamenten repräsentiert. Sie zweifeln an der Legitimität der Entscheidungen. Politiker wiederum werden mit Verachtung konfrontiert, wenngleich sie sich bemühen, stellvertretend für die Zivilgesellschaft die gravierenden Probleme zu lösen. Hintergrund dieser Prozesse ist derzeit ein die Epoche prägendes Durcheinander: immense Migrationsbewegungen, instabile Weltregionen, wachsende Risiken durch radikale Gruppen und neue ideologische Antagonismen zwischen West und Ost, die längst überholt schien. Die normative Unordnung verunsichert.

Wichtig bleibt, Verschiedenheiten demokratisch auszuhandeln. Dies ist über Wahlkämpfe, aber auch parlamentarische Debatten möglich. Ein Dissens, über den parlamentarisch abgestimmt wird, hat immer höhere Legitimationskraft als ein Konsens, der nie verhandelt wurde. Ausschließlich solche Debatten und Verhandlungen können die Angst vor Differenz nehmen. Demokratie ist ein doppeltes Versprechen: prozedural – durch gleiche Teilhabe am politischen Prozess – und substanziell – als Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse. Beide Versprechen sind heute unter enormem Druck. Sie wirken stellenweise ausgehöhlt angesichts geringer Wahlbeteiligung und wachsender – auch – ökonomischer Ungleichheit.

Antworten können Beobachtungen zum Parteienmarkt liefern, der in Deutschland selten polarisiert daherkam. Desintegration entwickelt sich, wenn extreme Parteien an Zuspruch gewinnen. Noch immer gruppiert sich das Parteiensystem in Deutschland um drei wichtige große gesellschaftspolitische Konfliktlinien: um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um kulturelle Differenzen der politischen Partizipation (libertär oder autoritär?), um das relative Gewicht von Staat und Markt.

## **„VOLKSGEMEINSCHAFT“ STATT WELTBÜRGERTUM?**

Doch seit einiger Zeit kommt eine neue, vierte wichtige gesellschaftspolitische Konfliktlinie wirkungsmächtig hinzu. Es ist das ideologische Konfliktpotenzial zwischen kosmopolitischen und kommunitarischen Werten. Gemeint ist das Spannungsfeld zwischen globalisierten Weltbürgern und nationalkonservativen Gemeinschaften. Kommunitarische Einstellungen favorisieren die Zugehörigkeit und Mitgliedschaft in nationalen und kommunalen Kontexten. Kosmopolitische Einstellungen betonen hingegen universelle Verpflichtungen. Da können dann etwa neobiedermeierliche Rückzüge und kulturelle Schutzargumente des eigenen Marktes einem internationalen Freihandelsabkommen wie TTIP entgegenstehen. Da wird die innere Globalisierung – auch als humanitäre Aufgabe, Flüchtlinge aufzunehmen – infrage gestellt. Letztlich triumphiert im nationalen Kommunitarismus die „Volksgemeinschaft“ gegenüber internationalen Verpflichtungen. Solche Bewegungen und Parteien füllen eine Repräsentationslücke, die von den etablierten Parteien nicht abgedeckt wird. Doch es wäre vereinfacht, zu sagen, hier stünden Globalisierungsgewinner gegen Globalisierungsverlierer. Die gesellschaftspolitische Konfliktlinie orientiert sich eher an den Globalisierungsverängstigten. Solche Wähler fühlen sich entfremdet im eigenen Land und mit der Beschleunigung des Alltags überfordert.

Parteien sind extrem lernfähig. Anders als bei den Piraten gibt es im Umgang mit den Erfolgen der AfD weitaus höhere Hürden und komplexere Lernkurven, um die Erfolgsthemen der AfD zu übernehmen. Das betrifft

zunächst das in Teilen rechtsradikale, antisemitische, völkische Gedanken- gut, was keine etablierte Partei der Mitte übernehmen wird. Es finden sich Volksverhetzung und Gewaltaufrufe, die strafrechtlich relevant sind. Hier zeigen sich die traditionellen Parteien geschlossen abwehrbereit. Lernen können die anderen Parteien jedoch vom Duktus, in Alternativen zu denken. Wieso gab und gibt es angeblich keine Alternativen zum Euro-Rettungskurs? Wieso können einige Länder der Europäischen Union Grenzen schließen und andere nicht? Wieso lassen sich nicht Lösungen anbieten, die unbegrenzte Freizügigkeit von Personen einhegen? Wieso werden Bürgermeister überhört, die mit der Ghettobildung durch Migranten überfordert sind? Auch der Brexit kam im Mainstream der etablierten Parteien nicht vor. Mit der Entscheidung der Briten setzt nun ein Umdenken durch Lerneffekte ein. Weitere Erfolge der AfD werden langfristig stagnieren. Denn erkennbar wird nicht nur, dass es immer politische Alternativen gibt, sondern auch, dass die Folgen beherrschbar sind. Denkverbote bröckeln seither.

## OHNE HYPERMORAL DER GUTMENSCHEN

Das gilt vor allem für moralische Höhenflüge. Wer das in großen Teilen antipluralistische Programm der AfD kritisierte, tat dies bislang immer im Gestus des Besserwissers. Populistische Parteien geben sich nicht nur anti-elitär: „Wir gegen oben!“ Sie sind auch antipluralistisch, weil sie das „Wir“ immer nur auf sich selbst beziehen. Ihr „Wir“ behauptet demnach, für den „wahren Volkswillen“ zu stehen. Doch auch liberale Demokraten, die das offene Gesellschaftsmodell verteidigen, verfallen ebenso oft in moralisch abgrenzende Kategorien, die herablassend auf protestbereite Wähler wirken. Wer politische Alternativen nicht denkt, stärkt die AfD. Dass sich alle Alternativen nur im Kontext des Grundgesetzes und damit der Menschenwürde bewegen sollten, begrenzt normativ den Gedankenraum, aber sicher nicht die politische Lernkurve. Im Moment ist spürbar, wie sich das neue Denken in Alternativen, ohne Hypermoral der Gutmenschen, ausbreitet. Die etablierten Parteien übernehmen keineswegs das antipluralistische Freund-Feind-Denken der AfD, aber die etablierten Parteien prüfen ihre Standpunkte, sie suchen den politischen Streit. Zumindest entwickeln sich die Debatten in den Landtagen in diese Richtung.

Die AfD stellt Identitätsfragen auch an die politische Mitte. Demokratien müssen in Parlamenten aushandeln, wer zum Subjekt der Demokratie dazugehört und wer nicht. Jahrzehntlang hat sich Deutschland als Einwanderungsgesellschaft ohne Einwanderungsgesetz dieser Diskussion entzogen; das rächt sich jetzt. Die AfD agiert nicht nur auf den Wellen einer antielitären Wut und nutzt nicht nur einen antipluralistischen Impuls, sie definiert auch, wer drinnen und wer draußen sein sollte, wer dazugehört und wer nicht. Die

AfD vertritt bisher die Interessen der Globalisierungsverängstigten. Die etablierten Parteien der Mitte stehen in der Gefahr, auch diesen Konflikt fatalerweise zu moralisieren: Die Guten sind immer die Europäer, die Schlechten sind diejenigen, welche Halt im Nationalen suchen. Aber diese Arroganz der moralisierten Mitte, die Heimatverbundenheit teils als rückständig kritisiert, verliert Stück für Stück an Wirkungsmacht. Das spricht nicht gegen gute Gründe einer europäischen Vergemeinschaftung. Doch die etablierten Parteien versuchen, verlorengegangenes Terrain zurückzuerobern und nationale Kompetenzfelder mit den Themen sozialer sowie innerer Sicherheit zu besetzen. Das sind angemessene Antworten auf einen Beschleunigungsschub. Die europäische Integration wird seit dem Brexit deutlicher politisiert. So könnte es den etablierten Parteien gelingen, Wählern eine Heimat abseits des Protests zu bieten.

Offene Gesellschaften sind liberal. Das setzt aber politisierte Alternativen immer voraus, über die laut gestritten werden muss – auch über unplausible Argumente. Jeder öffentlich ausgetragene Konflikt schwächt die AfD, wenn Alternativen zwischen Inländern und Inländern diskutiert werden. Die AfD verliert an Zustimmung, nicht durch die Anbieterung der anderen Parteien, die Angst-Mitte verstehen zu wollen, sondern nur durch Abrüsten des moralischen Hochmuts. Populistische Volksbelauscher überrascht man mit argumentativer Augenhöhe, neugierigem Zuhören und mutiger Zuversicht. Diese Erfolgsfälle kann Populisten unter die Fünf-Prozent-Hürde bringen. Die Bundestagswahl 2017 ist insofern mehr als nur ein Parteienwettbewerb. Im Schatten von Terror, Krieg und Krisen nimmt Ideologie zu und Pragmatismus ab. Unterschiede zwischen Demokratien und autoritären Regimen werden sichtbarer. Wähler sehen sich konfrontiert mit elementaren Demokratiefragen – gerade in der politischen Mitte. Das könnte mobilisieren.

#### **Weiterführende Literatur**

Bieber, Christoph / Blätte, Andreas / Korte, Karl-Rudolf / Switek, Niko (Hrsg.): *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung*, Springer VS Verlag, Wiesbaden, erscheint im Herbst 2016.

# Brüchige Fundamente

—  
Über die gefährdeten geistigen  
Grundlagen der gesellschaftlichen Mitte

**JENS HACKE**

Geboren 1973 in Bonn,  
Politikwissenschaftler und  
Buchautor, lebt in Hamburg.

Was prägt und was eint die Bürgerschaft eines Staates, die sich in aristotelischer Weise auf eine starke gesellschaftliche Mitte berufen möchte?

Diese Frage steht seit jeher im Mittelpunkt politischer Reflexion. Die Mitte darf dabei keineswegs mit Mittelmaß und Durchschnittlichkeit verwechselt werden, auch wenn es bei ihrer Konstitution um eine gemeinsame Schnittmenge von Überzeugungen und geteilten Werten geht. Die Substanz einer demokratischen Mitte zu eruieren, bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe. Wir sind dazu aufgefordert, herauszufinden, was unsere gemeinschaftsstiftenden Prägungen sein könnten und welches gemeinsame Wollen uns verbindet. Eine kollektiv erfahrene Geschichte kann als



Identitätsressource dienen, und eine wenn möglich optimistische Vision wird die Gesellschaft künftige Herausforderungen zielgerichtet angehen lassen. Damit ist eine simple republikanische Grundvoraussetzung zur Konstituierung einer handlungsfähigen Wir-Gemeinschaft angesprochen: Zukunft braucht Herkunft – diese Formel pflegte der im letzten Jahr verstorbene Philosoph Odo Marquard zeit seines Lebens zu verwenden.

## **REFLEX GEGEN GEFÜHLIGE POLITISIERUNG**

Wann immer es um eine kollektive Identität oder um Gemeinschaftsgefühle innerhalb einer Bürgerschaft geht, stellt sich schnell Unbehagen ein. Denn es ist naheliegend, auf der Grundlage eines individualistisch orientierten Liberalismus vor jeder emotionalen Vergemeinschaftung zu warnen. Die Tyrannei der Mehrheit, die undifferenzierten Leidenschaften der Massen und der opportunistisch kalkulierende Populismus erscheinen als die Kehrseite jedes forcierten Appells an demokratische Homogenität. Nach der Erfahrung des Totalitarismus, ob radikalnationalistischer oder kommunistischer Machart, bleibt man skeptisch gegenüber jeder Form von gefühliger Politisierung. Gleichwohl wissen wir, dass ein Gemeinwesen nicht allein als Organisationseinheit und rationaler Zweckverbund existieren kann.

Die liberale Demokratie scheint immer mit dem Problem befasst, wie eine Balance zwischen gefühlter Zusammengehörigkeit und rationaler Vergesellschaftung herzustellen ist. Ihr Rahmen ist – bis auf Weiteres – der Nationalstaat; der historische Referenzraum ist die Geschichte dieses Nationalstaats. Die Art und Weise, wie diese Historie verlebendigt und präsent gehalten wird, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Zum einen spielt der unmittelbare Erfahrungsraum der jüngeren Zeitgeschichte eine wichtige Rolle, zum anderen wird das historische Bewusstsein durch geschichtspolitische Erinnerungsarbeit mit geprägt.

Geschichtspolitik bleibt im liberalen Staat Gegenstand von Deutungskämpfen. Eine bestimmte Linie lässt sich nicht dekretieren. Geschichtspolitische Interpretationen sind gegenwartsinteressiert und sollen zur Stiftung eines Wertekonsenses oder einer gemeinsamen historischen Identität beitragen. Das kann wie im Falle des Nationalsozialismus durch kritische Auseinandersetzung und moralische Absetzung erfolgen. Es kann aber auch durch Vergewärtigung einer Erfolgsgeschichte als identitätsstiftende Erinnerung vonstattengehen: Wirtschaftswunder, Wiederaufbau, die Konsolidierung der Demokratie in der Bundesrepublik und die Wiedervereinigung etwa avancieren dann zu Ereignissen, aus denen sich in positiver Weise eine historische Identität gewinnen lässt. Wir wissen auch, dass die Ereignisse, die uns momentan beschäftigen, bald schon Gegenstand von geschichtspolitischen Bemühungen werden.

So hat der Politikwissenschaftler Herfried Münkler jüngst darauf hingewiesen, dass die Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge trotz aller Schwierigkeiten nicht nur als Krise begriffen werden sollte. Vielmehr haben wir es zu weiten Teilen mit einem Akt gemeinschaftlicher bürgerlicher Anstrengung zu tun, der später durchaus einmal als große republikanische Leistung erinnert werden könnte. Die mittlerweile geschmähten Worte der Bundeskanzlerin – „Wir schaffen das!“ – sind dabei nichts anderes als ein republikanischer Appell, der um solidarisches Verhalten in einer Ausnahmesituation wirbt.

Man mag an der Politik der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage viel auszusetzen haben – mangelnde Voraussicht, Fehler in der Koordination, Ungeschicklichkeit im Umgang mit den europäischen Partnern et cetera –, aber Merkels Satz ruft eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit in Erinnerung: nämlich dass die Bürger eines politischen Gemeinwesens in Ausnahmesituationen zu kollektiven Anstrengungen aufgerufen sind. Es gibt unausweichliche Momente, in denen die sozialmoralische Ressource der Solidarität gefordert ist: ob bei Naturkatastrophen, wenn beispielsweise Dämme brechen, bei Bedrohungen durch terroristische oder kriegerische Gewalt oder in ökonomischen Notlagen. Solidarität kann nicht auf Dauer gestellt werden, sie ist anlassbezogen und bleibt eine flüchtige Tugend, die sich immer wieder in neuen Konstellationen zu Geltung bringt.

## KRISEN SETZEN KRÄFTE FREI

Solidaritätsforderungen, Solidaritätspotenziale und normative Begründungen von Solidarität überschreiten heute sicherlich den Horizont von Ungleichheiten, der traditionell die soziologischen und politischen Überlegungen bestimmt hat. Die modernen Gesellschaften zeichnen sich durch eine neue Fluidität aus; durchlässige Grenzen, die Heterogenität der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die Pluralität der Lebensstile komplizieren die Solidaritätsbeziehungen und machen sie vielfältiger. Dabei droht in bislang offenen Gesellschaften eine Rückkehr zu Praktiken der Abschottung, die vor allem von Populisten schon vielfach gefordert werden. Eine solche Entwicklung ist nicht unwahrscheinlich, aber aus zivilisatorischer und normativer Warte weder tolerierbar noch praktikabel, weil man damit Ressentiments schürt, hinter bereits erreichte Freiheitsgewinne zurückzufallen droht und den komplexen Aufbau der liberalen Ordnung gefährdet. Stattdessen ist es erstrebenswert, die solidarischen Möglichkeiten in pluralistischen, demokratischen Gesellschaften immer wieder neu auszuloten. Denn sobald durch gemeinschaftliches solidarisches Handeln ein Problem bewältigt worden ist, wenn man eine Krise durchschritten hat, dann gibt es allen Grund, daraus Kraft zu beziehen, indem man sich an die gemeinschaftliche Leistung erinnert.

Die Reaktion auf Merkels Ausspruch, die mit Verzögerung einsetzende harsche Kritik an einer vermeintlich naiven Willkommenskultur, zeigt zweierlei: Zum einen wird deutlich, wie sehr die Politik mit dem Gedanken bürgerlicher Pflichten und aktiver Partizipationsbereitschaft fremdelt; zum anderen, wie technokratisch unser Verständnis von Regieren immer noch bestimmt ist. Dabei hat gerade die Flüchtlingskrise seit letztem Sommer gezeigt, dass eine beeindruckende Zahl von Freiwilligen hilfsbereit, leistungsfähig und engagiert die Aufgaben anpacken will. Frustrationserfahrungen wurden nicht selten durch verfehlte zentrale Planung verursacht. Anstatt die Bürger frühzeitig einzubinden, dekretierte man beispielsweise den Standort völlig überdimensionierter Flüchtlingsunterkünfte. Ähnliche Planungsüberforderungen erschwerten die Arbeiten an Schulen und in sozialen Einrichtungen – fast immer lagen die Fehler in verspäteter Kommunikation und schließlich im überhasteten Handeln unter Druck. Dazu kommt wahrscheinlich eine deutsche Neigung, zuerst die Probleme und Ängste zu artikulieren, anstatt sich die Erfolge und Chancen vor Augen zu führen.

## **DIE SANFTE UTOPIE DES WOHLFAHRTSSTAATES**

Gerade weil es zum Wesen der Demokratie gehört, dass Opposition und Kritik den Diskurs dominieren und man stets den Eindruck haben kann, sich in einer Krise zu befinden, bleibt es die Aufgabe der politischen Bildung, die positiven, motivierenden und kreativen Aspekte der demokratischen Lebensform ins rechte Licht zu rücken. Natürlich werden an die Demokratie dauernd Ansprüche gerichtet und Defizite moniert: Ihre Bevölkerung sei zu heterogen, das soziale Gefälle sei zu groß, es fehle an Gemeinsinn, die Steuerlast sei zu hoch, Ressourcen würden verschwendet. Insofern ist der demokratische Staat permanent damit beschäftigt, hohen Erwartungen hinterherzuarbeiten.

Möglicherweise leiden wir weiterhin an den Spätfolgen eines Machbarkeitsdenkens, das die sanfte Utopie des umsorgenden Wohlfahrtsstaates aus den Jahren des Nachkriegsbooms prägte. Wenn uns auch der Glaube an eine sozialliberal nivellierte Mittelstandsgesellschaft verloren ging, so hat doch eine mentale Disposition überdauert. Interessanterweise hat sich eine wesentliche Argumentationsfigur gehalten, diejenige des Sachzwangs. War es früher eine Idee keynesianischer Regulierung, so scheinen heute die Strukturfordernisse einer Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen keine Alternativen zu lassen. Es hätte aber mit einem merkwürdig beschränkten Begriff von Politik zu tun, wenn man nur noch die Melodien einer *global governance* spielte und das politische Handeln einzig am Kriterium der Marktförmigkeit ausrichtete.

Bereits Ordoliberaler wie Walter Eucken oder Wilhelm Röpke wussten, dass die Ökonomie auf sozialmoralischen Vorbedingungen beruht, auf die der Markt selbst zwar angewiesen ist, die er aber nicht erzeugen kann. In diesem Sinne ist es unerlässlich, den Blick auf die unmittelbare Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger und auf die demokratische Lebensform zu richten. Uns wird in Erinnerung gerufen, dass das Gemeinwesen eben zuallererst aus seiner Bürgerschaft besteht, und die Bürgerinnen und Bürger benötigen Räume und Möglichkeiten, um sich zu entfalten und ihre politische und soziale Lebenswelt selbst zu gestalten. Der liberale Staat hat dabei insbesondere die Aufgabe, Pluralität und Vielfalt zu schützen sowie gemeinsame Regeln als Handlungsgrundlage zu entwickeln.

## **BILDUNG – INDIKATOR FÜR DIE VERFASSUNG DER MITTE**

Im Lichte eines republikanischen Politikentwurfs, der immer versucht, liberale Werte mit demokratischen Zielen zu vereinbaren, geht es um die Balance von Freiheit und Gleichheit. Sie wird nicht einfach hergestellt, sondern die Praxis des gemeinsamen Handelns, der bürgerlichen Vereinbarung, des Strebens nach Verbesserung ist selbst schon ein Zweck.

Insofern werden zwei zentrale Problemfelder immer wichtiger: die Gestaltung der städtischen Öffentlichkeit und der kommunalen Lebenswelt einerseits, das weite Feld der Bildung andererseits. An beide Gebiete lassen sich die Maßstäbe demokratischer Gleichheit anlegen, weil sich im öffentlichen Raum und in den Bildungsinstitutionen die Bürger nicht nur als Gleiche begegnen, sondern idealerweise unabhängig von Herkunft und ökonomischem Hintergrund gleiche Chancen erhalten sollten. Dort zeigt sich die Verfassung der politischen Mitte. In Zeiten großer politischer Umbrüche, die vor allem an europapolitischen, ökonomischen und globalen Herausforderung gemessen werden, läuft man Gefahr, den Humus des Politischen, die unmittelbaren Betätigungsfelder der Bürgerinnen und Bürger, aus den Augen zu verlieren.

Demokratische Politik erschöpft sich nicht im Abstimmungsverhalten der Bürgerschaft, sie benötigt Entfaltungsmöglichkeiten und Gestaltungsräume. Die Pflege öffentlicher Einrichtungen und Plätze, die menschenfreundliche Gestaltung der wachsenden Städte, die Förderung bezahlbarer Wohnungen – dies alles ist kein Luxus, sondern verfolgt ein egalitäres Ziel. Dadurch wird Partizipation gefördert, es werden Begegnungen möglich gemacht, es werden die Grundlagen für gesellschaftliche Integration geschaffen. Es muss ein Ziel demokratischer Politik bleiben, die Gesellschaft durch die Gestaltung des öffentlichen Raumes im wahrsten Sinne offen zu halten. Denn eine lebendige politische Öffentlichkeit ist der beste Nährboden für eine breite und aktive politische Mitte. Phänomene, die andere westliche Gesellschaften bereits zu dominieren beginnen – die Abschottung der Reichen in

*gated communities*, die Ghettoisierung abgehängter Viertel –, sind eine Warnung. Sie destabilisieren die Demokratie.

Darüber hinaus bleibt die Bildungspolitik, das heißt die Verbesserung der Bildungschancen für alle, der zentrale Hebel zur Pflege einer Kultur der Demokratie. Bildung ist zwar das Mittel zur beruflichen Qualifizierung, aber sie darf sich nicht allein dem Diktat einer Optimierung der individuellen Arbeitsmarktchancen beugen. Sie dient selbstverständlich auch der Einübung in demokratische Lebensformen, sie leistet die Vermittlung der Werte, die uns wichtig sind, sie trägt zur Integration der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bei, schärft unsere Sinne für Pluralität, Toleranz und Kooperation. Diese Aufgaben wachsen in einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft.

## **WANKELMÜTIGE SCHULPOLITIK**

Deshalb wirkt es bisweilen grotesk, wenn mittlerweile eine bürokratisch ersonnene Bildungsreform die nächste jagt, um die Kinder schon vor Vollendung ihres 18. Lebensjahres an die Universität zu bringen, während der Lehrerberuf weiterhin an Status und Attraktivität verliert, obwohl die Erzieher und Lehrer heute viel mehr leisten müssen als noch vor zwei Jahrzehnten. Dass der Schlüssel für gelungene Erziehungs- und Bildungsarbeit in einer vernünftigen Ausstattung des Personals und in einem besseren Betreuungsschlüssel liegt, ist zwar allgemein bekannt. Die Wankelmütigkeit einer Politik, die sich zwischen Modernisierungsdruck und vermuteten Qualifizierungszwängen für den Arbeitsmarkt bewegt, lässt jedoch vermuten, dass die Aufgabe bei Weitem noch nicht verstanden worden ist.

Ein großer deutscher Liberaler, der Soziologe Ralf Dahrendorf, bezeichnete vor etwa fünfzig Jahren Bildung als Bürgerrecht und prägte zur gleichen Zeit den Begriff der „Lebenschancen“. Diese zu gewährleisten, den Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gleichen Zugang zu den öffentlichen Gütern, zur Bildung und zur demokratischen Teilhabe zu verschaffen, ist das zentrale Anliegen einer Politik für die Mitte. Denn in der Begegnung als Gleiche wächst die Solidaritätskompetenz des Einzelnen. Dass dies nachhaltig positive Wirkungen für das demokratische Bewusstsein und die erfolgreiche Erwerbstätigkeit der Bürgerinnen und Bürger zeitigt, versteht sich eigentlich von selbst. Diese Zielformulierung mag banal klingen. Aber es scheint notwendig, im kurzatmigen politischen Betrieb daran zu erinnern, wie wichtig diese Grundvoraussetzungen für die demokratische Lebensform als einigendes Band sind.

# „Kein Hexenwerk“

---

Die saarländische Ministerpräsidentin über die Schwäche der demokratischen Mitte und die Reaktionen auf gestärkte politische Ränder

## **ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer**

Geboren 1962 in Völklingen, Landesvorsitzende der CDU Saar, seit August 2011 Ministerpräsidentin des Saarlandes.

**Frau Ministerpräsidentin, was bedeutet „Mitte“ für die CDU?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Die CDU ist als eine Union unterschiedlicher politischer Strömungen und Haltungen gegründet worden. Schon deshalb bündeln sich in ihr eine geistige und soziologische Breite und Vielfalt. Die verbindende „Mitte“ konkretisiert sich in den Grund-

konstanten der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die maßgeblich auf die Politik der Union zurückgehen: klare Einbindung in den Westen, in die NATO, in die Europäische Union und das eindeutige Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft.

Das sind die Leitplanken, innerhalb derer wir uns bewegen. Und das unterscheidet uns von den Parteien an den Rändern, die links außen beispielsweise nichts von der Sozialen Marktwirtschaft halten oder die Einbindung in die NATO infrage stellen und rechts außen die Integration in die Europäische Union ablehnen. Dagegen



© picture alliance / Becker & Bredel

würde ich alle Parteien als der Mitte zugehörig definieren, die sich entlang der von mir skizzierten Grundkonstanten orientieren. Dabei gibt es selbstredend – je nach Partei – sehr unterschiedliche Gewichtungen und Antworten auf die aktuellen politischen Fragestellungen.

**Wie würden Sie das Verhältnis der CDU zur „gesellschaftliche Mitte“ charakterisieren?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Zur „gesellschaftlichen Mitte“ gehören alle diejenigen, die auf dem Boden unserer freiheitlichen Ordnung stehen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahrzehnten gelebt wird. Das umfasst zunächst ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie. Hinzu kommt aber die Unterstützung des Leistungs-

gedankens – zusammengefasst durch die Formel der Sozialen Marktwirtschaft: „Aufstieg durch Leistung“ –, was wiederum den Leitgedanken der Chancengerechtigkeit voraussetzt und deutlich macht, warum das Thema Bildung einen zentralen Stellenwert besitzt.

**Die „gesellschaftliche Mitte“ sei bunter geworden, behaupten Soziologen. Ist das ein Problem für die CDU?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Nein, wenn es diese Entwicklung nicht gegeben hätte, hätte das Stillstand bedeutet. Und Politik – erst recht in der CDU – ist nie etwas Statisches. Sie muss immer etwas sein, was sich bei allem, was auch zu bewahren ist, weiterentwickelt. Politik reagiert auf gesellschaftliche Entwicklungen, begleitet sie oder schiebt sie an. Das gelingt

nicht, indem man bloß die politischen Antworten der Vergangenheit fortschreibt. Vielmehr stellen sich die Fragen: Wie bewahre ich in einer sich wandelnden Gesellschaft den Kern unserer Überzeugungen? Welche konkreten Schritte lassen sich aus unseren geistigen Wurzeln ableiten?

Insgesamt ist uns das, glaube ich, nicht schlecht gelungen: Zwar hat es in den vergangenen Jahrzehnten eine verstärkte Diskrepanz zwischen den einzelnen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen gegeben. Doch zeigt sich etwa im Vergleich mit anderen europäischen Staaten, dass in Deutschland dank der Sozialen Marktwirtschaft erneut Integration geschaffen wurde.

**Andere Parteien sind im Laufe der Jahre in die „Mitte“ gerückt. Daher fragt mancher, inwiefern die Orientierung an einer „Mitte“ noch ein Moment der Abgrenzung sein kann. Erst recht dann nicht, wenn – wie im Saarland – Große Koalitionen regieren. Drohen die Profile der Parteien nicht zu verschwimmen?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Wie gesagt, ist die Orientierung an der Mitte eine Frage politischer Haltungen und Überzeugungen. Sie beinhaltet eine Orientierung an den Grundlagen unseres Staates, womit sich auch eine Absage an radikale und vereinfachende Politikentwürfe verbindet. Worin sich Parteien der „Mitte“ – insbesondere Volksparteien – von radikalen Parteien im linken und rechten Spektrum unterscheiden, ist nicht zuletzt das Bemühen, Politik im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten und sich nicht nur darin zu gefallen, ein Sammelbecken für Protest zu sein.

Aus meiner Sicht wäre es eine überzogene Reaktion, wenn man angesichts mancher aktueller Diskussionen in Berlin generell Große Koalitionen ablehnen würde. Große Koalitionen sind dann sinnvoll, wenn sie sich auf ein klares Projekt geeinigt haben, an dem alle Partner mit dem gleichem Ehrgeiz arbeiten. Das ist im Saarland der Fall, indem wir gesagt haben: Wir arbeiten in der Großen Koalition zusammen, weil wir in schwierigen Situationen und Verhandlungen die Existenz des Landes sichern wollen. Wenn sich Große Koalitionen allerdings darauf beschränken, nur noch auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu agieren, dann bringen sie sich selbst ins Zwielficht. Wobei man mit Blick auf Berlin hinzufügen sollte, dass die dortige Große Koalition notwendig geworden ist, weil sich die Grünen einer Regierungsverantwortung entzogen haben.

**Aktuell hat es den Anschein, dass allenthalben – nicht nur in Deutschland – die politischen Ränder an Attraktivität gewinnen. Ist der Drang zur Mitte an sein Ende gekommen?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Nein, das ist er nicht. Das Gegenteil ist richtig: Das Bekenntnis zur Mitte und ihre Stärkung sind notwendiger denn je. Das aktuelle Erstarken der Ränder ist ein Reflex darauf, dass wir es insgesamt mit einem Lebensumfeld zu tun haben, das immer komplexer wird. Eine verantwortliche Politik steht vor der Situation, dass sich auf vielschichtige Probleme nur schwerlich einfache Antworten finden lassen. Dem steht der Wunsch vieler Menschen gegenüber, in einer übersichtlicheren und einfacheren Welt zu leben. Das eröffnet Raum



für diejenigen, die die Welt in schlichte Kategorien einzuteilen versuchen: in Schwarz und Weiß, in Gut und Böse.

Dabei gilt es, die Erfahrungen aus der Weimarer Republik sehr ernst zu nehmen, die nicht zuletzt an der Schwäche der demokratischen Mitte gescheitert ist. Das darf uns auf keinen Fall passieren.

**Ist es dann nicht ein Alarmzeichen, wenn sich Union und SPD inzwischen mit Dreierkoalitionen zu arrangieren scheinen, weil Große Koalitionen nicht mehr die nötigen Mehrheiten haben?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Das ist etwas, mit dem wir uns auf gar keinen Fall abfinden dürfen. Damit würden wir auf Dauer unseren Anspruch, eine Volkspartei zu sein, die für breite Schichten wählbar ist, aufgeben. Deswegen müssen wir immer wieder um Mehrheiten kämpfen. Insbesondere CDU und die SPD sind vor die Bewährungsprobe gestellt, in verantwortlicher Weise die Realitäten in einer sehr komplexen Welt zu gestalten. Das bringt mit sich, dass man nicht alles immer so politisch zuspitzen kann, wie es sich vielleicht das eine oder andere Parteimitglied bisweilen wünscht. Aber das große Thema der Volksparteien ist das verantwortliche Handeln und darauf sollten alle weiteren Überlegungen aufbauen.

**In der SPD scheinen sich die Vorbehalte gegen Rot-Rot-Grün offenbar zunehmend zu verflüchtigen. Wie beurteilen Sie diese Tendenz?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Ich sehe darin eine Tendenz, die vor allem aus der eigenen Schwäche der SPD heraus geboren wurde. Sie gibt extremen Kräften

am linken Rand nach, weil man sich davon eine eigene Stärkung erhofft. Es ist eine große Verantwortung, die sich die Sozialdemokratie auflädt, sollte sie der Versuchung erliegen, aus kurzzeitigem Kalkül Kräfte von links außen an die Regierung zu bringen, denen es immer noch darum geht, die Grundkonstanten der Bundesrepublik Deutschland zu verändern.

Uns in der CDU sollte das mit Blick auf den rechten Rand eine Warnung sein! Keinesfalls sollten wir dem rechten Rand dadurch entgegenzutreten versuchen, indem wir seine Positionen in unsere Politik übernehmen. Es ist die Aufgabe aller Parteien der Mitte, ihr Bekenntnis zu den erwähnten Grundkonstanten zu verdeutlichen und darüber hinaus ihre sehr unterschiedlichen Profile zu schärfen.

**Bringen die Ränder die von manchen vermisste Vielfalt in die Debatte zurück?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Nein, das tun sie ja gerade nicht. Die Parteien, die – egal, ob links oder rechts – weit an den Rändern aufgestellt sind, bieten keine vernünftige politische Alternative, weil darin gar nicht ihr eigentliches Anliegen besteht. In Wirklichkeit wollen sie keine ernsthaften Vorschläge in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einbringen, sondern es geht ihnen darum, sich gegen das sogenannte „etablierte System“ abzugrenzen, Protest auszudrücken und bei Wahlen „einzusacken“.

**Selbst die „bürgerliche Mitte“ sei „strukturell nervös und zukunftsensibel“, schreibt Karl-Rudolf Korte in unserer Zeitschrift. Würden Sie das**

**bestätigen? Kann man das, womit wir es zu tun haben, als Ängste beschreiben?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Ich erlebe die Situation als eher ambivalent. Auf der einen Seite gibt es eine „Mitte“, gerade auch eine junge Generation, die gute Chancen und Zukunftsaussichten hat – denken Sie an die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Deutschland ist in den letzten Jahren, in denen es in Europa schwere Störungen im Wirtschaftsbereich gegeben hat, gut durch die Krise gekommen und hat es geschafft, auch wichtige Konstanten des politischen Handelns in Fragen der Finanzsituation wieder in geordnete Bahnen zu leiten. Viele Familien in der „gesellschaftlichen Mitte“, wenn man das so nennen kann, können heute rückblickend sagen, dass sie am wirtschaftlichen Wohlstand partizipiert haben.

Dennoch erlebe ich natürlich auch, dass es eine Verunsicherung gibt. Ich würde nicht sagen, dass es massive Ängste sind, aber es gibt sehr besorgte Fragen – insbesondere etwa von denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich jetzt in der sogenannten „Sandwich-Generation“ befinden, also Verantwortung für ihre Eltern *und* Kinder tragen. In den Gesprächen stelle ich fest, dass sie sich von dieser Situation oft überfordert fühlen und Sorgen haben, was die eigene Absicherung im Alter anbelangt.

Aber nicht nur Fragen nach der Erhaltung des materiellen Wohlergehens beschäftigen viele Menschen. Es geht auch um unsere Wertvorstellungen von individueller Freiheit, Gleichberechtigung oder Demokratie. Weltweit gesehen, stehen diese Ansichten in Konkurrenz zu ganz anderen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen,

etwa in stark islamisch geprägten Ländern. Aber unsere Antwort darauf kann kein Einigeln sein, sondern sollte von der Erkenntnis geleitet sein, dass wir in Europa mehr zu exportieren haben als nur Waren, dass wir gesellschaftliche Grundwerte unserer eigen nennen und sie international vertreten. Unsere Grundwerte stehen in der Konkurrenz zu anderen Vorstellungen, und wir sollten uns weltweit verstärkt dafür einsetzen, dass sie sich durchsetzen.

**Die Studien zur wirtschaftlichen Lage der Mitte bewegen sich zwischen Absturz und Stabilität. Wie ist Ihre Einschätzung?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Die durchaus unterschiedlichen Ergebnisse der Studien machen mich eher etwas skeptisch und lassen es ratsam erscheinen, weder alles rosarot noch tiefschwarz zu zeichnen.

Wir haben Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Und das sind längst nicht nur die in den Chef-Etagen, sondern das sind diejenigen, die Tag für Tag ihren Alltag stemmen und unser Land in den unterschiedlichsten Funktionen am Laufen halten. Andererseits beobachte ich in vielen Diskussionen, dass darunter viele das Gefühl haben, aus dem Blick der Politik geraten zu sein, und anmahnen, dass man sich mehr mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt. Dieser Gruppe müssen wir deutlich machen, dass ihr die Politik Aufmerksamkeit schuldet. Das bedeutet beispielsweise konkret, dass wir bei der Weiterentwicklung unseres Steuersystems die Ungerechtigkeit der Kalten Progression beseitigen, die gerade für diese Gruppen eine Bestrafung ihrer Leistungsbereitschaft bedeutet.

Darüber hinaus gibt es beispielsweise auch die besondere Herausforderung für die jetzige und für die kommenden Generationen, was die Fragen der Vermögensbildung und der eigenen Alterssicherung angeht. Im Grunde ist unser Rentensystem mit seinen drei Säulen richtig aufgestellt. Nur muss man schauen, ob die drei Säulen in der richtigen Beziehung zueinander stehen. Dabei ist es ja so, dass die aktuelle Zinspolitik zwar einerseits die staatliche

Schuldenlast verringert, andererseits aber massive Probleme für die Sicherung unserer Altersvorsorge mit sich bringt. Das sind Punkte, auf die wir Antworten finden müssen. Aber das sind sehr konkrete Fragen, auf die man auch konkrete Antworten geben kann. Das ist kein Hexenwerk.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann  
am 12. August 2016.*

# Der Kampf um Mitte

---

Die Geschichte der Mitte-Orientierung von der Zentrumspartei bis zur Union

## WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin. Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste /Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Die Mitte“ – der Wahlslogan, den die Union für die Bundestagswahlen 2008/9 plakatierte, steht seit den Anfangstagen der Christlichen Demokratie in Deutschland für ihr Selbstverständnis. Der manchmal etwas unscharfe Begriff beschreibt eine Äquidistanz

gegenüber linken Utopien und rechtspopulistischen Vorstellungen, fest verankert in einem christlich-bürgerlichen Werte- und Demokratieverständnis. Entstanden ist der Begriff in den Parlamenten des 19. Jahrhunderts, als sich die Abgeordneten, die politische Extreme ablehnten, in der Mitte des Plenarsaales platzierten. Das katholische Zentrum und nach 1945 die Unionsparteien haben immer versucht, die politische Mitte zu besetzen.

Für die christlich demokratische Bewegung ist die im Dezember 1870 in Berlin gegründete Zentrumspartei ein wesentlicher historischer Vorläufer. Seitens ihrer Gründer war eine Beschränkung auf Katholiken ursprünglich nicht intendiert; man sah sich als kirchennahe, bürgerliche Partei mit klarer

rechtsstaatlich-konstitutioneller Ausrichtung, eine klassische Verortung in der politischen Mitte eben. Auch der Name „Zentrum“ wurde gewählt, um diese Orientierung deutlich zu machen.

Wahlsoziologisch konnte das Zentrum tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, die Mitte der Gesellschaft zu repräsentieren. Aufgrund ihrer konfessionellen Ausrichtung umfasste die Partei vom oberschlesischen Bergarbeiter über den rheinischen Lehrer bis hin zum westfälischen Gutsbesitzer als einzige Partei im kleindeutschen Reich alle Schichten der Gesellschaft. Gleichzeitig erforderte die große soziale Bandbreite eine programmatische Offenheit, damit sich die zudem noch geografisch weit gestreute Wählerschaft damit identifizieren konnte. Oft als schwammig kritisiert, sicherte das Zentrumsprogramm aus sozialpolitischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftsfreundlichen Forderungen, zusammengehalten von kirchen- und schulpolitischen Grundsätzen, eine breite Anschlussfähigkeit gegenüber fast allen anderen politischen Gruppierungen im Reichstag.

In seiner schichtenübergreifenden Zusammensetzung war das Zentrum der einzige Vorläufer der modernen Volksparteien im Kaiserreich. Freilich fehlte ihm zur wirklichen Volkspartei die Einbeziehung der evangelischen Bevölkerungsteile. Schon Ludwig Windthorst (1812 bis 1891), der parlamentarische Gegenspieler Bismarcks und mit Abstand der wichtigste Zentrumspolitiker im Kaiserreich, unternahm mehrfach energische Vorstöße, um prominente evangelische Mitglieder zu gewinnen. In den Zeiten des staatlichen „Kulturkampfes“ gegen die vermeintlichen Gefahren eines angeblich vom Vatikan gesteuerten „politischen Katholizismus“ und entsprechender Betonung der konfessionellen Spaltung war dem jedoch kein Erfolg beschieden.

## **DAS SCHEITERN IN WEIMAR**

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Offenheit gegenüber der deutschen Gesellschaft ein wesentliches Thema innerhalb des politischen Katholizismus. Der Kölner Journalist Julius Bachem forderte 1906: „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ und propagierte eine verstärkte Hinwendung zu den Protestanten, um die gesellschaftliche Mitte in ihrer ganzen Breite zu besetzen und strukturell mehrheitsfähig zu werden. Gleichzeitig tobte die Debatte um interkonfessionelle christliche Gewerkschaften. Eine kirchenamtliche Verurteilung der christlichen Gewerkschaften konnte die Zentrumsführung abwenden, aber innerkatholisch war eine interkonfessionelle christliche Partei seinerzeit noch nicht durchsetzbar.

Der Erste Weltkrieg und die folgende innenpolitische Radikalisierung im besiegten Deutschen Reich sahen das Zentrum als Stützpfeiler der „Weimarer Koalition“, also als die entscheidende Partei einer freilich bedenklich

zusammengeschrumpften demokratischen Mitte. Allerdings hatte sich mit der Bayerischen Volkspartei (BVP) eine regionale Abspaltung des Zentrums gebildet, die die Geschlossenheit der bürgerlichen Mitte durchbrach. Die bayerische Partei kündigte sogar bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 dem Zentrumskandidaten, dem früheren Reichskanzler Wilhelm Marx, die Gefolgschaft und unterstützte den Kandidaten der rechtspopulistischen Parteien, den ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Hindenburg gewann mithilfe der bayerischen Stimmen knapp. Dies war eine fatale Weichenstellung für die deutsche Politik, die die BVP mit zu verantworten hatte: Es ist kaum denkbar, dass 1933 ein Reichspräsident Wilhelm Marx einen Adolf Hitler zum Kanzler ernannt hätte. Der Alleingang der BVP, das Verlassen der bürgerlichen Mitte durch eine der Parteien der Christlichen Demokratie, hatte tragische Folgen.

Die Selbstauflösung des Zentrums 1933 kam einem Parteiverbot zuvor. Anders als bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gab es keine in der Illegalität oder dem Exil weitergeführte Parteistruktur, wohl aber vielfältige Kontakte von ehemaligen Zentrumsanhängern untereinander und zum Widerstand. Mehr als ein Hoffnungszeichen für die Nachkriegszeit war die Opposition in beiden großen Kirchen gegenüber den Zumutungen des NS-Regimes.

## UNION – TRADITIONELL EVANGELISCHE TERMINOLOGIE

Entscheidend für die Entwicklung in Nachkriegsdeutschland war die gemeinsame Erfahrung im Widerstand, die die konfessionellen Grenzen relativiert hatte. Die Gründung einer interkonfessionellen Partei 1945 in mehreren sich unabhängig voneinander bildenden „Gründungskernen“ (Hans-Otto Kleinmann) zeigte, dass das Verlangen nach einem Zusammengehen aller Christen allgemein war. Auf evangelischer Seite erklärte sich ein wesentlicher Teil der „Bekennenden Kirche“ für die neue Partei, während sich auf katholischer Seite trotz der Wiederbegründung des Zentrums die katholischen Bischöfe fast geschlossen hinter die Neugründung stellten. Der Name „Union“ – traditionell eher der evangelischen Terminologie zugehörig – wurde bewusst gewählt, um den Protestanten, die einen geringeren Teil der Parteimitglieder ausmachten, entgegenzukommen. Der Zusammenschluss von engagierten evangelischen und katholischen Christen, zu denen noch ehemalige Liberale stießen, ermöglichte es jetzt, die politische Mitte dauerhaft zu besetzen.

Evangelische ordoliberalen Wirtschaftsdenker und Anhänger der katholischen Soziallehre einigten sich auf das Wirtschaftsprogramm der Sozialen Marktwirtschaft. Das darauf basierende „Wirtschaftswunder“ legitimierte die Politik der Union und gab dem Gründungskanzler Konrad Adenauer die

Gelegenheit, politisch unpopuläre, aber außenpolitisch notwendige Maßnahmen wie die Wiederbewaffnung und die Entschädigungsleistungen an Israel durchzusetzen. Protestparteien am rechten Rand wurden entweder, wie die NSDAP-Nachfolgepartei Sozialistische Reichspartei 1952, verboten, oder aber sie schlossen sich, wie die Deutsche Partei oder der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), die beide trotz ihrer Rechtslastigkeit demokratisch ausgerichtet waren, mit der Union zusammen. Als Sammlungspartei der bürgerlichen Mitte 1945 gegründet, erreichte die Union bei den Bundestagswahlen 1957 als bislang einzige Partei beziehungsweise einziges Parteienbündnis die absolute Mehrheit auf Bundesebene.

## **DER VERLUST DER MITTE**

Als die CDU nach dem Rücktritt Adenauers 1963 in eine Phase der strukturell bedingten Orientierungslosigkeit rutschte, die erst mit der Wahl Helmut Kohls zum Parteivorsitzenden 1973 beendet wurde, geriet auch die bis dahin uneingeschränkt behauptete politische Mitte in Gefahr. Sie wurde nun auch von einer sich von ihrem bisherigen klassenkämpferischen Marxismus distanzierenden SPD in Anspruch genommen, die seit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 strategisch auf die Regierungsfähigkeit hinarbeitete und unter dem Kanzlerkandidaten Willy Brandt sogar die bis dahin unverrückbaren Vorbehalte gegenüber der katholischen Kirche abbaute. In der Bundestagswahl 1969 konnte die Union die Mitte nicht mehr für sich gewinnen, was vorläufig auch den Verlust der Kanzlerschaft bedeutete. Konsequenterweise richtete der neue Parteivorsitzende Helmut Kohl ab 1973 sein Programm neben der unbedingt notwendigen Professionalisierung der Parteilarbeit im Politischen vor allem auf die Wiedergewinnung der Mitte aus.

Dies war umso notwendiger, als die Union im Drei-Parteien-System, das zwischen 1961 und 1983 bestand, um die Besetzung der Mittelposition im Parteienspektrum kämpfen musste. Nicht nur eine in die Mitte strebende SPD unter einem auch für bürgerliche Wähler akzeptablen Kanzler Helmut Schmidt, auch die nach links gerückte Freie Demokratische Partei (FDP) versuchte, der CDU/CSU den zentralen Platz im politischen Spektrum streitig zu machen. Gleichzeitig sah die Union die Notwendigkeit, die rechte Seite abzudecken. Ende der 1960er- und noch einmal Ende der 1980er-Jahre bestand die Gefahr, dass sich mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und später mit den „Republikanern“ rechtsextreme Parteien auf Bundesebene würden etablieren können. Die praktizierte Lösung nutzte geschickt die duale Struktur der beiden christdemokratischen Schwesterparteien und das persönliche Profil der beiden langjährigen Vorsitzenden Franz-Josef Strauß (1915 bis 1988) und Helmut Kohl. Strauß, der als pointiert formulierender Redner lustvoll seinen Konflikt mit der politischen Linken

zelebrierte, deckte mit einer auf bundespolitischer Bühne konservativ agierenden Christlich-Sozialen Union (CSU) diesen Bereich des politischen Spektrums ab. Strauß' bekanntes Diktum, dass rechts von der CSU kein Platz für eine demokratisch legitimierte weitere Partei sein dürfe, definierte diese Strategie. Der sich moderater gebende Helmut Kohl und die CDU übernahmen die Pflege der Mitte. Diese „Arbeitsteilung“ verhinderte zwar das Aufkommen der NPD, stärkte aber den Einfluss der CSU weit über ihre tatsächliche wahlstatistische Bedeutung hinaus. Franz Josef Strauß konnte deshalb mit dem Kreuther Trennungsbeschluss 1976 den Plan verfolgen, die CSU als konservative, bundesweit vierte Partei zu etablieren. Die Gegendrohung der CDU, dann auch in Bayern anzutreten, machte diesen Versuch zunichte; Strauß konnte aber immerhin seine Kanzlerkandidatur für den Bundestagswahlkampf 1980 durchsetzen.

Strauß' Scheitern als Spitzenkandidat der Union gegen eine eigentlich schon abgewirtschaftete sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass er in der bundesdeutschen Öffentlichkeit als zu rechtslastig wahrgenommen wurde: Der deutsche Wähler wollte einen Bundeskanzler aus der politischen Mitte und nicht vom Rand des politischen Spektrums. Helmut Kohl dagegen, der 1982 die Schmidt-Regierung mithilfe der wechselwilligen FDP stürzen konnte, verkörperte von seinem in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Profil in geradezu idealer Weise die politische Mitte. Seine oft von Karikaturisten und der linken Seite des Feuilletons bespöttelte angebliche Durchschnittlichkeit passte zu einer bürgerlichen Koalition, die sich mit der Durchsetzung eines strikten Sparkurses von den neu in den Bundestag gekommenen Grünen und den Umverteilungswünschen der SPD abgrenzte.

## **WÄHLER WOLLEN KEINEN PROFILIERT KONSERVATIVEN KANZLER**

Die maßgeblich von Helmut Kohl geprägte Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/90 beseitigte durch die Erfüllung dieser zentralen Forderung des konservativen politischen Spektrums erst einmal die Gefahr einer Partei rechts neben der Union. Kohl gelang es sogar während der außenpolitischen Verhandlungen, potenziell gefährliche innenpolitische Stolpersteine wie die Anerkennung der völkerrechtlichen Endgültigkeit der polnischen Westgrenzen weitgehend geräuschlos abzuräumen. Da sich mit der SED-Nachfolgepartei PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) neben den Grünen ein weiterer, dezidiert linker Konkurrent für die SPD etablieren konnte, gehörte der Union für das nächste Jahrzehnt die politische Mitte unangefochten. Interessant für die langfristige Strategie der Union wurden die Bundestagswahlen 2002. Mit dem CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber bestätigte sich



die Erfahrung von Strauß' Wahlniederlage 1980: Auch 2002 wollten die deutschen Wähler keinen profiliert konservativen Kanzler; die Wahl ging gerade deswegen für die Union gegen einen Kanzler Gerhard Schröder verloren, der sich gezielt als politisch gemäßigt inszenierte.

Die wahlarithmetisch kaum zu vermeidenden Großen Koalitionen unter Angela Merkel (2005 bis 2009, seit 2013) haben dann wieder den Extremen Auftrieb gegeben – schon Ende der 1960er-Jahre, nach den Jahren der ersten Großen Koalition 1966 bis 1969, wäre der NPD fast der Einzug in den Bundestag geglückt. Allerdings sind zurzeit die Rahmenbedingungen für die Verhinderung einer rechtspopulistischen Partei auf Bundesebene noch schlechter als damals. Es fehlen sowohl die ideologische Konfrontation zum Marxismus sowjetischer Prägung als auch die unmittelbaren Erinnerungen an die NS-Diktatur, beides Garantien für eine Geschlossenheit der bürgerlichen Wählerschaft und der eigenen Parteifamilie. Zudem befindet sich das vereinte Europa, ein traditionell christdemokratisch besetztes Thema, in einer tiefen Krise. Besorgniserregend ist der Blick auf die Niederlande und die Schweiz, die beiden Länder Mitteleuropas, die Deutschland wahlsoziologisch am ähnlichsten sind: Hier rangieren rechtspopulistische Gruppierungen – die Schweizerische Volkspartei von Christoph Blocher sowie die *Partij voor de Vrijheid* von Geert Wilders – bei Wahlen mittlerweile weit vor den schweizerischen respektive niederländischen christdemokratischen Schwesterparteien. Die Wähler der bürgerlichen Mitte in Europa, so scheint es momentan, sind nach rechts gerückt.

# Der anti- ideologische Ansatz

—  
Was heißt heute Mitte?

## BURKARD DREGGER

Geboren 1964 in Fulda, Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, unter anderem Sprecher für Integrationspolitik und Netzpolitik.

„Politische Mitte“ heißt heute nichts anderes als vor dreißig oder vierzig Jahren: Die „Politische Mitte“ ist das Gegenteil von Extremismus.

Damit die „Politische Mitte“ stark ist, muss sie sich rechts und links bis hin zu den Rändern des demokratischen Spektrums um die Menschen „kümmern“ und

auch ihnen ein entsprechendes inhaltliches und personelles Angebot unterbreiten. Derzeit scheint es, als ob sich die „Politische Mitte“ auf dem Rückzug von den Rändern befinde. Doch Extremisten das Feld zu überlassen, wäre das weitaus größere Übel.

Über die Ablehnung von Extremismus hinaus sagt „Mitte“ aber kaum etwas aus. „Mitte“ allein ist kein Kompass für das politische Handeln; „Mitte“ ist keine Gewähr für Erfolg oder richtige Entscheidungen. Mitte kann auch Beliebigkeit sein, selbst Opportunismus. „Politische

Mitte“ heißt aber, die Werte und Tugenden der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten, die dieses Land zu dem gemacht haben, was es heute ist. Weltoffenheit und Patriotismus zu verbinden, den Dreiklang von Heimat, Europa, Vaterland ernst zu nehmen. Die wirkliche „politische Mitte“ muss liberale, soziale und konservativ-nationale Elemente miteinander verbinden, die in ihrer Verbindung meine Partei erst zu einer „Union“ werden ließen. Keines dieser Elemente hat eine alleinige Berechtigung. Nur zusammen machen sie unsere Grundorientierung aus. Aber auch – teils als Sekundärtugenden verpönte – Wertvorstellungen und Haltungen wie Maß, Bescheidenheit, Fleiß und Verantwortungsbewusstsein gehören zur „Politischen Mitte“.

In der Tagespolitik steht „politische Mitte“ für ein ebenso pragmatisches wie werteorientiertes Handeln im Interesse der Menschen in den Kommunen, Ländern und in Deutschland, das dabei auch Europa und das Atlantische Bündnis immer fest mit im Blick hat. Wie konkretisiert sich dieser bewusst anti-ideologische Ansatz? Einige aktuelle Beispiele:

Bildungspolitik wird in Deutschland leider Gottes überwiegend von Ideologen links von der Mitte dominiert. Verändert haben sie viel, verbessert haben sie nach meiner Auffassung wenig. Die Grundlage dieser verfehlten Bildungspolitik ist eine Ideologie, die im Wesentlichen auf Fehleinschätzungen beruht:

*Fehleinschätzung Nr. 1:* Die Menschen sind alle gleich und können alles gleich gut lernen. Richtig ist aber, dass die Menschen verschieden sind und unterschiedliche Talente haben. Da die Talente unterschiedlich sind, müssen die Bildungsangebote ebenfalls unterschiedlich sein.

Das Prestigeprojekt der Parteien links der Mitte, die staatliche Einheitsschule, muss scheitern.

*Fehleinschätzung Nr. 2:* Hohe Abschlussquoten zeugen von hohem Bildungsniveau. Das Gegenteil ist richtig. Wer nach Art der Planwirtschaft widersinnig hohe Abschlussquoten anstrebt, der kommt zur „Planerfüllung“ nicht umhin, das Niveau zu reduzieren. Die Folge ist ein Qualitätsverlust an unseren Schulen.

Diesen Fehleinschätzungen folgend, verändern die Befürworter der Einheitsschule links der Mitte unsere Schullandschaft und wollen auch das Gymnasium schrittweise zugrunde richten. Dies geschieht durch die Abschaffung der schulformbezogenen Lehrerausbildung, die Angleichung der Lehrpläne aller Schulformen, die Reduzierung der Leistungsanforderungen in den Lehrplänen. In den Gesamtkontext der Nivellierung gehören aber auch die Abschaffung des Sitzenbleibens und der Noten, die deutliche Bevorzugung der einheitlichen Schulen bei der Ausstattung, die Erzwingung der Totalinklusion bei allen Schulen, die Inflation sehr guter Noten, die Veränderung der Grundschule zur Spielschule.

Das sind die „Trojanischen Pferde“, wie sie Josef Kraus vom Deutschen Lehrerverband treffend bezeichnet, die unser Schulwesen, insbesondere das Gymnasium, in seiner Substanz bedrohen. Es kommt darauf an, dass die „Politische Mitte“ sich dieser Fehlentwicklung entgegenstemmt. Die „Politische Mitte“ wird in dieser Diskussion ausschließlich von Christdemokraten und Christsozialen gebildet, wohingegen sich SPD oder Grüne bedauerlicherweise konträr positionieren.

Ein weiteres Beispiel für die Auseinandersetzung der „politischen Mitte“

gegen linke ideologische Verirrungen ist die datenschutzpolitische Diskussion über eine stärkere Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten. Im Bundesland Berlin galt bis zum Regierungseintritt der CDU 2011 die datenschutzgesetzliche Bestimmung gemäß Paragraf 31b Absatz 3a Satz 2 Berliner Datenschutzgesetz, wonach Videoaufzeichnungen, zum Beispiel der Berliner Verkehrsbetriebe in ihren Bahnhöfen, nach nur 24 Stunden zu löschen waren. Das Gesetz basiert auf der Auffassung, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch diese Videoaufzeichnungen schwerwiegend beeinträchtigt worden seien. Der Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit, ihrer Gesundheit und ihres Eigentums sowie das Interesse unseres Staates, Straftaten erfolgreich aufzuklären und Straftäter zu verurteilen, wird dieser Bestimmung klar untergeordnet. Bestritten wurde bis zuletzt, dass hohe Aufklärungsquoten an bislang kriminalitätsbelasteten Orten künftige Straftaten verhindern.

Nur die klare Haltung der „politischen Mitte“ in Berlin hat es ermöglicht, eine maßvolle Verlängerung der Speicherfristen auf 48 Stunden durchzusetzen. Dafür sprach insbesondere, dass Opfer von Gewalttaten aufgrund ihres Krankenhausaufenthaltes häufig erst nach mehr als 24 Stunden nach der Tat in der Lage

waren, die erlittenen Gewalttaten anzuzeigen, sodass der Zugriff auf die Videoaufzeichnungen zur Aufklärung der Gewalttaten zu spät erfolgte.

Dieselbe Auseinandersetzung wird heute angesichts steigender Gewaltvorfälle fortgeführt. An kriminalitätsbelasteten öffentlichen Plätzen muss die Möglichkeit zur Videoüberwachung ausgebaut werden. Erneut gilt es, den Sicherheitsbehörden die notwendigen Mittel an die Hand zu geben, um die Bürger wirksam zu schützen.

Es gibt zu denken, dass der Schutz der Bevölkerung und des Staates vor Terrorismus durch deutsche Geheimdienste allein nicht zu gewährleisten ist und diese auf Informationen der Geheimdienste befreundeter Staaten angewiesen sind, die bei der Überwachung der elektronischen Kommunikation offenbar ein nur geringes Datenschutzniveau einhalten müssen. Daher müssen wir uns der Qual unterziehen, das ideologiefrei durchzusetzen, was notwendig ist, um Staat und Bürger zu schützen. Eine steigende Bedrohung der öffentlichen Sicherheit rechtfertigt weitergehende Schutzmaßnahmen. Derzeit ist die Bedrohungslage größer als die Fähigkeit unseres Staates, den Bedrohungen wirksam zu begegnen. Daher ist die „Politische Mitte“ gefordert, die Vernunft gegen die Ideologie durchzusetzen.

# Warnung vor zu viel Harmonie

—  
Was heißt heute Mitte?

## **DIANA KINNERT**

Geboren 1991 in Wuppertal, Studentin der Politikwissenschaft und Philosophie, Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit Oktober 2014 Mitglied der CDU-Bundeskommission Parteireform „Meine CDU 2017“. Dort leitet sie gemeinsam mit dem Generalsekretär der CDU Niedersachsen, Ulf Thiele MdL, die Arbeitsgruppe Jugend.

Als Coleman Silk, Professor für Literaturwissenschaften und erster Dekan jüdischer Abstammung am Athena College in

Massachusetts, bemerkt, dass zwei seiner Studenten regelmäßig im Seminar fehlen, entfährt ihm eine folgenschwere Äußerung. Vor versammeltem Auditorium fragt er sie ironisch, was die beiden wohl seien: „Spooks“? „Gespenster“? „Gestalten, die das Licht scheuen“? Die beiden angesprochenen Studenten stellen sich als Afroamerikaner heraus – und erheben Anklage, weil das Wort „Spooks“ auch als abfällige Bezeichnung für Schwarze verstanden werden kann. Silk, der selbst Amerikaner afrikanischer Herkunft ist – mit einer Haut, die hell genug ist, um als

Weißer durchzugehen und dadurch Diskriminierungen zu umgehen –, wird nun des Rassismus bezichtigt. Die nachfolgenden Anhörungen und inneruniversitären Machtkämpfe haben zur Folge, dass er nicht nur seine Professur verliert, sondern auch seine Ehefrau Iris einem tödlichen Schlaganfall zum Opfer fällt. Silks Ansehen, Anstellung, sein Privatleben liegen in Scherben.

Das ist die Fabel von *Der menschliche Makel*, dem großen Roman Philip Roths, und die wohl berühmteste intellektuelle Treibjagd im Namen der sogenannten *political correctness*, jenes Phänomens, das seit den 1990er-Jahren eine immer weitere Zeugenschaft zu gewinnen scheint und das auch aktuell fern der literarischen Fiktion realen Einzug in sämtliche US-amerikanische wie europäische Lebenswelten hält – allen voran in die universitären.

An der Harvard-Universität verlangten Jura-Studentinnen jüngst, das Thema Vergewaltigung aus dem Lehrplan zu streichen, weil es Traumata wiederbeleben könne. Die Northwestern University wurde zur Einrichtung von „*safer spaces*“ zum Schutze diverser Identitätsgruppen aufgefordert, die ein Nichtbetroffener nicht betreten dürfe. Die Applikation von Warnungen bei Primärtexten im universitären Gebrauch, die beispielsweise von sexuellen Übergriffen, wie in Ovids *Metamorphosen*, oder Antisemitismus, wie in Shakespeares *The Merchant of Venice*, handeln, ist auch über US-amerikanische Staatsgrenzen hinaus üblich geworden. Wer sich durch die suizidalen Implikationen in Virginia Woolfs *Mrs Dalloway* bedroht oder durch die rassistische Ausdrucksweise in den Werken Mark Twains beleidigt fühlt, darf die Teilnahme am Unterricht unter bestimmten Vorausset-

zungen verweigern. Auch an der Berliner Humboldt-Universität installierten Soziologie-Studenten vor einiger Zeit einen Watchblog, der Äußerungen des renommierten Professors und Politikwissenschaftlers Herfried Münkler „kritisch kommentiert“, wie die Studenten sagen, oder, wie Münkler selbst sagt, ihn mit „Umständen der permanenten Denunziationsdrohung“ belegt.

## SPRECHBARKEIT VON WIDERSTREBENDEM?

Mögen die Beispiele vom Campus noch so trivial erscheinen und sind die Intentionen der überzogenen Verhaltensweisen in manchen Fragen etwa mangelnder Sensibilität auch legitim: Sie attestieren Anzeichen eines „postpolitischen Zeitgeistes“, der sich gegen die Sprechbarkeit von Widerstrebendem wendet. Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe warnt davor, die antagonistische Struktur des Politischen zu verleugnen; mit einer solchen Harmonisierung würden demokratische Ordnungen als Austragungsort konfligierender Interessenparteien aufgegeben. Galt die Trennung von Wahrheits- und Machtfragen gerade noch als besonders erstrebenswerte Errungenschaft moderner Demokratien, wird sie nun durch die populäre Sehnsucht nach Harmonisierung und Nivellierung, nach Konsens und Mitte, nach Zusammenhalt und Einheit bedroht.

Die hauptsächlichen Konfliktlinien bewegen sich nicht mehr in der Sphäre eines Streites zwischen Egalitären und Elitären, auch nicht zwangsläufig zwischen anderen Polen klassischer Interpretation,

wie Progressiven und Konservativen oder Internationalisten und Nationalisten; das Spektrum linker Gesinnungen auf der einen und rechter Gesinnungen auf der anderen Seite scheint sich in seiner exklusiven Bedeutsamkeit aufzulösen. Die Folge sollte jedoch nicht sein, wie auch Mouffe warnt, die inhaltlichen ideologischen Kategorien von „links“ und „rechts“ durch moralische Kategorien von „richtig“ und „falsch“ zu ersetzen. Es ist zu einem fatalen Trend geworden, jedweder politischen Meinung abzusprechen, sie repräsentiere die politische Mitte, wenn sie sich nicht eindeutig im verengten Korridor zwischen klassisch „links“ und klassisch „rechts“ verorten lasse. Die Einordnung eines politischen Standpunktes unterläge dann selbst moralistischer Willkür, denn bereits das angenommene Spektrum ist politisch streitbar.

## **DAUERKONSENS LÖST DEN PLURALISMUS AUF**

Ein wesentliches Element des Politischen ist seine antagonistische Dimension, die eine Wahlmöglichkeit voraussetzt und eine Entscheidung zwischen Alternativen. Der konsenssehnde Ausdruck der politischen Mitte aber suggeriert eine allgemeine Übereinstimmung. Damit würde der für die parlamentarische Demokratie konstitutive Meinungspluralismus partikularer Interessenakteure jedoch aufgelöst. Die öffentliche Rezeption der Merkel'schen „Alternativlosigkeit“ war deshalb auch von begründeter Notwendigkeit.

Im Zuge aktueller öffentlicher Debatten scheint die Mitte selbst schmaler geworden zu sein. Politische Beobachter sehen

die gegenwärtigen Umfrageverluste der großen Regierungsparteien und den Untergang der FDP als Partei bürgerlicher Mitte bei der Bundestagswahl 2013 als Menetekel für eine gefährdete Mitte an. Populistische Ränder griffen nach der Mitte, ereiferten sich viele.

Sicherlich mögen die hohe Komplexität und die Unübersichtlichkeit sich stetig wandelnder postmoderner Gesellschaften auch ein Grund für jene einfachen Antworten sein, die angesichts allgemeiner Überforderung derzeit bei Populisten jeder Art verfügbar zu sein scheinen. Die genau falsche Antwort darauf aber ist das Heraufbeschwören einer geeinten Mitte, die differenzauflösende und zwangsharmonisierende Politik als demokratisch gesund vorstellt und jedwede Alternative bereits bei deren Annahme schon moralisch diskreditiert.

Wer sich nach gesunden demokratiewürdigen Verhältnissen, also einer zuverlässigen demokratischen Kultur im Sinne eines geordneten Wettstreits politischer Ideen sehnt, tut fehl daran, den Korridor der politischen Mitte zu verengen. In lebendiger Demokratie ist die Mitte niemals ein Punkt; sie ist die Anerkennung der Breite eines sprechbaren Meinungspluralismus.

# Was driftet auseinander?

---

Statistische Befunde zur Wahrnehmung einer sozialen Spaltung

## THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg,  
Projektleiter am Institut  
für Demoskopie Allensbach.

*Umfragen in der Massengesellschaft* von Elisabeth Noelle-Neumann, Anfang der 1960er-Jahre verfasst, ist eine leicht verständliche Einführung in die Demoskopie, voller praktischer Beispiele. Vor

zwei Jahrzehnten stand man vor der Aufgabe, dieses damals bereits mehr als dreißig Jahre alte Buch zu aktualisieren. Nun, Mitte der 1990er-Jahre, sollte das Buch neu herausgebracht werden, und natürlich sollte es ganz frisch wirken, also mussten die alten Beispiele durch vergleichbare neue ersetzt werden.

Was auf den ersten Blick wie eine leichte Fleißaufgabe aussah, entpuppte sich als kompliziertes Problem, denn es stellte sich heraus, dass es nicht ausreichte, einfach die alten Zahlen durch aktuelle zum gleichen Thema zu ersetzen. Stattdessen musste man gänzlich neue Beispiele finden, denn die



alten funktionierten nicht mehr, etwa das Beispiel für eine Scheinkorrelation. Man spricht von einer Scheinkorrelation, wenn zwei Merkmale statistisch miteinander zusammenhängen, ohne dass es einen inhaltlichen Zusammenhang im Sinne von Ursache und Wirkung gibt. Elisabeth Noelle-Neumann hatte das Beispiel gewählt, dass Frauen, die Lippenstift benutzten, sich mehr als andere für Politik interessierten. Natürlich bedeutete das nicht, dass der Lippenstift das Interesse an Politik anregte, sondern der Zusammenhang ließ sich leicht durch die soziale Schicht erklären: Frauen aus der Oberschicht benutzten häufiger Lippenstift und interessierten sich außerdem mehr für Politik.

Doch dreißig Jahre später war der Zusammenhang zwischen der Kosmetiknutzung und dem Politikinteresse verschwunden – wie auch all die anderen im Buch aufgeführten Zusammenhänge, die auf Kontraste zwischen den sozialen Schichten hinwiesen. Die Schichten hatten sich in der Zwischenzeit in ihren Verhaltens- und Konsumgewohnheiten so stark aneinander angenähert, dass die Unterschiede, also die sozialen Effekte, in den Umfragen kaum noch zum Tragen kamen. Notgedrungen wurden schließlich die meisten Beispiele durch Alterseffekte ersetzt. In der 1996 unter dem Titel *Alle, nicht jeder* erschienenen Neuausgabe wird die Scheinkorrelation mit dem Zusammenhang zwischen dem täglichen Fernsehkonsum und der Häufigkeit des Brilletragens illustriert (Überschrift: „Macht fernsehen blind?“).

## **GEFÜHLTE SCHERE ZWISCHEN ARM UND REICH**

Bereits damals stieß dieser Befund der Angleichung der Lebensverhältnisse bei vielen Menschen auf Erstaunen, ja auf Unglauben, denn er widersprach der auch schon vor zwanzig Jahren weit verbreiteten Ansicht, dass die sozialen Schichten in Deutschland immer weiter auseinanderdrifteten. Wie konnte es sein, dass eine Gesellschaft, die immer mehr in getrennte Sphären von Arm und Reich zerfällt, gleichzeitig so starke Angleichungstendenzen im Alltag zeigt, dass die Schichten bei Umfragen nur noch mit Mühe auseinanderzuhalten waren?

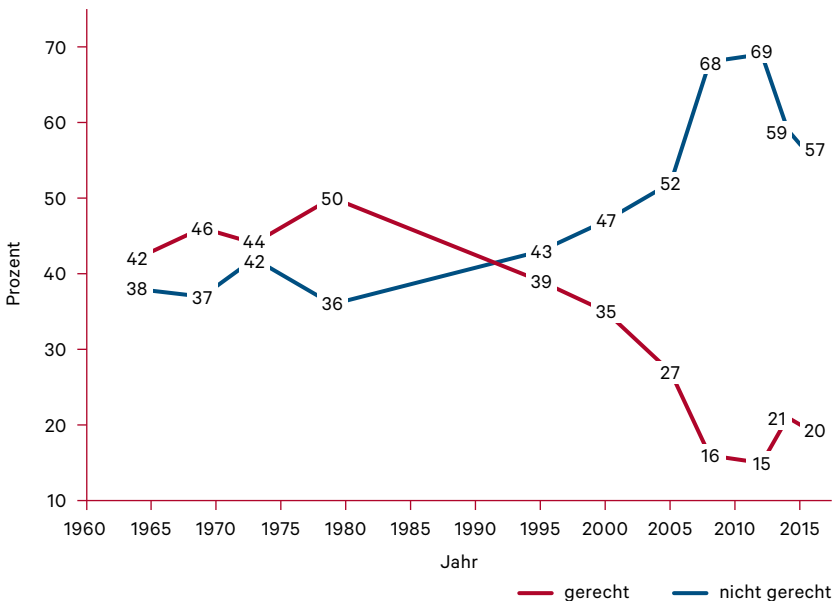
In der Zeit, die seitdem vergangen ist, hat sich die Vorstellung von einer auseinanderdriftenden Gesellschaft weiter verfestigt, so sehr, dass sie heute kaum noch infrage gestellt wird. Sie gilt praktisch als gesichertes Wissen. Das spiegelt sich auch in den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach wider. Im Oktober 2011 stellte das Institut in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage die Frage „Wenn jemand sagt: ‚Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.‘ Haben Sie den Eindruck, das stimmt, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?“ 86 Prozent der Befragten antworteten, sie hätten diesen Eindruck, nur sieben Prozent widersprachen.

Eine andere Frage vom November 2013 lautete: „Was meinen Sie: Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen, oder ist sie gleich geblieben?“ 61 Prozent meinten daraufhin, die soziale Gerechtigkeit habe abgenommen, 26 Prozent glaubten, sie sei gleich geblieben. Lediglich sieben Prozent gaben die Antwort, ihrer Meinung nach habe die soziale Gerechtigkeit zugenommen.

Wie sehr sich die Einstellung der Bevölkerung zu diesem Thema verändert hat, zeigen die Antworten auf die Frage „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“. Seit dem Jahr 1964, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, bis in die 1990er-Jahre hielten sich die Anteile derjenigen, die sagten, die wirtschaftlichen Verhältnisse seien gerecht, und derer, die sagten, sie seien nicht gerecht, ungefähr die Waage. Danach aber stieg die Zahl der Befragten, die die Verhältnisse für nicht gerecht hielten, stark an. Zu Beginn dieses Jahrzehnts vertraten sogar zwei Drittel der Deutschen diese Meinung. Im Jahr 2015 waren es mit 57 Prozent zwar wieder etwas weniger, doch immer noch weitaus mehr als in den Jahrzehnten zuvor.

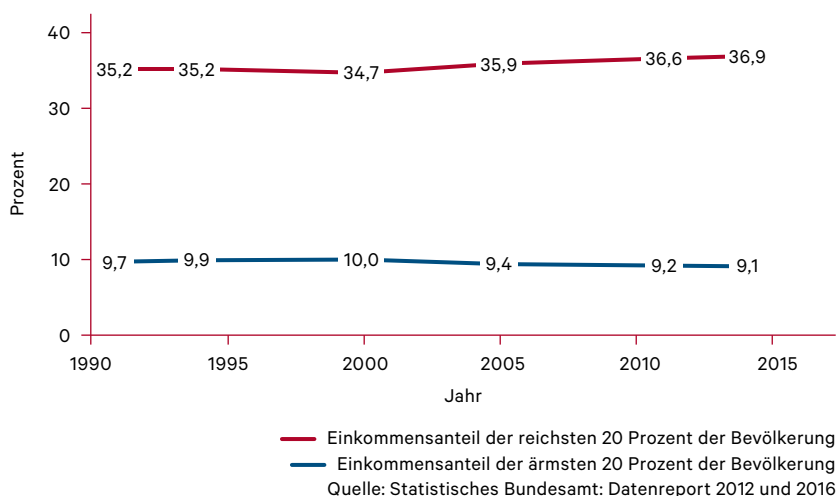
## WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISS GERECHT?

Frage: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Diese Entwicklung ist bemerkenswert, weil sich die tatsächliche soziale Schichtung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten, wenn überhaupt, nur wenig verändert hat. So kam beispielsweise der Bonner Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel im Jahr 2008, also auf dem Höhepunkt der öffentlichen Klagen über eine angeblich auseinanderdriftende Gesellschaft, zu dem Schluss, dass in den Jahren zuvor die unterste soziale Schicht tatsächlich zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland leichte reale Einkommenseinbußen hatte hinnehmen müssen, doch von einer fundamentalen Verschiebung des sozialen Gefüges konnte keine Rede sein. In die gleiche Richtung deuten auch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes: In dem regelmäßig gemeinsam mit dem Wissenschaftszentrum Berlin, dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgegebenen Datenreport weist das Bundesamt aus, wie groß der Anteil der Einkommen ist, die die ärmsten zwanzig Prozent der Bevölkerung erwirtschaften. Das Ergebnis: 1991, in dem ersten Jahr, für das gesamtdeutsche Daten vorliegen, betrug der Wert 9,7 Prozent, 2014 lag er bei 9,1 Prozent. Auch in den dazwischen liegenden Jahren schwankten die Zahlen eng um diese Werte. Alles in allem kann man aus diesen Zahlen möglicherweise eine sehr leichte Tendenz zur Spreizung der Einkommen in der Gesellschaft herauslesen, doch ein dramatisches Anwachsen einer zunehmend abgehängten Unterschicht ist nicht erkennbar.

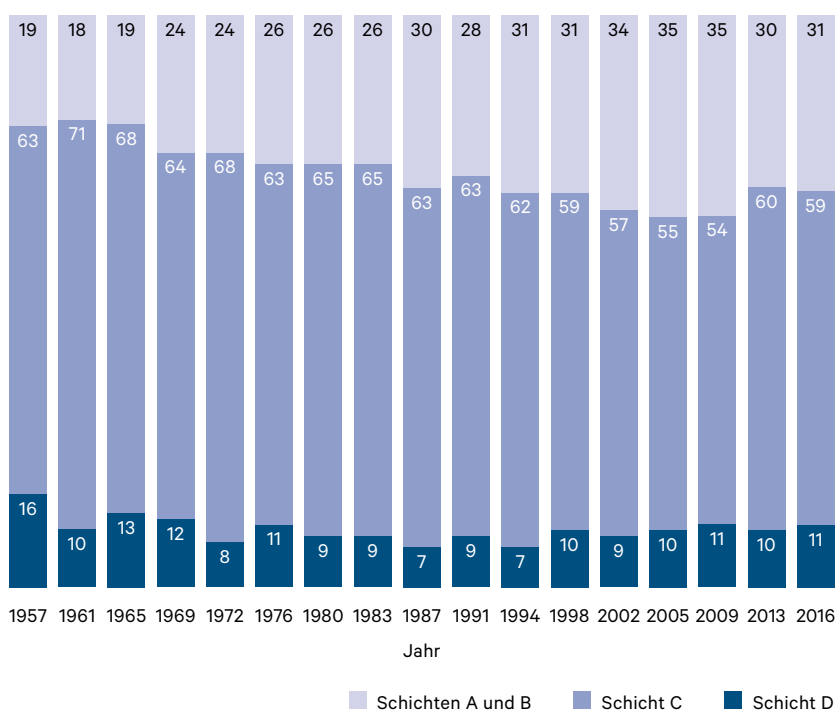
## EINKOMMENSUNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND 1991–2014



Auch in den Allensbacher Umfragen ist von einer größeren Verschiebung der sozialen Schichten wenig zu spüren, sobald man nicht nach Meinungen, sondern nach konkreten Beobachtungen fragt. So stufen beispielsweise die

Fragesteller des Instituts nach jedem Interview ein, in welche soziale Schicht der Befragte einzuordnen ist, ob in die Oberschicht (A), die obere Mittelschicht (B), die breite Mittelschicht (C) oder die Unterschicht (D). Als Leitfaden dient dabei ein Merkblatt, das den Interviewern mit dem Fragebogen mitgeschickt wird und dessen Text seit Jahrzehnten unverändert ist. Der Langzeitvergleich zeigt, dass zwar die Zahl derjenigen Befragten, die in die oberen Schichten eingeordnet werden, über die Jahrzehnte hinweg zugenommen hat, der Anteil jener aber, die der Unterschicht zugeordnet werden, gleich geblieben ist. Von einem Herabsinkenden größerer Teile der Mittelschicht in die Unterschicht ist nichts zu sehen.

## INTERVIEWER-EINSTUFUNGEN: WELCHER SOZIALEN SCHICHT GEHÖREN DIE BEFRAGTEN AN?



Damit stehen die Meinungsäußerungen der Bevölkerung zur sozialen Lage im Land in einem auffälligen Widerspruch zu den statistischen Befunden: Während sich die tatsächliche materielle Ungleichheit im Land kaum verändert hat, hat sich die Bewertung der Lage massiv verschoben. Nicht die tatsächliche soziale Ungerechtigkeit, sondern die „gefühlte Ungerechtigkeit“ ist

gewachsen. Wenn aber dieselbe Situation zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich bewertet wird, kann das letztlich nur bedeuten, dass sich die Bewertungsmaßstäbe verändert haben. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf.

Seit den 1970er-Jahren bittet das Institut für Demoskopie Allensbach seine Befragten regelmäßig, sich auf der politischen Links-Rechts-Skala einzustufen, wobei 0 extrem links und 100 extrem rechts bedeutet. Seit mittlerweile vierzig Jahren zeigt sich dabei das gleiche Antwortmuster: Die große Mehrheit der Befragten stuft sich in der politischen Mitte ein, und je weiter ein Punkt auf der Skala von der Mitte entfernt liegt, desto seltener wird er von den Befragten ausgewählt.

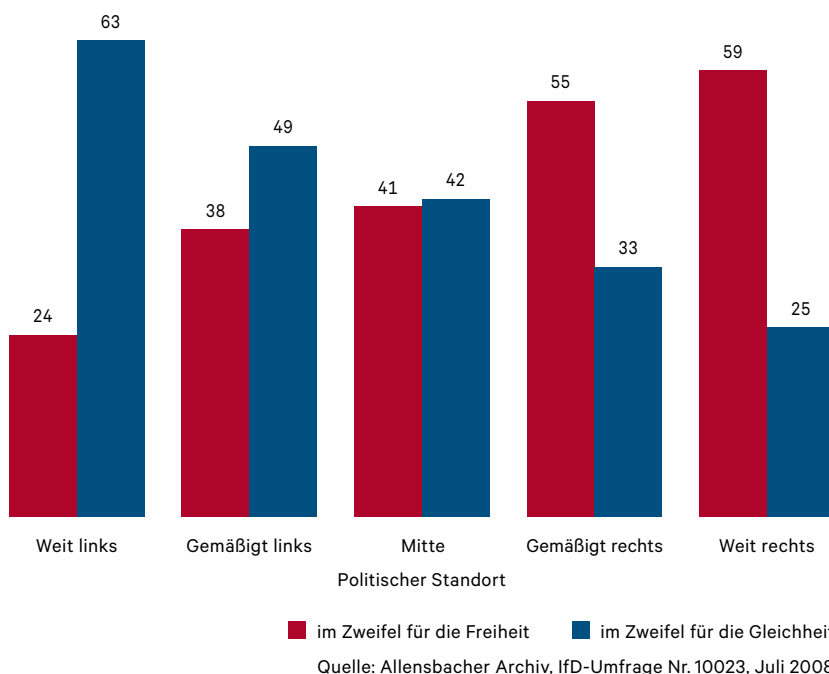
## SELBSTEINSCHÄTZUNG AUF DER RECHTS-LINKS-SKALA

Analysiert man das Antwortverhalten aber etwas genauer, dann zeigt sich, dass sich in den letzten vier Jahrzehnten eine charakteristische Änderung vollzogen hat: Im Jahr 1976 lag das Übergewicht noch leicht auf der rechten Seite. Im Durchschnitt stuften sich die Befragten damals bei 54,7 ein. In den folgenden Jahren wanderte der Durchschnittswert dann langsam, aber beharrlich nach links: 1982 lag er bei 53,7, 1991 bei 51,5, im Jahr 2000 exakt auf dem Mittelpunkt bei 50,0, 2013 schließlich knapp, aber deutlich links von der Mitte bei 49,0. Diese Veränderung mag geringfügig erscheinen, doch tatsächlich ist sie zumindest potenziell von großer Bedeutung, denn es handelt sich um Durchschnittswerte, die im Zeitverlauf wesentlich stabiler sind als die bei Umfragen sonst meistens ausgewiesenen Trendreihen von Prozentwerten, so dass selbst kleine Verschiebungen für substantielle gesellschaftliche Entwicklungen stehen können.

Eine Verlagerung des gesellschaftlichen Schwergewichts von einer Position auf der gemäßigten rechten hin zu einer auf der gemäßigten linken Seite bedeutet, dass sich auch die Hierarchie der Werte in der Gesellschaft verändert. Das zeigt sich beispielsweise, wenn man die Ergebnisse der Links-Rechts-Einstufung mit denen einer Frage zusammenführt, mit der die Einstellung zur den Grundwerten Freiheit und Gleichheit ermittelt wird. Dazu überreichen die Interviewer ein Dialogbildblatt, das zwei Personen im Schattenriss zeigt. Beiden Figuren ist, wie in einem Comic, eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Person sagt: „Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, eigentlich beide wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am liebsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann.“ Die Gegenposition lautet: „Sicher sind Freiheit und Gleichheit, soziale Gerechtigkeit wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich eine möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand

benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Die Frage zu diesem Dialogblatt lautet: „Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ Je weiter sich jemand auf der politischen Skala links einordnet, desto eher neigt er bei dieser Frage dazu, der Gleichheit den Vorrang vor der individuellen Freiheit zu geben.

Frage: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit – wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ (Vorlage eines Dialogblatts)



Eine Gesellschaft, deren weltanschaulicher Schwerpunkt sich nach links verlagert, ist also eine Gesellschaft, die tendenziell immer mehr Gewicht auf soziale Gleichheit legen wird. Und das kann auch bedeuten, dass ein Ausmaß an sozialer Differenzierung, das vor dreißig Jahren von den meisten noch als akzeptabel empfunden wurde, heute von einer Mehrheit als unerträglich eingestuft wird.

# ... und Religion

---

Anmerkungen einer christlich geprägten Politikerin

Wenn heutzutage das Stichwort „Religion“ fällt, dann oft zusammen mit den Begleitern „Fundamentalismus“, „Radikalisierung“ oder „Extremismus“. Das hört sich alles nicht nach Mitte, sondern gleich nach einer Positionierung an den Rändern an, den extremen Außenseiten einer Religion. Gibt es niemand „Normales“ mehr unter den Religiösen?

Natürlich, das hat etwas mit den Mechanismen unserer Aufmerksamkeit zu tun: Den Vertreter einer fundamentalistischen Islamauslegung in weißem Kaftan, mit Häkelhut und langem Bart in der Fußgängerzone kann ich sofort identifizieren und einordnen. Die vielen anderen gläubigen Muslime, die mir ansonsten an einem Morgen in der Stadt begegnet sind, bemerke ich nicht. Die Gruppe radikaler christlicher Lebensschützer, die ihr Anliegen mit (fast) allen Mitteln politisch durchzusetzen versuchen, machen mir als Abgeordnete oftmals das Leben schwer. Die Beiträge, mit denen andere Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen ihre Position

verdeutlichen und Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse nehmen wollen, sind womöglich von vornherein darauf aus, Mehrheiten für einen Kompromiss zu gewinnen und in die politische Meinungsbildung einzuwirken.

## IST RELIGION IN DER MITTE MÖGLICH?

Doch was ist, wenn ich nicht nach der Mitte einer bestimmten Religion frage, sondern nach der unserer Gesellschaft insgesamt? Geht Religion vielleicht gar nicht in der Mitte? Wer wirklich von einer Sache überzeugt ist, wer sich für einen Glauben oder eine bestimmte Konfession entschieden hat, ist der nicht automatisch am Rand, jedenfalls schon lange nicht mehr in der Mitte unserer Gesellschaft? Nein, jetzt kommt nicht: Früher war alles besser, als die Katholiken noch richtig katholisch waren und das „christliche

Abendland“ noch nicht gerettet werden musste. Nein, jetzt kommt eher die Beobachtung, ob nicht Überzeugungen, die sich – und das tun Religionen *qua definiti-one* – am Transzendenten, am Allerhöchsten festmachen, jemanden nicht automatisch aus der Mitte gesellschaftlicher Toleranz – oder Gleichgültigkeit – wegdefinieren. Wenn ich von etwas so überzeugt bin, dass „ich mein ganzes Herz dran hänge“ und für mich keine Alternative sehe, kann ich dann akzeptieren, dass andere dies mit gleicher Vehemenz ablehnen und für sich eine andere (religiöse) Lebenshaltung zur seligmachenden Wahrheit erklären?

Damit sind wir bei den Themen von Religionsfreiheit als Freiheit für und von jeder Religionsausübung, Toleranz gegen Andersgläubige und Interreligiösem Dialog. Eine solche Haltung gesellschaftlich in den Menschenrechten und bei uns im Grundgesetz festzuschreiben, hat lange genug gedauert. Es aus binnenreligiöser Sicht aber auch als ein theologisches Axiom der eigenen Glaubensüberzeugung zu erkennen, war und ist noch viel schwieriger. Als Katholikin darf ich mir nichts vormachen: Wir gehörten in dieser Hinsicht mit zu den schwierigen Fällen und haben erst im Zweiten Vatikanum und hier besonders mit dem Text „*Dignitatis Humanae*“ zu einer theologisch begründeten Akzeptanz allgemeiner Religionsfreiheit gefunden.

Aber nicht erst seit den aktuellen schrecklichen Erfahrungen mit religiösen Extremisten bin ich überzeugt: Es ist eine unserer wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, diese Grundhaltung einzuüben und von allen Religionen einzufordern. Wir müssen die Mitte unserer Gesellschaft frei machen: nicht frei von Religion, sondern frei für verschiedene religiöse Über-

zeugungen ebenso wie frei für diejenigen, die ihr Recht einfordern, auf keinen Fall religiös zu leben. Frei machen für diejenigen, die in aller Toleranz für andere Glaubensformen und natürlich immer unter Beachtung des Grundgesetzes ihre Religion auch öffentlich leben wollen, und frei für diejenigen, die genau dies mit demokratischen Mitteln hinterfragen.

## RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

Ich bin Mitglied einer internationalen Parlamentarier-Gruppe, die sich für Religionsfreiheit weltweit einsetzt. Eine gemeinsame Erklärung in New York im letzten Jahr wäre fast gescheitert, als jordanische Abgeordnete im letzten Augenblick erklärten, sie seien zwar für Religionsfreiheit, aber das könne natürlich nicht bedeuten, dass Muslime ihren Glauben aufgeben oder gar zu einer anderen Religion wechseln dürfen. Doch, liebe Kollegen aus dem Parlament in Amman und überall woanders auf der Welt: Auch das gehört zur Religionsfreiheit!

Nach meiner Lebenserfahrung fällt es umso leichter, diese gesellschaftliche Mitte gemeinsam mit anderen zu gestalten oder zumindest „auszuhalten“, wenn ich selbst nicht nur fest in meiner eigenen Überzeugung verankert bin, sondern diese auch informiert und reflektiert im Diskurs vertreten kann. Das schützt vor jedwedem Fundamentalismus und führt bestenfalls zu „radikalem“ Redebedarf.

*Claudia Lücking-Michel*  
Geboren 1962 in Dortmund,  
Vizepräsidentin des Zentralkomitees der  
deutschen Katholiken,  
Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



# ... und soziales Engagement

---

Alles andere als „nützliche Idioten“

Über eine Million Flüchtlinge kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland. Die Bilder vom Münchener Hauptbahnhof oder vom Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales sind jedem noch in Erinnerung. Sehr unterschiedlich war die Funktionsweise der staatlichen Organisation. Das verbindende Element jedoch war das große Engagement unzähliger Bürgerinnen und Bürger und natürlich vieler Mitarbeitender der Behörden und Wohlfahrtsverbände. Dieses Engagement hält bis heute an.

Ehrenamtliches Engagement hat in Deutschland Tradition und ist in unserer Gesellschaft fest verankert. Die Formen des sozialen Ehrenamts haben sich jedoch verändert. Viele können und wollen sich nicht mehr über Jahrzehnte an eine Aufgabe binden, und manche Formen des Engagements finden wenig Nachwuchs. Die Zeitressourcen sind knapper geworden. Sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum erleben wir, dass viele Menschen bereit sind, sich für soziale Belange zu engagieren. Aber sie müssen anders

begleitet werden. Sie wünschen sich Qualifizierung, feste Ansprechpartner und sind eher für einzelne Projekte zu begeistern.

Ökologie und Soziales – für diese Verbindung sind junge Leute besonders gut zu gewinnen, wie wir bei „youngcaritas“ – einem Angebot für junge Zielgruppen – erleben. Die Profile der Aktiven sind bunter geworden. Die Muslima engagiert sich für ihren Kiez an der Seite einer Dame aus der Kirchengemeinde, Menschen aus unterschiedlichen Bildungs- und Einkommenschichten arbeiten Hand in Hand, wenn plötzlich große Not entsteht – so etwa bei Flutkatastrophen oder bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Soziale Aktivität ist ein Bindeglied unserer Gesellschaft – sie bringt Menschen zusammen, stiftet den Helfern Sinn und schafft Solidarität für die, die auf Hilfe angewiesen sind. Und viele entdecken dadurch ihre Neigung und Begabung für einen sozialen Beruf.

## **SOZIALES ENGAGEMENT BRAUCHT FACHKOMPETENZ**

Wer Engagierte als „nützliche Idioten“ bezeichnet, nur weil – wie dies bei einem Vertreter der Alternative für Deutschland (AfD) der Fall war – ihnen das Ziel der Engagierten nicht passt, der stellt sich selbst ins Aus. Gleichzeitig ist aber auch nicht jedes ehrenamtliche Engagement zweckdienlich, weil es Menschen in Abhängigkeiten bringen und damit unbeabsichtigt an den Rand drängen oder Helfer überfordern könnte. Soziales Engagement braucht Fachkompetenz, Begleitung und immer wieder auch die kritische Selbstreflexion.

Freiwilliges Engagement darf nicht zum Sparfaktor und zur verdeckten staat-

lichen Rationierungsmaßnahme aufgrund knapper Kassenlage werden. Soziales Engagement braucht das politische Engagement. Denn es kann nicht darum gehen, etwa 25 Jahre lang eine Suppenküche als Selbstzweck zu betreiben. Das Ziel muss letztlich sein, die sozialen Verhältnisse gerechter zu gestalten und strukturelle Lösungen zu finden.

Viele Menschen aus bildungsfernen und einkommensschwachen Milieus sind vom Ehrenamt ausgeschlossen. Sie trauen es sich oft nicht zu oder finden keinen Anschluss, weil viele Ehrenamtsgruppen mittelschichtorientiert sind. Soziales Engagement braucht deshalb Integration und Teilhabe – nicht nur der geflüchteten Menschen. Für viele, die sich bei uns engagieren und auf Arbeitslosengeld oder Grundsicherung angewiesen sind, ist die Ehrenamtszuschale ein notwendiger Zuverdienst für ihren Lebensunterhalt. Ist das verwerflich? Ich meine: nein. Denn in der Praxis zeigt sich, dass die Kolleginnen und Kollegen mit vollem Herzen dabei sind. Schwierig ist jedoch, dass immer mehr Menschen bei uns nachfragen, ob sie sich engagieren können, da sie mit ihrer kleinen Rente nicht mehr auskommen. Hier entsteht eine neue soziale Schieflage. Soziales Engagement ist für unsere Gesellschaft ein Seismograf für Solidarität, Teilhabe, aber auch für soziale Nöte.

*Ulrike Kostka*

*Geboren 1971 in Celle,  
Direktorin des Caritasverbandes für  
das Erzbistum Berlin und  
außerplanmäßige Professorin für Moraltheologie  
an der Katholisch-Theologischen Fakultät  
der Universität Münster.*

# Wirklich so enthemmt?

---

Über eine Studie zu rechtsextremistischen Einstellungen in der Mitte

## SABINE POKORNY

Geboren 1981 in Wesel, Koordinatorin  
Empirische Sozialforschung,  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Die enthemmte Mitte*<sup>1</sup> heißt die Studie einer Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker an der Universität Leipzig, die im Juni 2016 vorgestellt wurde. In der Presse griff teilweise Alarmstimmung um sich, wie schon

früher bei ähnlichen Gelegenheiten war von Deutschlands „hässlicher Fratze“ die Rede, und überhaupt vermittelte sich der Eindruck, Deutschland sei voller Rechtsextremer.<sup>2</sup> Kaum ein Autor hielt es allerdings für nötig, nach der methodischen Belastbarkeit der Studienergebnisse zu fragen. Dabei findet seit der ersten sogenannten Mitte-Studie<sup>3</sup> *Vom Rand zur Mitte* (2006) eine ausgiebige kritische Auseinandersetzung über die Belastbarkeit der Studie in der wissenschaftlichen Community statt.<sup>4</sup> Unter anderem wird der Fragebogen skeptisch betrachtet, auch die Interpretation der Ergebnisse gab Anlass zu Kritik, vor allem aber fehlt ein verlässlicher Maßstab, um festzustellen, ab wann von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild gesprochen werden kann.

Die Entwicklung des Fragebogens ist stets der wichtigste, aber auch der schwierigste Teil jeder Umfrage. Dabei stehen die Forscher bei Langzeitstudien vor der Abwägung, ob sie auf sich jeweils wiederholende und damit einheitliche Frageformulierungen zurückgreifen oder eine Anpassung der Fragen an die aktuellen Entwicklungen vornehmen. Die Autoren der alle zwei Jahre durchgeführten „Mitte-Studien“ haben sich dafür entschieden, seit 2006 dieselben Frageformulierungen zur Messung rechtsextremistischer Einstellungen zu verwenden. Bei einigen ihrer Items tritt damit die Schwierigkeit auf, dass nicht als sicher gelten kann, ob sie tatsächlich (noch) das messen, was sie messen sollen. Das trifft etwa auf den Fragenkomplex zum „Chauvinismus“ zu. Beispielsweise kann ein „Ja“ zur Aussage *Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben* wohl spätestens seit der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland kaum als ein klares Indiz für einen „nach außen gerichteten, aggressiven Nationalismus“ gelten, wie die Autoren behaupten.<sup>5</sup> Auch die beiden anderen Aussagen dieser Begriffsdimension – *Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.* – verweisen in Zeiten einer starken Rolle Deutschlands beispielsweise bei der europäischen Finanz- und Flüchtlingskrise nicht zwingend auf einen Hang zum Nationalismus/Chauvinismus.

## WIRD GEMESSEN, WAS GEMESSEN WERDEN SOLL?

Bei der Ermittlung von Einstellungen zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ wird unter anderem folgende Aussage zugrunde gelegt: *Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat nicht großzügig sein.* Derjenige, der dieser Aussage zustimmt, muss aber nicht zwingend feindlich gegenüber Asylbewerbern eingestellt sein. Er könnte ja genauso der Meinung sein, dass der Staat weder großzügig noch streng, sondern schlicht nach Recht und Gesetz Asylanträge zu prüfen habe.

Ähnliche Probleme treten bei den weiteren Fragenkomplexen zum Rechtsextremismus und Autoritarismus, zur Gewaltbereitschaft sowie zum Sexismus auf. Ist es unbedingt ein Anzeichen von autoritärer Unterwürfigkeit, wenn ein Befragter der Aussage *Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersönlichkeiten überlassen* zustimmt? Schließlich werden wichtige gesellschaftliche Entscheidungen auch in der Demokratie an durch Wahlen legitimierte Führungspersonen übertragen. Sind es belastbare Kriterien für Sexismus, wenn ein Befragter nicht der Auffassung ist, dass *die jetzige Beschäftigungspolitik [...] die Frauen benachteilige*, oder wenn er die Aussage *Die Diskriminierung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem* ablehnt? Immer wieder fragt man sich bei der Studie: Wird gemessen, was die

Autoren zu messen beabsichtigen? Aber nicht nur das: Auch die Interpretation der Messergebnisse erscheint fragwürdig.

Bei den meisten Dimensionen des Rechtsextremismus liegen die Zustimmungswerte im einstelligen Prozentbereich: Fünf Prozent oder weniger bei den Dimensionen „Befürwortung einer Diktatur“, „Antisemitismus“, „Sozialdarwinismus“ und „Verharmlosung des Nationalsozialismus“. Insgesamt kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass 5,4 Prozent der Befragten ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ aufweisen. Doch fraglich ist, ob darin ein derart beunruhigender Tatbestand zu sehen sei, wie die Autoren meinen. Umgekehrt bedeuten die Ergebnisse doch auch, dass über 95 Prozent der Befragten gegenteilige Einstellungen besitzen. Ein weit höherer Zustimmungsteil von 16,7 Prozent wird beim Thema „Chauvinismus“ ermittelt, was angesichts der Unschärfe der Fragen nicht übermäßig überrascht. Ähnliches gilt für das Thema „Ausländerfeindlichkeit“ bei einem Wert von 20,4 Prozent.

Vergleicht man die Ergebnisse der Langzeitstudie, so ergibt sich, dass die Daten insgesamt im Zeitraum der letzten zehn Jahre eher einen Rückgang oder keine Veränderung von rechtsextremistischen Einstellungen verzeichnen. Bei fast allen Dimensionen gibt es nur kleinere Schwankungen im Zeitverlauf, die unter fünf Prozentpunkten liegen. Größere Veränderungen sind die Ausnahme.

## ALARMISMUS UND ECHE SORGE

Anders, als es der Titel der aktuellen Studie *Die enthemmte Mitte* erwarten lässt, wird nicht explizit ausgewiesen, wie verbreitet denn nun rechtsextreme Einstellungen in der Mittelschicht tatsächlich sind. Die Daten einer früheren „Mitte-Studie“ zeigen jedoch, dass die Mittelschicht nicht überdurchschnittlich anfällig ist, stattdessen allerdings die unteren Schichten verstärkt rechtsextreme Einstellungen aufweisen.<sup>6</sup>

Die Festlegung des Grenzwertes für ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild wurde in der Vergangenheit häufig kritisiert. Generell wird in der Forschung diskutiert, welcher Grenzwert geeignet ist, da die Angabe des Anteils von Rechtsextremisten maßgeblich davon abhängt, ab wann ein Befragter als rechtsextremistisch gilt: Wie vielen Aussagen und wie stark muss man zustimmen, um ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild zu haben?

In der aktuellen Studie reicht die Antwortskala bei achtzehn Einzelaussagen von 1 („lehne völlig ab“) bis 5 („stimme voll und ganz zu“). Das ergibt einen maximalen Zustimmungswert aller Items von neunzig. Ab einem Wert von 63 sprechen die Autoren von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Das bedeutet: Wer beispielsweise neunmal mit „stimme überwiegend zu“ und neunmal mit „stimme teils zu, teils nicht zu“ geantwortet hat, besitzt

nach Auffassung der Autoren bereits ein geschlossenes (!) rechtsextremes Weltbild.

Bei der Studie *Die enthemmte Mitte* sind Zweifel an der Eignung des Messinstrumentes angebracht. Die Interpretation der Ergebnisse ist zudem nicht immer von den tatsächlich gemessenen Daten gedeckt und kann teilweise als alarmistisch bezeichnet werden. Deshalb sollten die Ergebnisse vorsichtig verwendet werden. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild findet sich in den Daten tatsächlich nur in geringem Umfang. Dennoch ist ein Anstieg rechtsextremer Gewalttaten zu verzeichnen, der durchaus Besorgnis erregen kann. Allein die Zahl der Anschläge auf Flüchtlingseinrichtungen stieg von 199 im Jahr 2014 auf 1027 in 2015.<sup>7</sup>

Zudem zeigt die Studie, dass es derzeit eine weit verbreitete Skepsis vor allem gegenüber Muslimen gibt. Auch dies gibt sehr wohl Anlass zur Sorge. In Anbetracht der vielen muslimischen Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, kann nur eine schnelle und gute Integration die Skepsis der deutschen Bevölkerung abbauen.

<sup>1</sup> Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar: *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen 2016.

<sup>2</sup> Siehe exemplarisch Spiegel Online: „Deutschlands hässliche Fratze“, von Benjamin Schulz; <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/rechtsextremismus-studie-die-enthemmte-mitte-a-1097321.html> [Zugriff am 15.08.2016].

<sup>3</sup> Folgende Studien sind bisher erschienen: Zick, Andreas / Klein, Anna: *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Bonn 2014; Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar: *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Leipzig 2014; Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar: *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*, Bonn 2012; Decker, Oliver / Weißmann, Marliese / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar: *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, Bonn 2010; Decker, Oliver / Brähler, Elmar: *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008*, Berlin 2008; Decker, Oliver / Brähler, Elmar / unter Mitarbeit von Geißler, Norman: *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin 2006; Decker, Oliver / Brähler, Elmar: „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/2005, S. 8–17; Brähler, Elmar / Niedermayer, Oskar: *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002*, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 6, Berlin/Leipzig 2002.

<sup>4</sup> Vgl. u. a. Kreis, Joachim: „Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontrollversen am Beispiel zweier Studien“, in: *Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*, Nr. 12, Berlin 2007, S. 87–103; Jesse, Eckhard: „Mitte und Extremismus“, in: Backes, Uwe / Gallus, Alexander / Jesse, Eckhard (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*, Baden-Baden 2013, S. 13–35.

<sup>5</sup> Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar: *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen 2016, S. 32.

<sup>6</sup> Decker, Oliver / Weißmann, Marliese / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar: *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, Bonn 2010.

<sup>7</sup> Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; <https://www.lpb-bw.de/fremdenfeindlichkeit.html> [Zugriff am 15.08.2016].

# Nur noch Abstieg?

---

Effiziente Bildungsinvestitionen stabilisieren die Mittelschicht

## DOROTHEA SIEMS

Geboren 1963 in Berlin, promovierte Volkswirtin, seit September 2010 Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik, „Die Welt / Welt am Sonntag / N24“.

Es gibt ein hässliches Bild von Deutschland. Demnach ist die Gesellschaft zunehmend in Arm und Reich gespalten. Die Mittelschicht wird immer dünner und fürchtet den Abstieg. Und der Sozialstaat ist ausgezehrt und kraftlos. Mit der Realität hat diese von Sozialverbänden, Gewerk-

schaftlern und Oppositionspolitikern gebetsmühlenartig vorgetragene Kritik an den hiesigen Verhältnissen zwar nichts zu tun. Es ist ein Zerrbild. Doch fatalerweise halten es viele Bürger inzwischen dank der steten Wiederholungen für die Wirklichkeit. So kommt es zu der absurden Situation, dass zwar mehr Bundesbürger als je zuvor in Umfragen ihre persönliche Einkommenssituation und ihre für die nächsten Jahre erwartete wirtschaftliche Lage positiv einschätzen. Und dennoch ein großer Bevölkerungsteil meint, in der Gesellschaft gehe es immer unfairer zu.

Bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr wird das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ deshalb wohl eine große Rolle spielen. Denn die Bundesrepublik hängt seit ihrem Bestehen am Ideal einer möglichst homogenen Gesellschaft mit schmalen Rändern und einer stabilen breiten Mitte. Nicht nur die Konservativen fühlen sich Ludwig Erhards Versprechen vom „Wohlstand für alle“ verpflichtet.

Doch schon bei der Definition der Mittelschicht gehen die Meinungen auseinander. Ökonomen blicken meist auf die Einkommen, um die Gesellschaft in oben, unten und Mitte aufzuteilen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zählt zur Mittelschicht Personen, die zwischen 67 und 200 Prozent des mittleren Bruttoeinkommens zur Verfügung haben. Nach Berechnungen des Instituts schrumpfte die gesellschaftliche Mitte seit Anfang der 1990er-Jahre von 66 Prozent der Bevölkerung auf nur noch 61 Prozent. Zählte nach der Wiedervereinigung laut DIW knapp jeder Vierte zur Gruppe der Einkommensschwachen, so gilt dies mittlerweile für 27 Prozent. Die Oberschicht wuchs im gleichen Zeitraum um drei Prozentpunkte auf dreizehn Prozent. Beide Ränder der Gesellschaft wurden somit etwas stärker. Doch nach wie vor bildet die Mittelschicht die mit Abstand größte Gruppe. Blickt man auf den Zeitverlauf, wird zudem deutlich, dass die Mittelschicht zwar in den zehn Jahren bis 2005 parallel zur Ausbreitung der Arbeitslosigkeit abnahm. In den Folgejahren jedoch stabilisierte sie sich dank des Beschäftigungsbooms wieder. Es gibt somit keineswegs einen stetigen Trend der Auszehrung.

## **KAUM EIN INDUSTRIELAND KORRIGIERT SO STARK WIE DEUTSCHLAND**

Die Dominanz der Mittelschicht wird noch offensichtlicher, wenn man die wirtschaftliche Lage der Haushalte betrachtet, nachdem der Staat über Steuern, Sozialabgaben und Transfers eine beträchtliche Umverteilung vorgenommen hat. Denn einen Großteil der staatlichen Einnahmen finanzieren die Gutverdienenden: So zahlen die oberen zehn Prozent der Haushalte fast die Hälfte der gesamten Einkommensteuer, während die unteren fünfzig Prozent lediglich fünf Prozent tragen. Kaum ein anderes Industrieland korrigiert die Markteinkommen ähnlich stark wie Deutschland. Allein das Kindergeld sorgt dafür, dass der Anteil armutsgefährdeter Minderjähriger mehr als halbiert wird. Besonders bei Familien gewährleistet somit der gut ausgebaute Umverteilungsmechanismus, dass sich viele Menschen in der Mitte halten, die dies allein mit ihren am Markt erzielten Einkommen nicht könnten. Ohne Abgaben und Transfers wäre die Mittelschicht seit Anfang der 1990er-Jahre deutlich stärker geschrumpft, als sie dies tatsächlich tat. Und so kommen die fünf Wirtschaftsweisen in ihrem Gutachten 2015 für die Bundesregierung zu



dem Schluss, dass Deutschland „nach wie vor eine stabile Mittelschichtsgesellschaft“ sei. Denn lege man die Einkommensschwelle – wie dies international üblich sei – schon mit sechzig Prozent des mittleren Einkommens an, so zählten mehr als drei von vier Bundesbürgern zur gesellschaftlichen Mitte.

Für die Finanzkraft der Bürger spielt indes nicht nur das Einkommen eine Rolle, sondern auch das Vermögen. Hierzu zählen neben dem Geldvermögen auch Immobilien, Finanzanlagen, Wertgegenstände und Betriebsvermögen. DIW-Präsident Marcel Fratzscher beklagt in seinem Buch *Verteilungskampf*, dass in keinem anderen Land der Eurozone die Vermögensungleichheit höher sei als in Deutschland. Bei den ärmsten zwanzig Prozent der Bundesbürger seien die Schulden sogar größer als die Vermögenswerte. Umgekehrt besäßen die oberen zehn Prozent rund 63 Prozent des gesamten Reichtums. Damit sei Deutschlands Vermögen fast so ungleich verteilt wie in den USA, während es fast überall in Europa gerechter zugehe. Bei näherer Betrachtung zeigt Fratzschers Analyse allerdings gravierende Schwächen. Denn nach den von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Statistiken, auf denen Fratzschers Befund basiert, zählen die Deutschen trotz ihrer enormen wirtschaftlichen Stärke innerhalb Europas zu den Habenichtsen. Danach besitzt ein EU-Bürger im Durchschnitt ein Vermögen von 110.000 Euro. Hierzulande kommen die Menschen hingegen gerade einmal auf 50.000 Euro. Spanier und Italiener besitzen nach diesen Berechnungen im Mittel mehr als das Dreifache der Deutschen, und selbst die krisengebeutelten Griechen verfügen immerhin noch über das Doppelte.

## FRAGWÜRDIGE BERECHNUNGSGRUNDLAGEN

Man muss nicht Wirtschaftswissenschaften studieren, sondern nur durch diese Länder reisen, um zu wissen, dass diese Statistiken den tatsächlichen Wohlstand in keiner Weise widerspiegeln. Zum einen beruhen die Zahlen auf Selbsteinschätzungen der Bürger, sind also nicht objektiv. Zum anderen ergibt sich ein schiefes Bild, weil zwar private Alterssicherungssysteme wie Lebensversicherungen einbezogen wurden, nicht aber die in Deutschland viel bedeutenderen Ansprüche an das staatliche Rentensystem. Relevant ist zudem, dass die Deutschen im Gegensatz zu den anderen Europäern mehrheitlich nicht im Eigenheim wohnen, was sich entsprechend in den Besitzverhältnissen niederschlägt. Denn bei einem Großteil der privaten Vermögen in Europa handelt es sich um Immobilien. Die Einschätzung der Bürger, wie viel ihr Häuschen wert ist, dürfte indes nicht selten weit vom realistischen Marktwert abweichen.

Eine erhebliche Rolle für die hiesige Vermögensverteilung spielt darüber hinaus die besondere Wirtschaftsstruktur. Der Deutschland prägende

Mittelstand besteht zum großen Teil aus Familienunternehmen, während in anderen Ländern meist Kapitalgesellschaften dominieren. Wer eine stärkere Umverteilung der Vermögen in Deutschland fordert, zielt somit in erster Linie auf Familienunternehmer und nimmt – wissentlich oder nicht – erhebliche wirtschaftliche Folgen in Kauf. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Christian Arndt: *Das Vermögen der mittleren Einkommenschicht in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland?*, abrufbar unter <http://www.kas.de/wf/de/33.43692/>) zeigt überdies, dass auch mit Blick auf die Vermögensverteilung von der oft beschworenen Erosion der Mittelschicht keine Rede sein kann. Vielmehr hat sich deren Position in den letzten Jahren sogar verbessert. Denn die Mitte konnte ihren Anteil am Gesamtvermögen in den Jahren nach der Finanzkrise vergrößern, während die Oberschicht Einbußen hinnehmen musste.

## AUCH BILDUNG DEFINIERT DIE STELLUNG

Die Mittelschicht definiert sich indes nicht allein über das Geld. Denn neben Einkommen und Vermögen ist es vor allem die Bildung, die über die Stellung in der Gesellschaft entscheidet. Das Gros der Studenten zählt zu den Einkommenschwachen. Doch dank ihres überdurchschnittlichen Humankapitals mit entsprechend guten Zukunftsaussichten gelten sie keineswegs als der Unterschicht zugehörig. Das Gleiche gilt für Auszubildende, die einen krisenfesten Beruf erlernen und zunächst mit einem bescheidenden Lehrlingsgehalt auskommen müssen. Armutsgefährdet sind auch viele Geschiedene. So lebt fast jede zweite Alleinerziehende von staatlicher Unterstützung. Doch zumindest den gut Qualifizierten unter ihnen gelingt meist rasch der Ausstieg aus der finanziellen Notlage.

Bildung stellt in einer Wissensgesellschaft ein wesentliches, vielleicht sogar das entscheidende Kriterium für die gesellschaftliche Stellung dar. Viele Berufseinsteiger, die mit einer Geschäftsidee ein vielversprechendes Startup-Unternehmen gründen, besitzen oft nichts außer Schulden. Doch zählen sie zweifellos zur Mitte, die sich schließlich auch durch die Fähigkeit auszeichnet, ohne Hilfe von Vater Staat das Leben in die Hand zu nehmen und die Chancen, die eine Marktwirtschaft bietet, zu nutzen.

Die Verteilung der Bildungschancen ist hierzulande ungleicher als in anderen Ländern. Die Mittelschicht ist überaus erfolgreich darin, ihren Nachwuchs in der Mitte zu halten. Anders als häufig behauptet kommt ein Bildungsabstieg in Mittelschichtsfamilien selten vor. Dies ist nicht zuletzt dem Engagement der Eltern zu verdanken, die viel Zeit und Geld investieren, um ihren Kindern trotz mancher Defizite im hiesigen Bildungssystem einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Über solche Ressourcen verfügen die Einkommenschwachen nicht. Und seltener als in anderen Ländern gelingt

Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern in Deutschland der soziale Aufstieg. Vor allem Migranten schaffen es häufig nicht, die soziale Leiter emporzusteigen. Somit lebt nicht nur die erste Generation der Zuwanderer überproportional häufig am unteren Rand der Gesellschaft. Auch der zweiten Generation gelingt der Anschluss an die einheimische Bevölkerung oft nicht. Die Qualität der Krippen, Kindergärten und Grundschulen muss verbessert werden, damit in Zukunft auch mehr Zuwanderer einen Platz in der Mittelschicht finden. Nicht immer neue Sozialleistungen und noch mehr Umverteilung, sondern hohe und effiziente Bildungsinvestitionen stabilisieren die Mitte.

#### **Literatur**

Anger, Christina / Orth, Anja Kathrin: Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Eine Analyse der Entwicklung seit dem Jahr 2000, Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2016, online abrufbar unter <http://www.kas.de/wf/de/33.45395>.

# Verunsichert!



Warum wir Reformen in der Sozial- und Steuerpolitik brauchen

## THOMAS KÖSTER

Geboren 1982 in Paderborn, Volks- und Betriebswirt, Koordinator Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die aufgeregten Debatten um Flüchtlinge, Steuern oder Rente erwachsen aus einem gemeinsamen Kern: wirtschaftlichen Zukunfts- und Abstiegsängsten in der gesellschaftlichen Mitte. Trotz neuer Rekorde bei den Beschäftigungszahlen ist es die Angst vor Arbeitslosigkeit,

Verdiensteinbußen oder Altersarmut. Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik hat sich beispielsweise mit dem Pessimismus im Hinblick auf die Rente beschäftigt: Mehr als ein Drittel der Befragten geht mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit – über siebzig Prozent – davon aus, im Alter auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Abstiegsängste haben die Mittelschicht erreicht. Doch warum ist das so?

Ein Erklärungsansatz kann in den Nachwirkungen der Reformen der 2000er-Jahre gefunden werden. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und klammen Sozialkassen waren diese nötig geworden. Nur zur Erinnerung: Die

Rentenkasse musste 2005 zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte auf die sogenannte Bundesgarantie zurückgreifen. Die Rentenversicherung war also auf einen Kredit des Bundes angewiesen, um die Renten pünktlich auszahlen zu können. Gleichzeitig waren die Empfängerzahlen von Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung auf einem Allzeithoch. Vor diesem Hintergrund wurden maßgebliche Veränderungen an den Sozialsystemen und der Arbeitsmarktregulierung vollzogen. Zur Wahrheit gehört dabei, dass diese in vielen Bereichen mit Einschnitten beim Sicherungsniveau verbunden waren.

In Ost und West wurden dadurch sozioökonomische Existenzängste manifestiert, die in der Mittelschicht zuvor weitgehend unbekannt waren. Während ein signifikanter Teil der Erwerbslosigkeit zuvor in der Sozialhilfe versteckt war und damit breiten Bevölkerungsschichten wenig offenbart wurde, ist dieses Phänomen durch Hartz IV sichtbar geworden. Diese Transparenz, die von der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ausgelöst wurde, hat jedermann, gerade in der wirtschaftlichen Mitte, vor Augen geführt, dass er vor sozialem Abstieg nicht gefeit ist. Heute ist das Hartz-IV-System in breiten gesellschaftlichen Schichten wohlbekannt, sei es aufgrund eigener Erfahrungen oder weil im eigenen Umfeld und den Medien darüber gesprochen wird.

## ÜBERTRIEBENE ÄNGSTE?

Neben diesen nachvollziehbaren Gründen einer neuen Verunsicherung hat sich mit den Renten- und Sozialreformen auch eine Art kollektives Ohnmachtsempfinden in die Köpfe der Mittelschicht eingebrannt, das in vielen Bereichen übertrieben erscheint. Beispiel Altersarmut: Die wiederkehrende Debatte um ein sinkendes Rentenniveau und um niedrige Zinsen verunsichert die Menschen zutiefst. Überschen wird dabei, dass mit der Grundsicherung gerade ein System vorhanden ist, das vor Armut im Alter schützt. Selbstverständlich soll die Bedürftigkeit im Alter die Ausnahme bleiben, gleichwohl wird der Eindruck vermittelt, dass in Zukunft das Gros der Rentner ins Bodenlose zu fallen drohe. Ein Blick in die Zahlen zeigt jedoch: Altersarmut ist und bleibt kein Massenphänomen. Zwar liegen fünfzig Prozent der Renten unter 700 Euro, doch daraus eine flächendeckende Bedürftigkeit im Alter abzuleiten, wäre weit gefehlt. In dieser Gruppe sind nur etwa drei Prozent auf Grundsicherung angewiesen. Bei allen anderen Altersgruppen zusammen ist es jeder Zehnte. Geringe Renten sind per se kein Indiz für Altersarmut, denn in den meisten Haushalten steht dem eine andere zusätzliche Absicherung gegenüber. Rentenansprüche unter 500 Euro machen laut Alterssicherungsbericht nur zehn bis dreißig Prozent des Gesamt-Haushaltseinkommens aus. Die ausgeprägte Angst vor Altersarmut scheint mindestens in der heutigen Zeit einem Faktencheck also nicht standhalten zu können.

Beispiel Arbeitslosigkeit: Noch immer ist die Angst vor Arbeitslosigkeit, im Speziellen die Angst vor Hartz IV, in der gesellschaftlichen Mitte verbreitet. Daran knüpfen immer häufiger Forderungen an, das Arbeitslosengeld möglichst über einen längeren Zeitraum zu gewähren oder den Anspruch auf Arbeitslosengeld – statt Hartz IV – auszuweiten. Richtig ist, dass im System der Arbeitslosenversicherung die Betroffenen ihre Bedürftigkeit nicht nachweisen müssen. Selbstverständlich ist es angenehmer, wenn die Behörde keine Prüfung der Vermögens-, Einkommens- oder Lebenssituation vornehmen muss. Die Furcht der Menschen, eines Tages in dieses untere Sicherungsnetz zu rutschen – sprich: „die Hosen runterlassen“ zu müssen –, ist jedoch in einem Umfeld von Rekordbeschäftigung und niedrigster Arbeitslosigkeit überzogen. Zum Hintergrund: Die Arbeitslosigkeit unter Akademikern liegt konstant knapp über zwei Prozent und bei Fachkräften mit beruflicher Ausbildung bei 4,9 Prozent. Das kommt der Vollbeschäftigung sehr nahe.

## „GERMAN JOBWUNDER“

Die Dritte Verunsicherung ist die Inflationsangst. Eng damit verknüpft ist das unterschwellige Empfinden, dass vom Einkommen immer weniger übrig bleibt beziehungsweise spiegelbildlich, dass die Lebenserhaltungskosten rapide steigen. In der Tat kam die Bundesrepublik aus einer Phase des Lohnverzichts. So blieben Löhne in den frühen 2000er-Jahren in Deutschland nahezu konstant. Die Volkswirtschaftslehre stellt in diesem Zusammenhang auf die sogenannte Reallohnentwicklung ab, sprich: die Lohnsteigerungen abzüglich der Inflation. Deren Entwicklung war von 2000 bis 2005 nur moderat positiv und danach bis 2008 sogar im leicht negativen Bereich. Gleichwohl legen die Beschäftigungszahlen wie auch die Löhne seit der Finanzkrise ordentlich zu. Dieser Effekt, der im Vergleich mit den führenden Industrienationen einmalig ist, wird in der internationalen Presse als das „German Jobwunder“ beschrieben.

Die Menschen haben also eigentlich deutlich mehr Geld in der Tasche als noch vor einigen Jahren. Dazu tragen auch die außerordentlich niedrigen Inflationsraten der vergangenen Jahre bei. Woher kommt nun also der gefühlte Kaufkraftverlust? Eine Erklärung könnte sein, dass allgemein Wohlstandsgewinne weniger stark wahrgenommen werden als Wohlstandsverluste. Vielleicht steigen mit den Möglichkeiten auch die Ansprüche? Wie selbstverständlich wird heute hingenommen, dass es mehr Smartphones als Einwohner in Deutschland gibt. Die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge steigt jedes Jahr um mehr als ein Prozent. Und so gehört die „Rostlaube“ im Stadtbild zu den aussterbenden Arten. Auch muss man in keinem anderen europäischen Land einen so geringen Anteil des Haushaltseinkommens für Lebensmittel vorhalten wie bei uns. Gleichzeitig ist das Warenangebot im

Supermarkt, ja sogar im Discounter, heute so vielfältig wie nie zuvor. Exotische Früchte, europäische Spezialitäten und sogar Feinkost gehören mittlerweile zum Standardangebot. Leider kapriziert sich die öffentliche Debatte allzu gern auf Einkommensunterschiede in der Gesellschaft, aber dem schrumpfenden Konsumunterschied wird wenig Rechnung getragen. Dabei ist intuitiv klar: Der Unterschied, ob man früher ein Radio oder einen Fernseher im Haushalt hatte, ist qualitativ wohl kaum mit dem Unterschied vom Röhren- zum Flachbildschirm zu vergleichen. Früher waren Flugreisen nahezu ausschließlich ein Thema der Oberschicht, heute sind sie ein Massenphänomen. Einzig der *Economist* hat es – zugespitzt – einmal so auf den Punkt gebracht: „Der Unterschied, einen gebrauchten Hyundai Elantra zu fahren oder einen neuen Jaguar XJ, ist im Vergleich mit dem Unterschied zwischen Autofahren oder durch den Schlamm zu stapfen völlig unbedeutend.“

## **BERECHTIGTE BEFÜRCHTUNGEN**

Neben den belegbar zu relativierenden Abstiegsängsten bleiben auf der anderen Seite bestimmte Strukturen in Deutschland, die tatsächlich Abstiegsängste zu befördern scheinen. Im Steuer- und Transfersystem haben in den letzten Jahrzehnten besonders in den unteren und mittleren Einkommensegmenten Verschiebungen stattgefunden, die sicher nicht zur Selbstsicherheit der Mittelschicht beigetragen haben. Während die Steuerkurve bei den kleinen Einkommen immer steiler wurde und damit die Belastung dieser Gruppe schneller stieg, wurden gleichzeitig vielfältige Sozialtransfers erdacht oder ausgeweitet. Den Menschen mehr zu nehmen, um ihnen anschließend mehr zurückzugeben, ist aus Sicht des Staates ein „Rechte-Tasche-Linke-Tasche-Spiel“. Das führt aber zu einer Verunsicherung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch die provozierte Bedürftigkeit. Wer in Deutschland als Single mit 1.400 Euro gerade den Mindestlohn verdient, der muss dennoch knapp siebzig Euro Steuern abführen. In der Arbeitsmarktordnung definieren wir also darunterliegende Verdienste als zu gering, im Steuerrecht hingegen als hoch genug, dass man davon Steuern schultern kann, und schließlich hält das Sozialrecht das resultierende Nettoeinkommen für zu gering, sodass ein Anspruch auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen oder Wohngeld entsteht. Dieser Beispielverdiener muss selbstredend auch Krankenversicherungsbeiträge abführen und ist von den Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen betroffen. Gleichzeitig erfüllt er sehr schnell die Voraussetzungen, um sich davon direkt wieder befreien zu lassen, wenn die Kosten mehr als zwei Prozent des Einkommens übersteigen. Das alles ist verkehrte Welt.

Dieses Grundproblem setzt sich auch bei mittleren Familieneinkommen fort. Vor Kurzem wurde die Wirksamkeit der etwa 160 (!) familienpolitischen Maßnahmen in der Bundesrepublik kritisch hinterfragt. Es existiert

also auf der einen Seite ein vielfältiger Blumenstrauß an Familienleistungen und auf der anderen Seite werden die Familien über Doppelprogressionen stark belastet. Derzeit wird deshalb folgerichtig die steuerliche Belastung der Mittelschicht über Parteigrenzen hinweg als problematisch eingestuft. In den meisten Bundesländern sind Familien mit kleinen Kindern über die Staffellungen bei den Kita-Gebühren sogar zusätzlich betroffen. Solche nach Einkommen gestaffelten Gebühren und die weiteren Sozialabgaben verschärfen die Steuerprogression, die dann als Doppelprogression wahrgenommen wird. Auch hier führt der Ansatz „nehmen, um zurückzugeben“ zu einer Verunsicherung der Mittelschicht. Diese muss zunächst die Belastungen stemmen und mutiert dann, durch den Zwang, unterstützende Transfers zu beantragen, vom Leistungsträger zum Bedürftigen.

Ebenso in der Altersvorsorge. Den Menschen wurde gesagt, dass nur durch zusätzliche private und/oder betriebliche Altersvorsorge eine lebensstandardsichernde Rente zu erwarten ist. So weit, so gut. Deshalb wurden Anreize in Form von Steuer- und Abgabebefreiung, Steuererleichterungen sowie Zuschüssen geschaffen. Doch in einer Zeit, in der immer mehr Verträge in die Auszahlungsphase kommen, folgt die gefühlte „Quittung“. Mit unvoreilhaftem Steuerpauschalen, Verbeitragungen, in manchen Fällen sogar einer Doppelverbeitragung – weil sowohl in der Anspar- als auch in der Auszahlungsphase Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge fällig werden –, fühlen sich viele Rentner in eine Falle gelockt. Dass in diesen Tagen die Riester-Rente pauschal als „gescheitert“ verunglimpft wird, trägt jedenfalls nicht dazu bei, Vertrauen zurückzugewinnen. Hinzu kommt, dass Rentenansprüche derzeit bei der Grundsicherung im Alter voll angerechnet werden. Doch wer das Risiko vor Augen hat, dass er im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein könnte, kommt häufig zu dem Schluss, dass sich der Abschluss einer betrieblichen oder privaten Vorsorge für ihn nicht rechnet. Ein Effekt, der zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führen kann.

## **WARUM UMSTEUERN WICHTIG IST**

Deutschland kommt aus einer Phase, in der das politische Augenmerk berechtigterweise auf der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit gelegen hat. Dabei wurde die Mittelschicht allerdings allzu oft vernachlässigt. Schlimmer noch: So manche Reform hat Abstiegsängste erst geschürt. Deshalb sollte nun eine Phase folgen, in der die Mitte der Gesellschaft stärker ins Zentrum rückt. Ein erster, großer Schritt wäre schon damit getan, den Dschungel verschiedener und konkurrierender Regelungen zu bereinigen. So sollte das Auftreten von Steuer- und Abgabepflicht bei gleichzeitigem Anspruch auf Sozialtransfers eine Ausnahme bilden. Dafür müsste auch der sogenannte Mittelstandsbauch



im Steuerrecht abgeflacht, das heißt die stark steigende Belastung der unteren und mittleren Einkommen zurückgefahren werden.

Zudem sind strukturelle Reformen der Sozialsysteme nötig, die auf die Effizienz der Systeme abzielen und weniger der Utopie einer flächendeckenden Einzelfallgerechtigkeit nachhängen. Die Fehlanreize, wie sie hier beispielsweise bei den Familienleistungen oder im Rentensystem beschrieben sind, sollten stärker in den Fokus rücken als der Wunsch nach neuen Leistungen.

Die Politik muss dem mündigen Bürger wieder mehr Vertrauen entgegenbringen, denn er weiß selbst am besten, wie er mit seinem Geld umgeht. Im Zentrum der Sozialen Marktwirtschaft stand der berühmte Satz von Ludwig Erhard: „Ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ Eine politische Rückbesinnung auf dieses Leitbild könnte eine Menge dazu beitragen, dass die Verunsicherung der Mittelschicht zurückgeht.

### **Literatur**

Böhmer, Michael / Ehrentraut, Oliver / Heimer, Andreas / Henkel, Melanie / Ohlmeier, Nina / Poschmann, Katharina / Schmutz, Sabrina / Weisser, Johannes: „Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland“, Auftraggeber: Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn/Berlin 2014, siehe <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Familie/Pdf-Anlagen/gesamtevaluation-endbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> [13.09.2016].

Bundesregierung: Alterssicherungsbericht 2012. Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2012, Berlin 2012, siehe <http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Gesetze/alterssicherungsbericht-2012.pdf> [13.06.2016].

Gasche, Martin / Lamla, Bettina: Erwartete Altersarmut in Deutschland: Pessimismus und Fehleinschätzungen – Ergebnisse aus der SAVE-Studie, MEA Discussion Papers, 264, Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München 2012, siehe [http://www.mea.mpsoc.mpg.de/uploads/user\\_mea\\_discussionpapers/1308\\_13-2012.pdf](http://www.mea.mpsoc.mpg.de/uploads/user_mea_discussionpapers/1308_13-2012.pdf) [13.06.2016].

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten. Aktuelle Daten und Indikatoren, 12/2015, Nürnberg 2015, [http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/qualo\\_2015.pdf](http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/qualo_2015.pdf) [13.06.2016].

Kahneman, Daniel: Schnelles Denken, langsames Denken, Siedler Verlag, München 2012.

The Economist: „The new (improved) Gilded Age“, 19.12.2007, London, <http://www.economist.com/node/10328935> [13.06.2016].

# ... und Maß: Leistung 4.0

---

Bemerkungen einer Gewerkschafterin

Leistung, Arbeitsleistung zumal, verbindet sich unmittelbar mit der konkreten Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftswelt, die der arbeitende Mensch vorfindet: Der Sklave, der in Ägypten beim Bau der Pyramiden Steinquader verfrachtete, der Bauer, der mit seinem Ochsen das Feld pflügte, die Weberin, die am heimischen Webstuhl Meter für Meter Leinen produzierte, und die Polsternäherin, die in der Autofabrik der 1960er-Jahre Lederbezüge nähte – sie alle erbrachten ihre Arbeitsleistung unter den Bedingungen und mit den Instrumenten ihrer Zeit. Hinter der Produktivität der Hochleistungslandmaschine, die heute Saatgut- und Düngermischung an die sensorisch erfasste Bodenbeschaffenheit des

Feldes computergesteuert anpasst, bleibt die Leistung des Bauern, der sein Feld mit dem Hanomag R 27 bestellte, klar zurück. Verglichen allerdings mit seinem Großvater, der noch mit dem Pferdefuhrwerk unterwegs war, war der Bauer der Nachkriegszeit bereits ein Hochleistungslandwirt.

Mit der Digitalisierung steht die nächste Leistungs- und Produktivitätsrevolution vor der Tür: In der Arbeitswelt 4.0 werden sich in *Smart Factories* und auf Onlineplattformen disruptive Veränderungsprozesse der Wertschöpfung vollziehen. Leistung 4.0 wird in HITs oder Byte gemessen, Entgrenzung von Arbeitszeit und -ort charakterisiert die Leistungsspezifika der Arbeitswelt 4.0.

Historisch betrachtet gehört es zu den Phasen großer, technologisch bedingter Umbrüche in der Arbeitswelt, dass die Frage neu zu klären ist, wie viel Zeit die Menschen für die Arbeit einsetzen sollen, wer den Takt vorgibt und wer die Anfangs- und Schlusszeiten. Die Fließbänder der Ford-Werke konnten 24 Stunden laufen, den Hochofen herunter- und wieder heraufzufahren war so teuer, dass Schichtarbeit rund um die Uhr durchgesetzt wurde. Der einzelne Arbeitnehmer war machtlos gegen die großen Taktgeber Maschine und Gewinn.

## **DAS RECHTE MASS IST LÄNGST ÜBERSCHRITTEN**

Mitte und Maß zu finden in der Arbeitswelt 4.0, ist eine der Gestaltungsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Die Zunahme von Arbeitsunfähigkeitstagen und Frühverrentungen aufgrund psychischer Erkrankungen deutet darauf hin, dass die Taktung der Arbeitswelt und die Anforderungen an die Arbeitsleistung für einen größeren Teil der Beschäftigten das rechte Maß längst überschreiten.

Die Gestaltung von arbeitsfreien Zeiten, von echten Pausen, in denen uns die Arbeit nicht via Smartphone oder E-Mail wieder einholt, ist zu einer zentralen Herausforderung für all jene geworden, die achtsam mit den Leistungsträgern des postindustriellen Zeitalters umgehen wollen. Der Blick wendet sich von der Regulierung der Arbeitszeit hin zu einer verlässlichen Regelung der freien Zeiten. Der Schutz der Pause wird zum Arbeitsschutzthema Nummer eins.

## **MANNA FÜR DEN SIEBTEN TAG**

Die Zehn Gebote kannten diese Blickrichtung bereits: Als die Israeliten auf dem Weg aus Ägypten ins verheißene Land zurückschauten, in das Land, in dem sie als Sklaven gearbeitet hatten, erinnerten sie sich an Milch und Honig und an Arbeiten ohne Pause und Rast. Als Alternative zu dieser Ökonomie der Ausbeutung (von Mensch und Natur) bietet Jahwe mit seinen Zehn Geboten die „Ökonomie des Sabbats“ an, eine Ökonomie von Mitte und Maß. Das Manna, das am sechsten Tag gesammelt wird, reicht auch für den siebten Tag, an dem Mann und Frau, Sohn und Tochter, Sklave und Sklavin, Ochs und Esel ruhen. Sie alle sind gehalten, ihre Leistungsfähigkeit nicht bis zum letzten Blutstropfen auszureizen. Jeder siebte Tag ein Tag der Ruhe. Ein Tag der Pause. Ein Tag wider die Versklavung der gesamten Lebenszeit.

Die Weisheit der Sabbat-Ökonomie neu zu entdecken, heißt, mit der Heiligung des arbeitsfreien Sonntags zugleich unvernutzte Zeiten im Alltag zu verteidigen. Maß und Mitte zu gestalten in volatilen Erwerbsverläufen und komplexen Wirtschaftszusammenhängen, ist eine unschätzbare kulturelle Verständigung; Mitte und Maß zu finden, kann – auch in der Arbeitswelt 4.0 – nicht dem freien Spiel des Wettbewerbs überlassen werden.

*Eva Maria Welskop-Deffaa*

*Geboren 1959 in Duisburg,  
Bundesvorstandsmitglied der Gewerkschaft ver.di,  
bis 2013 Sprecherin des Zentralkomitees der  
deutschen Katholiken für den Sachbereich  
„Gesellschaftliche Grundfragen“.*

# ... und Gerechtigkeit

---

Erfahrungen eines Unternehmensberaters

Leider werden Gerechtigkeit und Gleichheit beim Thema Chancengerechtigkeit oft verwechselt. Man plädiert für Chancengleichheit, die es nicht geben kann, weil Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten zur Welt kommen und sich diese Unterschiede in der Lebenswirklichkeit in mehr oder weniger Chancen niederschlagen.

Schaut man in das Grundsatzprogramm der CSU, so sieht man, dass es Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung ist, alle Menschen nach ihren Fähigkeiten zu fördern. Dieser hehre Satz geht aber implizit davon aus, dass Menschen sehr

unterschiedliche Fähigkeiten haben und es gerecht ist, wenn man sie gemäß ihren jeweiligen Fähigkeiten fördert.

Welche Möglichkeiten eine solche Förderung beinhaltet, habe ich selbst erfahren: Ich bin im Neckartal in Württemberg aufgewachsen; dort war die Mitte über 500 Jahre in der Landwirtschaft oder im Handwerk verankert. 1513 ordnete Herzog Ulrich an, dass alle Untertanen evangelisch werden sollten. In den Kirchenbüchern meiner Heimatgemeinde kann man den Stammbaum ab dieser Zeit sehr gut nachzeichnen. Die Menschen, damals alle Selbstversorger, waren relativ

arm, denn der Boden war karg, und Handel mit anderen Regionen gab es kaum. Während der letzten 120 Jahre hat sich dies grundlegend geändert. Die württembergischen Erbteilungen sorgten dafür, dass viele Ackerbesitze geteilt wurden und es oft weit auseinanderliegende „Handtücher“ von Ländereien gab. Weitaus bedeutender aber war der Einfluss der Industrialisierung, der im Neckartal auch meine Vorfahren von Bauern zu Industriearbeitern werden ließ. Ich durfte dies in der zweiten Generation miterleben: Wir wurden nach dem Mantra erzogen, dass wir es einmal „besser haben sollten“. Die Plackerei der Eltern, die neben der Industriearbeit noch den zwei Hektar großen Hof bewirtschafteten, sollten die Kinder nicht mehr erleben.

Blicke ich vor diesem Hintergrund auf meine eigene Erfahrung, so darf ich sagen, dass ich als Bauernkind vom mittleren Neckartal Gerechtigkeit in Form einer Chancengerechtigkeit sehr intensiv erlebt habe.

Ich kam 1949 im größten Jahrgang des 20. Jahrhunderts in die Schule. Im Sprengel unseres Dorfes waren 51 Schülerinnen und Schüler, darunter viele Halbweisen und Flüchtlingskinder, eingeschult worden. Die Leistungsunterschiede in diesem Jahrgang bildeten in etwa auch die gesamtgesellschaftlichen Durchschnittswerte ab: Die Mitte repräsentierten jene achtzig Prozent mit den Noten 3 und 4, etwa zehn Prozent machten Begabte (Noten 1 und 2) sowie grob zehn Prozent weniger Begabte mit Noten 5 und 6 aus. Bei mir wurde im ersten Schuljahr eine Tuberkulose-Erkrankung festgestellt, und so verbrachte ich ein nahezu komplettes Schuljahr in Lungensanatorien. Diese Erkrankung gab den Ausschlag dafür, dass ich auf eine höhere Schule (Realschule in

Nürtingen) geschickt wurde, da ich später keine handwerklich anstrengende Arbeit machen sollte. Zusammen mit drei weiteren Schülern wurden wir dazu bestimmt, einen höheren Abschluss zu machen.

Für mich war diese Chance lebenswichtig. Ich zog von Nürtingen zur Lehre nach Stuttgart, dann nach Freiburg (Lehre und Verkaufssachbearbeiter). Dann folgte ein Studium an der Fachhochschule Siegen, und von dort ging es nach Saarbrücken (Studium der Betriebswirtschaftslehre). Zum Schluss folgten dann München und Berkeley (*postgraduate studies*). Schließlich promovierte ich in München über Stichprobentheorie in Statistik und ging zu McKinsey & Company. Ich suchte neue Herausforderungen und spürte das, was man im Englischen „meritocracy“ nennt. Schließlich wurde ich Deutschland- und Europachef dieser Institution, immer mit dem Gefühl, dass es gerecht zugeht.

Die junge Generation hat gegenwärtig phantastische Aufstiegsmöglichkeiten, auch deshalb, weil die Geburtenrate stark zurückgegangen ist. Heute hat die Klasse in Neckarhausen dreißig Schüler; davon machen die Hälfte Abitur, gut ein Drittel geht auf die Realschule, und circa ein Sechstel bleibt auf der Volksschule (Hauptschule). Der Bildungsbericht der Bundesregierung bestätigt ähnliche Zahlen immer wieder. Sie zeugen von gestiegenen Chancen für jeden. Eine Lehrausbildung mit einer Techniker Ausbildung in der folgenden Generation einer Familie kommt ebenso vor wie das Medizinstudium eines Kindes des Werkzeugmachers. In Bayern gibt es viele verschiedene Wege außerhalb des Abiturs zur Hochschule. So darf man folgerichtig konstatieren, dass die Chancengerechtigkeit in erheblichem Maße zugenommen hat, und zwar innerhalb einer

Generation, in der nicht nur viele Flüchtlinge, sondern auch viele Gastarbeiter integriert werden mussten. In den letzten zwanzig Jahren hat die Zahl der Studierenden um ein Vielfaches zugenommen.

Andererseits muss man aber auch feststellen, dass dieser Bildungsaufschwung nicht in allen sozialen Schichten in gleichem Maße angekommen ist. Wie vor dreißig Jahren nehmen gut drei Viertel der Akademikerkinder ein Hochschulstudium auf, bei Kindern von Nichtakademikern ist dies nur knapp ein Viertel. Ein „Schulabbrecher“ ist auch heute eine nicht genutzte Ressource für die Zivilgesellschaft; jemand, der unterhalb seiner Chancen und Fähigkeiten ausgebildet ist, der bleibt oft lebenslang unterhalb seiner Möglichkeiten. Von 2,8 Millionen Arbeitslosen sind rund 37 Prozent länger als ein Jahr arbeitslos, und bei Immigranten der zweiten Generation gibt es viele Menschen, die ihre Möglichkeiten nicht nutzen; allzu oft fehlt

auch der Wille zum Aufstieg, den die erste Generation mitbrachte.

Nach wie vor gilt: Eine gute Ausbildung bietet Chancen zur persönlichen Weiterentwicklung, und der Aufstieg in die Mitte gelingt erstaunlich vielen (siehe Schweiz) innerhalb von zehn Jahren.

Gerade für die in den letzten zwei Jahren zu uns gekommenen Flüchtlinge gilt das „Fördern und Fordern“. Es ist unsere Aufgabe als Teil der Gesellschaft, alles dafür zu tun, dass diese Menschen optimal auf eine Teilhabe am Berufsleben vorbereitet sind. Die Fähigkeit zu einer solchen Integrationsleistung und mehr Gerechtigkeit durch Bildung zeichnet insbesondere eine Gesellschaft mit einer starken Mitte aus.

*Herbert Henzler*

*Geboren 1941 in Plochingen,  
Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Unternehmensberater und Buchautor.*

# Orientiert an Wachstum und Leistung

---

Steuerpolitik für die Mitte

## MICHAEL MEISTER

Geboren 1961 in Lorsch, Mitglied  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Finanzen.

Politisches Handeln ist in pluralen Gesellschaften auf Entscheidungen und Mechanismen ausgerichtet, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln. Politik muss sich immer wieder die Frage stellen:

Was ist gut für das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Was sichert Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand? Was ist gut für die Mitte? Und natürlich: Was ist die Mitte?

Mit der Mitte wird oft allein der Mittelstand assoziiert. Aber die Mitte ist mehr als das. Die Mitte, das ist ein Großteil der Angestellten in den verschiedensten Bereichen unserer Wirtschaft. Nicht nur ist sie im öffentlichen Dienst, in den Städten und Gemeinden von der Kita über die Pflegeeinrichtungen bis hin zur Polizei vertreten, die Mitte wird auch durch die vielen

Selbstständigen, die für sich selbst und andere Beschäftigung schaffen, repräsentiert. Die Mitte, das ist der Mittelstand mit seinen zahlreichen innovativen kleinen und mittleren Unternehmen. Für die Mitte stehen jene, die mit wirtschaftlichen Anstrengungen zum gesamtgesellschaftlichen Erfolg beitragen und für die sich Arbeit und Leistung auch lohnen müssen.

Die Mitte darf aber nicht nur wirtschaftlich verstanden werden. Die Mitte, das sind auch all die Bürgerinnen und Bürger, die von der Familie her denken. Das sind die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und zum Zusammenhalt und zur Stärke der Gesellschaft beitragen. Die Mitte, das sind die Leistungsträger – wirtschaftlich und sozial. Die Mitte, das ist das Herz der Gesellschaft.

Allen grundlegenden steuerpolitischen Überlegungen oder Reformansätzen ist gemein, dass ihre Ausrichtung immer die Pluralität der Interessen innerhalb der Demokratie zu berücksichtigen hat. Steuerpolitik ist immer auch konkrete Gesellschaftspolitik.

Das bedeutet, die richtige Balance zu finden, eine Mitte zwischen den Zielvorstellungen der Allgemeinheit der Steuerpflichtigen und den fiskalischen Interessen des Staates, aber auch den Partikularinteressen einzelner Bürgerinnen und Bürger oder bestimmter Wirtschaftszweige, zwischen Belasteten und Entlasteten. Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist eine Steuerpolitik für die Mitte, indem sie einen politischen Konsens sucht, der auf das Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger zielt und die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft sichert.

Die Ausrichtung der Steuerpolitik ist ein maßgeblicher Faktor für wirtschaftliche Entwicklung, aber auch ein Indikator für die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Nicht nur das Verständnis der Steuern als wichtiges Finanzierungsinstrument, sondern auch ihre gestaltende Funktion als Lenkungs- und Anreizinstrument bieten Anlass zu kontroverser Meinungs-austausch. Dreh- und Angelpunkt steuerpolitischer Diskussionen ist immer wieder die Steuergerechtigkeit. Die Idee der steuerlichen Gerechtigkeit findet Ausdruck im Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, zugleich aber auch in der Verständlichkeit und Handhabbarkeit der Besteuerung und ihres Vollzuges.

### **Progressiver Steuertarif und gerechte Lastenverteilung**

Steuerpolitik für die Mitte bedeutet eine gerechte Verteilung der Lasten, bei der starke Schultern mehr tragen als schwache. Dies wird in unserem Steuerrecht durch den progressiven Steuertarif sichergestellt. Steuerpolitik für die Mitte heißt auch, der kalten Progression wirksam entgegenzutreten. Leistung und Einsatzbereitschaft sollen sich lohnen. Der Tarifverlauf darf auf Dauer nicht dazu führen, dass den Preisanstieg ausgleichende Lohnsteigerungen kaum bei den Menschen ankommen. Darunter leiden insbesondere die unteren und mittleren Einkommen. Diesen Effekt gilt es zu beobachten und



regelmäßig durch Steuerentlastungen und Tarifierpassungen abzufangen. Dem trägt der regelmäßige Progressionsbericht Rechnung, der eine zielgenaue Anpassung ermöglicht.

### **Mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen**

Für eine umsichtige Steuerpolitik ist die Stabilität der Rahmenbedingungen von großer Bedeutung. Wenn die guten Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen der Unternehmen in Deutschland erhalten bleiben sollen, dann ist Planungssicherheit im Regulationssystem nötig. Verlässliche steuerrechtliche Regelungen sollen insbesondere für Unternehmen eine belastbare Grundlage für eine solide Steuer- und Finanzplanung bilden. Deshalb wurde gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode klargestellt, dass auf Steuererhöhungen verzichtet wird. Damit werden Investitions- und Leistungsanreize für Unternehmen bewahrt.

Gleichzeitig werden dort, wo mit konsequenter Konsolidierungspolitik finanzielle Spielräume erarbeitet wurden, zielgerichtete Entlastungsschritte umgesetzt. So wurden zum Beispiel Erleichterungen beim Investitionsabzugsbetrag und bei der Verlustverrechnung geschaffen, von denen die mittelständischen Unternehmen besonders profitieren. Die kleinen und mittleren Unternehmen prägen die deutsche Wirtschaft. Sie bilden die Grundlage für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Der Mittelstand ist auch heute der wichtigste Motor für die Entstehung und Bewahrung von Arbeitsplätzen. Daher ist Steuerpolitik für die Mitte auch Politik für den Mittelstand.

### **Familienbesteuerung**

Weil Mitte nicht nur wirtschaftlich zu verstehen ist, bedeutet Steuerpolitik für die Mitte auch Familienförderung. Kinder und Familie sind Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und der Wirtschaft. Diese Zukunftsfähigkeit müssen wir erhalten. Das Steuerrecht leistet durch eine familiengerechte Ausgestaltung hierzu einen wichtigen Beitrag. Unter anderem wurden in dieser Legislaturperiode der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag für Geringverdiener angehoben. Auch der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde erhöht und nach der Anzahl der Kinder gestaffelt. Zusammen mit der Tarifierpassung zum Abbau der kalten Progression werden die Bürgerinnen und Bürger so um 5,4 Milliarden Euro jährlich entlastet. Arbeitsanreize und Kaufkraft werden gestärkt.

Diese Steuerpolitik für Familien versteht sich als eine Politik, die gelebte familiäre Werte würdigt und Menschen unterstützt, die Verantwortung füreinander übernehmen.

### **Modernisierung des Besteuerungsverfahrens**

Die zunehmende Digitalisierung prägt unser Leben mehr und mehr. Das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens greift diese Tatsache

auf und schafft den nötigen rechtlichen Rahmen für ein Gesamtpaket aus technischen, organisatorischen und rechtlichen Modernisierungsmaßnahmen. So sollen bürokratische Hemmnisse gemindert, Ressourcen effektiv eingesetzt und eine bürgerfreundliche und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung der Steuerverwaltung gewährleistet werden.

Die Steuererklärung wird erleichtert, Serviceangebote werden ausgeweitet. Der Einsatz von Risikomanagementsystemen im Besteuerungsverfahren wurde gesetzlich verankert. Ein moderner und zukunftsfester Steuervollzug sorgt dafür, dass die wichtige Funktion der Steuererhebung, für eine ausreichende finanzielle Ausstattung unseres Gemeinwesens zu sorgen, dauerhaft erfüllt werden kann.

### **Bekämpfung der Steuervermeidung und der Steuerflucht**

Die internationalen Anstrengungen zur Eindämmung von Steuervermeidung und zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung sind ein bedeutender Baustein zur Schaffung und Erhaltung von Steuergerechtigkeit. Mit dem Abschluss des von Deutschland maßgeblich vorangetriebenen gemeinsamen Projekts der OECD und der G20 gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung (*Base Erosion and Profit Shifting*, BEPS) im Oktober 2015 und der Vereinbarungen zum automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten nach dem gemeinsamen Meldestandard (*Common Reporting Standard*) konnten wesentliche Schritte zur Eindämmung von Steuervermeidung und zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung erzielt werden.

Nun liegt der Fokus auf deren Implementierung in möglichst vielen Staaten und Gebieten. Bereits 85 Staaten haben sich dem sogenannten *Inclusive Framework* angeschlossen und sich damit zur Umsetzung der BEPS-Empfehlungen verpflichtet. Ebenso haben sich inzwischen mehr als hundert Staaten und Gebiete zu dem entsprechenden *Common Reporting Standard* bekannt.

Mit der Einführung des internationalen Informationsaustausches in Steuersachen hat auch die Diskussion um die Abschaffung der Abgeltungssteuer im politischen Diskurs an Fahrt gewonnen. Bevor jedoch über die Abschaffung nachgedacht werden sollte, ist zunächst die praktische Grundlage für eine weitere Sicherstellung einer gleichmäßigen Besteuerung zu schaffen. Hierzu gehört auch der automatische Informationsaustausch. Manches spricht ebenso für die Beibehaltung der Abgeltungssteuer: Sie wirkt für den Bürger und die Steuerverwaltung vereinfachend und bürokratieentlastend.

### **Steuerpolitik in ausgeglichenen Haushalten**

Das Erreichen schuldenfreier öffentlicher Haushalte ist eine außergewöhnliche Leistung, die die Zukunftsfähigkeit Deutschlands stärkt. Schon aufgrund der demografischen Herausforderungen, die vor uns liegen, müssen wir jetzt an schuldenfreien Haushalten festhalten und darüber die Staatsverschuldungsquote weiter konsequent zurückführen. Die Bürger in Deutschland

haben zugleich hohe Ansprüche an staatliche Leistungen, was sich auch im Umfang der Staatsausgaben widerspiegelt. Mittelfristig sollten diese dennoch nicht stärker wachsen als die allgemeine Wirtschaftskraft. Die Prognosen der unabhängigen Steuerschätzer gehen für die kommenden Jahre zwar davon aus, dass das Steueraufkommen stärker zunimmt als die allgemeine Wirtschaftskraft. Die sich hieraus in den nächsten Jahren möglicherweise ergebenden Spielräume sollten aber für weitere Entlastungen vor allem der mittleren Einkommen bei der Lohn- und Einkommensteuer genutzt werden. Es gilt nun, die Leistungsträger zu entlasten, die Ingenieure, Handwerksmeister, Lehrer und Polizisten aus der Mitte unserer Gesellschaft. Das stellt auch die richtigen Weichen für ein gutes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Angesichts des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels wird man die Frage nach Reichweite und Effizienz der steuerpolitischen Ausrichtung immer wieder von Neuem aufwerfen müssen. Das Steuersystem muss sich fortentwickeln, ohne dabei seinen Anspruch an Stringenz, Stabilität und Verlässlichkeit zu verlieren. Die stabilitätsorientierte Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung hat in den letzten Jahren das Zukunftsvertrauen von Bürgern und Unternehmen gestärkt. Der positive Wachstums- und Beschäftigungstrend mit einer robusten Binnennachfrage ist nicht zuletzt das Ergebnis verlässlicher Reformpolitik und finanzpolitischer Solidität. Auch in Zukunft gilt es, günstige Rahmenbedingungen zu sichern, bei denen es sich lohnt, kreativ und innovativ zu sein.

Nur aus der Mitte kann Deutschland erfolgreich gestaltet werden. Eine verlässliche, leistungsgerechte und wachstumsorientierte Steuerpolitik leistet hierzu einen wichtigen Beitrag – für die Mitte.

# Eigentum für alle

—

Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

## LARS VOGEL

Geboren 1978 in Neustrelitz (Mecklenburg), Dipl.-Volkswirt, Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

Seit Thomas Pikettys Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* – aktuell neu befeuert durch Marcel Fratzschers Buch *Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird* –

ist in Deutschland eine neue Debatte um die Einkommens- und Vermögensverteilung in Gang gekommen. Neben der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Methoden und aufgeworfenen Hypothesen wurden in der Öffentlichkeit insbesondere Gerechtigkeitsaspekte und daraus abzuleitende Umverteilungsmaßnahmen thematisiert. Darin lässt sich ein bestimmtes – eben distributives – Verständnis von Einkommens- und Vermögenspolitik erkennen, welches mit der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards kaum vereinbar ist.

Erhard schrieb in seinem Klassiker *Wohlstand für Alle* von 1957, dass es „ungleich sinnvoller [...] ist, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Energien auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft zu richten,

als sich in Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben“.<sup>1</sup> Diesem Verständnis muss auch eine Vermögenspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Rechnung tragen.

## **PRIVATEIGENTUM UND VERMÖGEN**

Eine Vermögenspolitik, die sich auf Ludwig Erhard gründet, müsste eigentlich richtig – aber leider auch deutlich sperriger – Privateigentumspolitik heißen. Für Erhard ist Privateigentum die „freie individuelle Verfügung über Geld, Sachen und Sachwerte“, während Vermögen den „Gegenstand an sich“ meint. Privateigentum ist Ausdruck der persönlichen Freiheit und Voraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung.<sup>2</sup>

Anders ausgedrückt: Privater Wohlstand ist in der Sozialen Marktwirtschaft nicht Selbstzweck, sondern das Fundament für individuelle Würde und Freiheit. In der Marktwirtschaft ist das dezentral verteilte Privateigentum an den Produktionsmitteln eine notwendige Bedingung für Wettbewerb. Privateigentum samt der Verfügung über dessen Erträge und samt der Haftung für unternehmerisches Handeln stellt Unternehmen letztlich in den Dienst der Verbraucher.

Privateigentum bietet zudem die Möglichkeiten zur individuellen Vorsorge. Es mindert bei Arbeitnehmern die Abhängigkeit vom Arbeitseinkommen und von staatlichen Transfers und bietet damit Schutz bei Notfällen. Damit – und hier schließt sich der Kreis – trägt es unmittelbar zum Selbstwertgefühl und zur Würde des Einzelnen bei.

## **RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE VERMÖGENSBILDUNG**

Aufgrund dieser wichtigen Funktion von Privateigentum und Vermögen in der Sozialen Marktwirtschaft hat Ludwig Erhard stets auf die staatliche Unterstützung der Vermögensbildung hingewiesen. So schreibt er 1971: „Die Förderung des Privateigentums muss Hand in Hand gehen mit der Unterstützung der Privatinitiative, der Erhaltung des geschaffenen Privateigentums und seiner Vermehrung in Händen möglichst vieler Staatsbürger.“<sup>3</sup>

Das Ziel der Vermögenspolitik hatte er auch 1963 in der Regierungserklärung zu Beginn seiner Kanzlerschaft ausgegeben: „[...] auf dem Wege über immer breiter gestreutes privates Eigentum das Selbstbewusstsein zu wecken und den Bürgersinn zu stärken wie auch das soziale Ansehen und die wirtschaftliche Sicherheit zu mehren [...]“.<sup>4</sup> Hier offenbart sich die grundverschiedene, aber für Ludwig Erhard typische Sichtweise auf eine Politik, die

sich letztlich selbst obsolet macht: Vermögenspolitik bedeutet eben nicht, über das Steuersystem oder soziale Sicherungssysteme dauerhaft Vermögen umzuverteilen, sondern geeignete Rahmenbedingungen für die notwendige Bildung von Vermögen beziehungsweise Privateigentum zu schaffen – und eventuell eine zeitlich begrenzte, staatliche Starthilfe zu gewähren.

Vermögenspolitik darf also nicht falsch verstanden werden als Begriff, der die Verantwortung für Vermögensbildung in die Hand der Politik legt. Kann der Staat doch nur vorhandenes Vermögen umverteilen, welches zuvor natürlich auch erst einmal erwirtschaftet werden muss. Oder in den Worten Erhards: „Jede Bildung von Eigentum setzt Sparen und Konsumverzicht voraus.“<sup>5</sup>

## VERMÖGENSPOLITIK IN DEUTSCHLAND

In der Geschichte der Bundesrepublik fokussierte sich die Vermögenspolitik vor allem auf die Bildung von Geldvermögen, zum Beispiel durch das Sparprämiengesetz, sowie von Grund- und Wohnungsvermögen, etwa durch Bausparen und Eigenheimprämie. Die individuelle private Beteiligung am Produktivvermögen wurde dagegen nur selten in den Fokus genommen, so bei der Ausgabe von sogenannten Volksaktien bei Preussag (1959), Volkswagen (1961) und VEBA (1965).

Durch die Vermögenspolitik hatte der Staat seinen Anteil am Aufbau von Geld- und Wohnungsvermögen nach dem Zweiten Weltkrieg. Weniger erfolgreich waren die (wenigen) Maßnahmen zur Verbreitung von Produktivvermögen in privater Hand. Dabei wäre gerade die breit gestreute Kapitalbeteiligung an Unternehmen ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft: So könnten die Unternehmen ihre Eigenkapitalbasis verbreitern und dezentralisieren. Zudem würden die Interessenlagen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – von „Arbeit“ und „Kapital“ – besser zur Deckung gebracht. Besonders hervorzuheben ist darüber hinaus die innere Identifikation des Einzelnen mit der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft und des Arbeitnehmers mit dem „eigenen“ Unternehmen – wenn er sich denn an diesem beteiligt.

## DIE WIRKLICHKEIT INDIVIDUELLER VERANTWORTUNG

Die Soziale Marktwirtschaft hat insbesondere in den Jahren des „Wirtschaftswunders“ für beachtlichen wirtschaftlichen Erfolg und materiellen Wohlstand auf breiter Front gesorgt. Und mit dem gewachsenen Wohlstand sollte eigentlich die individuelle Verantwortung – als Gegenstück zur persönlichen

Freiheit und Würde – stärker in den Vordergrund rücken. Doch statt mehr individueller Verantwortungsbereitschaft und größerer Unabhängigkeit wurde der Ruf nach mehr kollektiver Sicherheit immer lauter. Statt dem Einzelnen mehr zuzutrauen und abzuverlangen, wurden die kollektiven Systeme der sozialen Absicherung stetig ausgebaut, einmal abgesehen von vereinzelt Gegenmaßnahmen, wie zum Beispiel am aktuelleren Rand den „Rentenreformen“ unter Gerhard Schröder (Einführung der Riester-Rente 2001 und eines Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel 2004) und während der ersten Großen Koalition unter Angela Merkel (Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre).

Dieser sich schon früh abzeichnenden Entwicklung zum „Versorgungsstaat“ widmete Ludwig Erhard ein eigenes Kapitel in *Wohlstand für Alle*. Mit Blick auf den gestiegenen Wohlstand und die höhere private Leistungsfähigkeit großer Bevölkerungsteile lautete seine Botschaft: „Der staatliche Zwangsschutz aber muß oder sollte dort haltmachen, wo der einzelne und seine Familie in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen.“<sup>6</sup> Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1963 wollte Erhard die Vermögenspolitik zudem auf die tatsächlich darauf angewiesenen Bürgerinnen und Bürger fokussieren: „Die Eigentumsbildung soll in Zukunft nachdrücklicher zugunsten der einkommensschwachen Bevölkerungskreise gefördert werden.“<sup>7</sup>

Im Rückblick muss man festhalten, dass sich Erhards grundlegende Befürchtungen bewahrheitet und seine Bemühungen wenig ausgezahlt haben: Das Verhältnis von individuellem Vermögen zu kollektivem Vermögen im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme hat sich immer weiter von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft entfernt. Zwar ist das kollektive Vermögen, etwa in der Rentenversicherung, gewachsen. Da es sich aber der freien individuellen Verfügung entzieht, kann es nicht als Privateigentum verstanden werden und dessen Funktionen erfüllen.

## **EIGENTUM FÜR ALLE**

Privatvermögen festigt die persönliche Freiheit. Deswegen bedarf es in der Sozialen Marktwirtschaft einer Vermögenspolitik, die sich am Prinzip von Freiheit und Verantwortung orientiert: Denn eine „freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist.“<sup>8</sup>

Ludwig Erhard baute seine Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auf die „Verantwortungsfreudigkeit“ jedes Einzelnen und meinte, dass „das natürliche Streben des einzelnen Menschen, in eigener Verantwortung Vorsorge zu treffen und an seine Zukunft, seine Familie und sein Alter zu

denken, nicht aus der Welt zu schaffen“<sup>9</sup> sei. Deswegen muss heute auch in der Vermögenspolitik (wieder) der mündige Bürger zum Maßstab werden: Er allein muss und kann entscheiden, wie er sein Geld verwenden und anlegen will.

Fördert die Politik bestimmte Sparformen oder einzelne Wege der Vermögensbildung, setzt sie wie immer gut gemeinte, aber eben auch steuernde Anreize. Im besten Fall decken diese sich mit den individuellen Zielen und führen „nur“ zu Mitnahme-Effekten. Im schlechtesten Fall werden sie zur maßgeblichen Entscheidungsgröße bei der Vermögensbildung. Und in jedem Fall hält eine so verstandene Förderpolitik den Irrglauben am Leben, die Vermögensbildung sei ein politisches Aufgabenfeld und vom Bürger gar nicht zu leisten. Vermögenspolitik nach Ludwig Erhard bedeutet, die richtigen Rahmenbedingungen zur privaten Vermögensbildung zu setzen – mit dem Ziel: Eigentum für alle! Voraussetzung dafür wäre allerdings eine Wirtschaftspolitik mit dem ordnungspolitischen Anspruch, „aus der Volkswirtschaft so viel an Kraft und Leistung herauszuholen, daß die Menschen frei von Sorgen und Nöten leben können, daß sie die Möglichkeit gewinnen, Eigentum zu erwerben und dadurch unabhängig zu werden, daß sie mehr an menschlicher Würde entfalten können, weil sie dann nicht mehr auf die Gnade anderer, auch nicht auf die Gnade des Staates angewiesen sind.“<sup>10</sup>

<sup>1</sup> Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964, S. 10.

<sup>2</sup> Vgl. Erhard, Ludwig: „Soziale Marktwirtschaft und Eigentum“, in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 139, 25. Jahrgang, Bonn 26.07.1971, S. 1–5.

<sup>3</sup> Ebd., S. 5.

<sup>4</sup> Erhard, Ludwig: Die Grundlagen der neuen Regierung. Regierungserklärung vom 18.10.1963, abgedruckt in: Wohlstand für Alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964, S. 329–382, hier S. 363.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964, S. 254.

<sup>7</sup> Erhard, Ludwig: Die Grundlagen der neuen Regierung. Regierungserklärung vom 18.10.1963, abgedruckt in: Wohlstand für Alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964, S. 329–382, hier S. 363.

<sup>8</sup> Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, 8. Auflage, Düsseldorf 1964, S. 246.

<sup>9</sup> Ebd., S. 248.

<sup>10</sup> Ebd., S. 230.



# Mitte in Stadt und Land



Die Förderung ländlicher Regionen in Bayern

## ILSE AIGNER

Geboren 1964 in Feldkirchen-Westerham, von 2008 bis 2013 Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, seit 2013 Stellvertretende Ministerpräsidentin des Freistaates Bayern und Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

Es ist ein Kernanliegen bayerischer Politik, die Potenziale in Stadt *und* Land zu nutzen. Die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse findet sich als Staatsziel sogar in der bayerischen Verfassung. Bei der Umsetzung dieses Zieles ging es in den zurückliegenden Jahren im Kern vor allem darum, nicht nur die Metropolen, sondern auch den ländlichen Raum für die Zukunft gut aufzustellen. Dabei sind wir ein gutes Stück vorangekommen: Die

wirtschaftliche Entwicklung in den bayerischen Regionen hat eine erfreuliche Dynamik entfaltet, der ländliche Raum zu den Verdichtungsräumen deutlich aufgeholt. Zwischen 2003 und 2013 ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den ländlichen Regionen um nahezu 45 Prozent angestiegen, in

den Metropolregionen ist es im selben Zeitraum um etwa zwanzig Prozent gewachsen. Damit finden heute bereits über fünfzig Prozent der bayerischen Wertschöpfung in den ländlichen Regionen statt.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt gleicht sich an. Das zeigt der Vergleich zwischen den Regionen mit der jeweils höchsten und niedrigsten Arbeitslosenquote. Im Zeitraum von 2005 bis 2015 hat sich der Abstand zwischen den Regierungsbezirken von 3,4 Prozentpunkten auf 1,2 Prozentpunkte reduziert, sodass der ländliche Raum auf dem Arbeitsmarkt keineswegs gegenüber den Metropolen abfällt. Rund 900.000 sozialversicherungs-pflichtige Jobs sind in den letzten zehn Jahren im Freistaat entstanden – gerade auf dem Land. So verzeichnen rund vierzig Prozent der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte heute faktisch Vollbeschäftigung.

## **IMPULSE FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM**

In den ländlichen Regionen ist es insbesondere der Mittelstand, der die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort prägt. Darum setzen wir das wichtigste Instrument für strukturschwache Räume, die Regionalförderung, gezielt für die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen ein. So haben wir 2015 kleinere und mittlere Unternehmen mit rund 155 Millionen Euro unterstützt und damit Gesamtinvestitionen von knapp 1,2 Milliarden Euro angestoßen: 2.000 neue Arbeitsplätze konnten so geschaffen und 16.000 bestehende gesichert werden. Zusätzlich haben wir Investitionen in die touristische Infrastruktur mit rund 5,7 Millionen Euro gefördert. Auch in den kommenden Jahren werden wir die Regionalförderung für eine fortgesetzt dynamische Entwicklung der bayerischen Regionen einsetzen. Über die LfA Förderbank Bayern und im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms wurden zudem zinsgünstige Darlehen vergeben. Mit 250 Millionen Euro konnten Investitionen in Höhe von über 800 Millionen Euro ausgelöst und rund 1.500 neue Arbeitsplätze geschaffen sowie rund 18.000 bestehende Arbeitsplätze gesichert werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur strukturpolitischen Arbeit leistet auch unsere Ansiedlungsagentur Invest in Bavaria (IB). Im vergangenen Jahr hat IB insgesamt 135 Investitionsvorhaben begleitet und so über 5.000 Arbeitsplätze geschaffen und 650 weitere gesichert – sechzig Prozent davon im ländlichen Raum. Neben den Arbeitsplatzeffekten festigt die Ansiedlungspolitik von IB auch die Rolle Bayerns als führendem Technologiestandort. Technologie und Innovation stärken wir durch den Ausbau von Forschungseinrichtungen und die Stärkung des Technologietransfers überall im Land. Exemplarisch nenne ich die Nordbayern-Initiative, die wichtige Impulse für Wissenschaft und Wirtschaft in strukturschwächeren Regionen gibt.

Große Chancen für den ländlichen Raum birgt die Digitalisierung: Neue ortsunabhängige Arbeitsplätze entstehen ebenso wie neue Geschäftsmodelle und Unternehmen. Damit wir die Chancen auf Wachstum und Arbeitsplätze nutzen können, brauchen wir zunächst ein leistungsfähiges Breitbandnetz im ganzen Land. Deshalb stellt die Staatsregierung 1,5 Milliarden Euro bereit: Bis 2018 wird der gesamte Freistaat mit Breitbandanschlüssen versorgt sein.

## CHANCEN DURCH DIGITALISIERUNG

Mit der Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL haben wir darüber hinaus ein umfassendes Förderprogramm für die gesamte bayerische Wirtschaft aufgelegt, das auch speziell den Bedürfnissen der Regionen Rechnung trägt. 500 Millionen Euro setzen wir dafür ein, dass Bayerns Unternehmen die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

Unsere Strategie umfasst drei Bereiche: den Mittelstand, digitale Gründer sowie Forschung und Vernetzung. Mit dieser Strategie wollen wir Bayern für die digitale Zukunft fit machen – und zwar nicht nur in den Ballungsräumen, sondern in allen Regionen: Mit dem Digitalbonus unterstützen wir gezielt Betriebe in ganz Bayern. Wir unterstützen Mittelständler dabei, eine eigene digitale Strategie zu entwickeln. Pro Jahr stellen wir zwanzig Millionen Euro zur Förderung eines modernen, digitalen Arbeitsumfelds zur Verfügung. Mit der Initiative Gründerland Bayern sorgen wir zudem dafür, dass neue digitale Geschäftsmodelle überall umgesetzt werden können. Unter anderem fördern wir digitale Gründerzentren in allen bayerischen Regionsbezirken nach dem Vorbild des WERK1 in München.

In jedem der sieben Regierungsbezirke entsteht mindestens ein neues Zentrum. In der Summe sind es zwölf Gründerzentren an neunzehn Standorten. Achtzig Millionen Euro nehmen wir dafür insgesamt in die Hand. So unterstützen wir Start-ups als wertvolle Ergänzung zu unseren fest etablierten Unternehmen. Und so erfahren auch Regionen, die fernab von München oder Nürnberg liegen, einen gewaltigen Schub hin zu Digitalisierung und Existenzgründung.

Mit dem Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) haben wir eine wegweisende Einrichtung geschaffen, um unsere Wirtschaft in den Schlüsselfeldern der Digitalisierung konkurrenzfähig zu machen und unseren Forschungsstandort auszubauen. Das ZD.B soll sich als Bindeglied zwischen Hochschulforschung, außeruniversitärer Forschung sowie industrieller Forschung und Entwicklung etablieren. Es umfasst derzeit sechs Plattformen: Digitale Produktion, Cybersecurity, Digitalisierung im Energiebereich, Vernetzte Mobilität, Digitale Gesundheit/Medizin, Bildung – Wissenschaft – Kultur. Alle Plattformen werden bayernweit aktiv sein, um vom Know-how in

den Regionen zu profitieren. Darüber hinaus werden insgesamt zwanzig neue Professuren in ganz Bayern geschaffen.

## **MODELLPROJEKT „eDORF“**

Wie wir konkret die Chancen der Digitalisierung im ländlichen Raum umsetzen, zeigt auch das Modellprojekt „eDorf“. Im Fokus des Vorhabens stehen digitale Anwendungen in Form intelligenter Informations- und Kommunikationstechnologien – zugeschnitten auf die Anforderungen im ländlichen Raum.

Das mögliche Anwendungsspektrum ist groß: Es reicht von Einkaufsservices über Handwerkerleistungen bis hin zu Nachbarschaftshilfe und Seniorenbetreuung. Mit je einem Modelldorf in Nord- und Südostbayern wird den regionalen Unterschieden und Besonderheiten Rechnung getragen. Das Projekt zielt nicht auf einmalige Lösungen ab, sondern auf Zukunftsstrategien, die auch in anderen Regionen zum Einsatz kommen sollen.

Der ländliche Raum in Bayern hat in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen und in vielen Bereichen zu den Ballungszentren aufgeschlossen. Diese Dynamik wird sich insbesondere dann fortsetzen, wenn wir die Chancen der Digitalisierung für künftiges Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in den Regionen nutzen und gleichzeitig den Herausforderungen des demografischen Wandels und des steigenden Fachkräftebedarfs begegnen. Dann wird Bayern auch in Zukunft bei Umfragen zur Lebenszufriedenheit der Menschen ganz vorn liegen.



# „Nicht das Ende!“

---

Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments über die Folgen des britischen Ausstiegs und die europäische Verantwortung

## HANS-GERT PÖTTERING

Geboren 1945 in Bersenbrück, Mitglied des Europäischen Parlaments (1979–2014), Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999–2007), Präsident des Europäischen Parlaments (2007–2009), Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Herr Pöttering, vor rund zehn Wochen haben sich die Briten für den Austritt aus der Europäischen Union (EU) entschieden. Können Sie uns – nachdem der Pulverdampf weitgehend verfliegen ist – eine Einschätzung der Dimension dieses Ereignisses geben?**

**Hans-Gert Pöttering:** Der Ausdruck „Tragödie“ ist vielleicht übertrieben, aber es ist weit mehr als eine bedauerliche Entwicklung, dass ein Mitgliedsland anstrebt, die Europäische Union zu verlassen. Aus persönlicher Perspektive ist es eine der größten Enttäuschungen meines politischen Lebens. Der Vertrag von Lissabon lässt diesen Weg zwar explizit zu, aber niemand hätte sich bei seinem Abschluss vorstellen können, dass er je beschritten würde. Premierministerin Theresa May sagt: „Brexit ist Brexit“ – und das glaube ich leider auch. Die Konsequenzen für die Europäische Union sind schlimm, aber für Großbritannien werden sie schlimmer sein.



Foto: Juliane Liebers / KAS

### Wie konnte es so weit kommen?

**Hans-Gert Pöttering:** Gewiss gibt es nicht nur einen Grund für diese unglückliche Lage. Aber in der Konsequenz der Ereignisse begann die Entwicklung damit, dass David Cameron seine Tory-Abgeordneten im Europäischen Parlament aus der gemeinsamen EVP-Fraktion herausholen wollte. Ich habe damals ein langes Gespräch mit ihm geführt und gesagt, dass er dazu kein Recht habe. Aber er hat dieses Vorgehen gebraucht, um die Stimmen der Europaskeptiker im House of Commons zu gewinnen, damit er Parteivorsitzender werden konnte. Das heißt, die Europapolitik war für ihn schon damals ein Mittel zum Zweck.

Als Premierminister hat sich David Cameron über viele Jahre überaus kritisch zu Brüssel und seinen Institutionen positioniert. Eigentlich war nicht zu erwarten, dass man in einer Referendumskampagne von wenigen Monaten das genaue Gegenteil erreichen konnte – nämlich die Zustimmung zur Europäischen Union.

Unter diesen Voraussetzungen hätte David Cameron das Referendum nicht machen dürfen, aber er war von der Referendumsidee schon immer angetan. Zu einem früheren Zeitpunkt hatte er die Briten über den Vertrag von Lissabon abstimmen lassen wollen –, und zwar, als der Vertrag in Großbritannien ratifiziert war und die Königin die Urkunde unterschrieben hatte.

Mehrfach hat David Cameron also die Europapolitik zur Geisel seiner eigenen Vorstellungen und taktischen Überlegungen gemacht. Nun ist der „Brexit“ eingetreten, und Cameron ist dadurch zu einer tragischen Figur geworden.

**Das negative Votum der Briten war ein Schock für alle Pro-Europäer – manche hoffen, ein heilsamer Schock, andere befürchten Schockstarre. Welche Richtungen und Tendenzen können Sie in der europäischen Debatte ausmachen?**

**Hans-Gert Pöttering:** Es geht jetzt darum, den „Brexit“ so zu gestalten, dass auf der einen Seite Großbritannien keine zu großen Zugeständnisse bekommt, andererseits aber eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Großbritannien möglich bleibt. Zwischen diesen beiden Positionen müssen wir Regelungen finden.

Der bevorstehende Prozess wird schmerzlich und schwierig. Aber der „Brexit“ ist nicht das Ende der Europäischen Union. Jetzt kommt es darauf an, dass die 27 Mitgliedsländer zusammenstehen und der Europäischen Union ein neues positives Projekt geben. Ich sehe es einerseits in der Stärkung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und andererseits in einer europäischen Asyl- und Immigrationspolitik, die die Außengrenzen der Europäischen Union sichert, um so eine geordnete Zuwanderung zu ermöglichen, und die Freiheit des Personenverkehrs innerhalb der Europäischen Union – also die Schengenvereinbarungen – garantiert.

Wie gesagt, der „Brexit“ ist nicht das Ende der Europäischen Union. Aber wir

müssen Konsequenzen aus ihm ziehen. In vielen Ländern der Europäischen Union gibt es die Bestrebung, die lokale, regionale oder nationale Politik zu stärken. Daher ist Subsidiarität ein Prinzip, über das wir intensiv nachdenken sollten: In großen Fragen muss die Europäische Union stark sein, in den Fragen, die vor Ort oder auf nationaler Ebene geregelt werden können, sollen sie auch dort gelöst werden!

Das ist, wenn es konkret wird, allerdings oft leichter gesagt als getan. Wie schwierig es ist, zeigen die aktuellen Beispiele der Freihandelsabkommen TTIP mit den USA und CETA mit Kanada. Dabei handelt es sich fraglos um eine „große Frage“, die alle gemeinsam angeht. Dennoch wurde darüber diskutiert, ob die Handelsabkommen allein durch die europäischen Institutionen ratifiziert werden sollen oder ob die Zustimmung der nationalen Parlamente hinzukommen soll. Wenn nun Letztere auch gefragt werden, dann könnte ein nationales Parlament den gesamten Vertrag unmöglich machen und für die gesamte Union entscheiden. Das heißt: Die Unterscheidung zwischen den „großen“ und den „begrenzteren“ Aufgaben hat es mit der Durchsetzung schwer. Gleichwohl halte ich sie prinzipiell für richtig.

**Ist es richtig, dass es grundsätzlich zwei Positionen gibt: Die eine steht für ein weiteres politisches Zusammenrücken und die andere, wie vielleicht in Polen oder Ungarn, stellt das Nationale wieder stärker in den Vordergrund?**

**Hans-Gert Pöttering:** Für mich gibt es drei Ebenen der Identität: die Heimat, das Vaterland, die Europäische Union und daneben eine Verantwortung für die Welt.



Diese drei Ebenen sollte niemand gegeneinander ausspielen, denn sie ergänzen sich. Wer nur die eigene Heimat sieht, wird irgendwann feststellen, dass er sie nicht allein schützen kann. Wer die eigene Nation über alle anderen stellt, wird zum Nationalisten – und Nationalismus führt zum Krieg. Und wer nur als Europäerin oder Europäer empfindet, hat keine Wurzeln.

Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Sicherung unserer Außengrenzen, der Kampf gegen den Terrorismus – all das sind Aufgaben, für die der Nationalstaat allein nicht mehr in zufriedenstellender Weise eintreten kann. In diesen Fragen wird die Europäische Union gebraucht – und die Menschen erwarten das auch.

Aktuell ist die Problematik aber, dass die Bürgerinnen und Bürger viel Vertrauen in die Europäische Union verloren haben, weil diese durch ihre Mitgliedstaaten nicht so handlungsfähig ist, wie sie es eigentlich sein müsste. Sie kann aber immer nur handlungsfähig sein, wenn die Mitgliedstaaten diesen Weg mitgehen.

Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Auch Polen will mehr Zusammenarbeit: beim Schutz der Außengrenzen und im Bereich der Verteidigung – aus Furcht vor Russland. Wir müssen die Länder dort abholen, wo sie stehen. Mit Polen wie auch mit anderen Ländern sehe ich Chancen darin, Themen und Politikbereiche zu identifizieren, bei denen wir in überzeugenderer Weise europäisch zusammenarbeiten können.

**Radikale Stimmen sagen, dass sich alles ändern müsse, und plädieren für einen totalen Neustart. Sie sind gewiss nicht der Ansicht, dass die teils als „Brüsseler System“ gescholtenen**

**europäischen Institutionen ausgedient haben?**

**Hans-Gert Pöttering:** Dieser Ansicht bin ich in der Tat nicht und möchte derartigen Thesen auch mit aller Entschiedenheit widersprechen: Einen Baum fällt man ja auch nicht leichtfertig, wenn er Schwachstellen hat. Sondern man wird alles tun, um die Schwachstellen zu beheben. Schließlich würde ein neuer Baum Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte, brauchen, um zu wachsen. Die Europäische Union hat fraglos Unzulänglichkeiten, und Brüssel ist – wie Berlin, London oder Paris – gewiss nicht vollkommen. Aber die Europäische Union bewährt sich seit Jahrzehnten in dem Sinne, dass wir die Konflikte auf friedliche Weise lösen und gemeinsam den großen Herausforderungen der Zukunft begegnen wollen. So etwas lässt sich nicht von heute auf morgen neu aufbauen oder ersetzen.

Noch in der Generation vor mir führte die Durchsetzung der jeweiligen nationalen Position zu Gewalt und Kriegen. Heute ringen wir – gewiss teils in langwierigen Verfahren – aber vor allem friedlich und im Wege der Gesetzgebung um beste Lösungen. Dies alles zerstören zu wollen, würde nach meiner Einschätzung zum Nationalismus und zum Kampf aller gegen alle zurückführen.

**Ist die Zeit reif für ein europaweites Verfassungsreferendum, wie es manche aktuell fordern?**

**Hans-Gert Pöttering:** Ich hätte keine Bedenken, wenn ein solches Referendum europaweit ausgeschrieben und alle Stimmen zur „Stimme Europas“ zusammengezählt würden. Aber schon allein unser

Grundgesetz ließe das nicht zu. Separat in den 27 Mitgliedsländern abstimmen zu lassen, hieße dagegen, dass am Ende vielleicht ein, zwei Länder das Fortschreiten Europas oder seine gemeinsame Politik verhindern könnten. Und weil man das nicht wollen kann, wird es bei dem jetzigen System bleiben, bei dem die europäischen und die nationalen Institutionen ihre jeweilige Rolle haben und sie hoffentlich so ausfüllen, dass sie sich nicht als Gegner betrachten, sondern sich gegenseitig ergänzen und unterstützen.

**Die aktuelle Europa-Debatte wird mit einer Eliten-Diskussion verknüpft. Selbst Roland Koch beklagt, dass „sich Eliten und Bevölkerung voneinander entfernen“. Teilen Sie diese Wahrnehmung?**

**Hans-Gert Pöttering:** Damit sprechen Sie ein Phänomen an, das nicht auf die europäische Ebene beschränkt ist, sondern auch die nationale, regionale und sogar die kommunale betrifft. Fraglos müssen wir darüber nachdenken, wie die Kommunikation zwischen den Gewählten und den Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden kann. Das ist zunächst eine Bringschuld der politischen Handelnden. Aber es ist auch eine Holschuld der Bürgerinnen und Bürger, die in der Demokratie dazu aufgerufen sind, diese Lebensordnung durch ihr Engagement auszufüllen.

Zwar gibt es bewundernswertes bürgerschaftliches Engagement – Gott sei Dank etwa bei der Betreuung von Flüchtlingen –, aber auf der anderen Seite wird es beispielsweise immer schwieriger, Kandidatinnen und Kandidaten für kommunale Parlamente oder sogar für Bürgermeisterwahlen zu finden. Das heißt: Bei

allem, was an der Kommunikation verbesserungswürdig ist, die Aufgabe liegt doch wesentlich tiefer, fordert die Institutionen der Politischen Bildung – wie die Konrad-Adenauer-Stiftung – heraus und sollte schon Gegenstand im Schulunterricht sein. Demokratie als Lebensform heißt Engagement, heißt auch, Verantwortung für Ämter zu übernehmen.

**Ihr aktueller Nachfolger als Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, beabsichtigt, sein Amt über die üblichen zwei Jahre hinaus fortzusetzen. Eigentlich ist doch jetzt nicht der passende Zeitpunkt für Personaldiskussionen in der EU, oder?**

**Hans-Gert Pöttering:** Martin Schulz hat es mehr als jeder seiner Vorgänger geschafft, das Europäische Parlament in das Bewusstsein der Menschen zu bringen. Das begrüße ich nachdrücklich, aber es gibt seit jeher eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen, gegenwärtig zwischen der Fraktion der Europäischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Fraktion, über die Amtsdauer des jeweiligen Präsidenten. Und diese Vereinbarungen, die nicht nur auf Handschlag beruhen, sondern konkrete Unterschriften tragen, sollten eingehalten werden. Die Europäische Union lebt davon, dass ihre Regeln respektiert werden und das Vertrauen nicht beeinträchtigt wird.

**Zunächst gab es auf dem letzten EU-Gipfel keine öffentliche Erklärung zu TTIP. Dann wurde Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgeschickt, um die Gespräche mit den USA voranzubringen. Jetzt erklären deutsche und französische Politiker das Abkommen**

## **für gescheitert. Was ist von diesem Durch- und Gegeneinander zu halten?**

**Hans-Gert Pöttering:** Ich finde solche Stellungnahmen unverantwortlich. Die Verhandlungen werden noch geführt und man sollte doch bitte ihr Ergebnis abwarten, bevor man über sie den Stab bricht. Für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union sind partnerschaftliche, ja freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika von großer Bedeutung, und wir sollten alles fördern, was zu einer größeren Nähe zwischen der EU und den USA führt. Deswegen bin ich mit Nachdruck für TTIP.

## **Offenbar gibt es Risse zwischen Kommission und Rat und auch innerhalb des Rates. Muss einem nicht angst und bange werden, wenn ein zerstrittenes Europa in die Verhandlungen um den „Brexit“ geht?**

**Hans-Gert Pöttering:** Unterschiedliche Meinungen in Institutionen sind nichts Ungewöhnliches. Das entspricht der Freiheit jedes Menschen. Am Ende geht es darum – und das ist der große Vorteil der Europäischen Union –, dass wir heute im Wege von demokratischen Verfahren entscheiden. Oft war das in der Vergangenheit die Einstimmigkeit, in vielen Fragen ist es heute die Mehrheitsentscheidung. Das ist etwas sehr Positives, dass wir in den meisten Fragen heute mit Mehrheiten entscheiden.

## **Was ist die Rolle Deutschlands, um mehr europäische Gemeinsamkeit zu erreichen?**

**Hans-Gert Pöttering:** Deutschland ist nach Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft das größte Land der Europäischen Union und hat damit eine große Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union und darüber hinaus. Aber Deutschland darf nie dominierend auftreten, sondern Europapolitik bedeutet immer, dass alle – unabhängig davon, ob es sich um große oder kleine Staaten handelt – aus Überzeugung einen Weg mitgehen können und nicht deshalb, weil ein Land dominierend ist. Insofern wünsche ich mir, dass wir alle Länder der Europäischen Union immer einbinden, und dabei hat Deutschland eine vermittelnde Position. Führen ist in diesem Falle ein anderes Wort für Vermittlung, Diplomatie und Verständnis.

## **Die Briten scheinen im Moment trotz allem gut gelaunt: Der Konsum steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, in Umfragen steigt aktuell sogar die Zustimmung für den EU-Ausstieg. Was ist, wenn die gute Laune sich auf andere überträgt? Oder anders gefragt: Was heißt es für die Zukunft der Europäischen Union, wenn der „Brexit“ ein Erfolg wird, wie es Theresa May versprochen hat?**

**Hans-Gert Pöttering:** Wir wissen nicht, was am Ende passiert. Was wird aus Großbritannien? Was wird Schottland tun? Schottland wie auch Nordirland haben gegen den „Brexit“ gestimmt, und Schottland möchte an die Europäische Union angebunden bleiben. Für Schottland hat die Europäische Union fast einen größeren Wert als die Kooperation mit England. Großbritannien muss zunächst einmal selbst auf diese Fragen eine Antwort finden, und ich glaube, dass das zu einer

großen Belastungsprobe für die britische Innenpolitik wird.

Was die Europäische Union betrifft, habe ich bereits gesagt, dass es jetzt auf den Zusammenhalt der 27 ankommt. Andererseits müssen wir die Beziehungen der EU zu Drittstaaten – also zum Beispiel zu Norwegen, der Schweiz, der Türkei, der Ukraine und weiterhin zu Großbritannien – im Sinne einer Partnerschaft gestalten. Aber Partnerschaft bedeutet nicht, dass diese Länder die innere Entwicklung der Europäischen Union mitgestalten können. Wer draußen ist, ist draußen. Gleichwohl brauchen wir eine sogenannte kontinentale Kooperation, die man auch als privilegierte Partnerschaft bezeichnen könnte, mit den eben genannten Staaten.

**Sie haben ein fast 600 Seiten starkes Buch über Ihren „europäischen Weg“ geschrieben, das demnächst in überarbeiteter Auflage erscheint. Welche Quintessenz würden Sie aus Ihren Erfahrungen ziehen?**

**Hans-Gert Pöttering:** Es wird eine zweite Auflage meiner Erinnerungen „Wir sind

zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg“ geben. Dabei handelt es sich um eine in einigen Punkten erweiterte Auflage, die nun etwa auch die Frage der Beziehungen mit der Türkei oder den „Brexit“ anspricht. Meine politische Erfahrung durch 35 Jahre im Europäischen Parlament und durch andere Aufgaben ist: Es gibt immer einen Weg, voranzugehen, wenn man an die Zukunft glaubt. Dafür braucht es Entschlossenheit, dafür braucht es Mut, aber vor allem auch Geduld und das Vertrauen zwischen den politisch Handelnden. Wenn dieses Vertrauen da ist, dann wird es auch eine gute Zukunft für die Europäische Union geben. Das ist mein Wunsch für uns als Deutsche, aber auch als Europäer.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 1. September 2016.*

Die zweite, aktualisierte und erweiterte Auflage der Autobiographie „Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg“ (Böhlau Verlag, Köln) wird am 18. Oktober 2016 von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin vorgestellt. Das Buch liegt inzwischen auch in bulgarischer, englischer und polnischer Sprache vor.

# Mission Schadensbegrenzung

---

Zu Gründen, Folgen und Auswirkungen der britischen Ausstiegsentscheidung

## GÜNTHER HEYDEMANN

Geboren 1950 in Burghausen (Oberbayern), Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Universität Leipzig und Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden.

Inzwischen ist der Schock über die Entscheidung für den „Brexit“ westlich und östlich des Ärmelkanals verfliegen, keineswegs aber die Probleme, die daraus erwachsen. Ein beiderseitiger Schock war er schon deshalb, weil eine knapp unterlegene Minderheit von Briten (rund 48 Prozent), vor allem der jüngeren Generation, den Aus-

tritt Großbritanniens nicht wünschte, auch wenn die jungen Wähler es zum Teil versäumten, ihr Votum für die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Union (EU) abzugeben. Ebenso „shocking“ war das Abstimmungsergebnis für Brüssel, die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie für die Regierungen in den europäischen Hauptstädten. Der kommende Exit der Briten schwächt nicht nur das weltweite Ansehen der EU, sondern auch deren Wirtschaftsleistung und ihr Finanzpotenzial.

Aller Voraussicht nach ist aber der Schaden auf britischer Seite noch größer; jedenfalls zeigte sich in ungeahnter Schnelligkeit, wie sehr die Entscheidung für den Brexit an die strukturelle Substanz Großbritanniens ging und geht. Plötzlich stand der ohnehin fragile Zusammenhalt des Vereinigten Königreiches wieder zur Disposition; schließlich hatten Schotten und Nordiren für ein Verbleiben Großbritanniens in der EU gestimmt. Nun sollen sie sich einem vor allem von Engländern befürworteten Austritt aus der europäischen Gemeinschaft beugen. Das wollen mehrheitlich die Schotten nicht, deren Versuch, das Vereinigte Königreich zu verlassen, vor drei Jahren knapp gescheitert war; jetzt aber verfügen sie über ein starkes, zusätzliches Argument, „UK“ den Rücken zu kehren.

## UNVORHERSEHBARE FOLGEN FÜR NORDIRLAND

Ähnliches gilt für Nordirland, wo die Lage noch komplizierter ist. Hier stimmten 56 Prozent der Befragten für die weitere EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. Offenbar haben die Vorkämpfer für den Brexit, insbesondere Nigel Farage und Boris Johnson, in blindem Populismus übersehen, dass Brüssel in beträchtlichem Maß dazu beigetragen hat, die konfliktreiche Lage in Nordirland zu stabilisieren.<sup>1</sup> Das geschah nicht nur durch Investitionen der EU in die dortige Wirtschaft seit dem Friedensvertrag von 1998, die zu größerem Wohlstand in der nordirischen Provinz beigetragen haben. Die Befriedung der Lage resultiert auch aus der Tatsache, dass die 499 Kilometer lange Grenze zwischen Irland und Nordirland aufgrund der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft für die Menschen in beiden Staaten so gut wie inexistent geworden war. Nach Vollzug des Brexit könnte die bisherige „Common Travel Area“ mit ihrer gewohnten Freizügigkeit wieder zu einer echten Staatsgrenze zwischen Irland als Mitgliedstaat der EU und dem Nicht-mehr-Mitglied Großbritannien werden. Konsequenterweise wird es dann zwischen Irland und Nordirland auch wieder eine Zollgrenze mit den dazu notwendigen Grenzanlagen und Sicherheitskräften geben müssen. Verschärft wird die Lage zudem, weil London nach einem Brexit aller Voraussicht nach wieder andere Einwanderungsgesetze einbringen wird als die derzeit gültigen EU-Gesetze – mit nicht vorhersehbaren Folgen für den brüchigen Frieden zwischen Irland und der nordirischen Provinz.

Kurzum, selbst wenn gegenwärtig durch die neue Regierung von Theresa May hinsichtlich der Bestrebungen Nordirlands und Schottlands Ruhe in der politischen Debatte eingekehrt ist, beide Konflikte bleiben virulent. Dies gilt schon deshalb, weil der historisch gewachsene, strukturelle Staatsaufbau als „United Kingdom“ und die damit verbundene politische Kooperation und Kohäsion Großbritanniens im Zuge des anstehenden Brexit-Verfahrens fundamental verändert werden könnte.

## AUSEINANDERDRIFTEN DER GENERATIONEN UND SCHICHTEN

Eine knappe Mehrheit der Briten hat für den Austritt aus der EU gestimmt. Warum ist es zu dieser Entscheidung gekommen? Bei der Beantwortung dieser Frage genügt es nicht, die teilweise verleumderisch geführte Kampagne gegen die Europäische Union und ihre Perhorreszierung besonders durch Farage, Johnson und andere anzuführen. Entscheidend waren generationelle und soziale Faktoren, gepaart mit einem spezifischen Identitätsverständnis und einer besonderen Perzeption Kontinentaleuropas. So haben die Altersgruppen zwischen 18 und 24 Jahren – insgesamt prozentual am höchsten – mit 73 Prozent für den Verbleib in der EU gestimmt; die Generationenkohorte der 25- bis 34-Jährigen mit 62 Prozent, die nächstfolgende Altersstufe (35 bis 44 Jahre) mit noch 52 Prozent für die weitere EU-Mitgliedschaft. Ab dann kippt das Wahlverhalten in den älteren Generationenkohorten um: Für den Brexit stimmten die 45- bis 54-Jährigen mit 56 Prozent, die nächstfolgende Kohorte zwischen 55 und 64 Jahren mit 57 Prozent und die Generation der 65-Jährigen und Älteren mit dem höchsten Prozentanteil von sechzig Prozent.

## EUROPASKEPSIS UND „DEUTSCHLANDANGST“

In der sozialen Stratifikation (Schichtung) ergibt sich ebenfalls ein eindeutiges Resultat, folgt man den Sozialklassen in der Einteilung des britischen *National Readership Survey* (NRS): Demnach haben die Oberschicht, die gehobene Mittelklasse und die Mittelklasse mit 57 Prozent für einen Verbleib Großbritanniens in der EU votiert; hingegen die untere Mittelklasse mit 51 Prozent bereits für den Brexit, die soziale Schicht der Facharbeiter mit 64 Prozent für den Austritt, ebenso die Unterschicht der Arbeiter und Geringverdiener mit gleichem Prozentanteil.<sup>2</sup>

Ganz offensichtlich ist der jüngeren Generation, um es einmal pauschalierend zusammenzufassen, der Wert der EU bewusst. In ihrem persönlichen Erleben sind ihnen die Vorteile ungehinderter Mobilität zwischen Großbritannien und Europa vertraut, nicht zuletzt die Förderung von Bildung und Ausbildung durch die EU sowie die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Forschungsprojekten. Die Befürchtung, Brüssel verkörpere einen „administrativen Moloch“ und werde zu einem alles reglementierenden „Superstaat“, ist bei ihnen kaum oder nur gering ausgeprägt. Anders die ältere Generation: Ab Mitte vierzig und dann immer ausgeprägter bei der älteren Generation sinkt die Zustimmung zur britischen EU-Mitgliedschaft und führt in der letzten Alterskohorte zu einer sechzigprozentigen Gegnerschaft. Hier sind offensichtlich frühere Prägungen nach wie vor virulent: etwa die (nach 1945 verlorene) Rolle als Weltmacht sowie das Bewusstsein, dass der

Verlust dieser Stellung auf die beiden Weltkriege, die jeweils ihren Ausgang in Europa nahmen, nicht zuletzt verursacht von Deutschland, zurückzuführen ist. Ein stärkeres „entanglement“ (= Verwicklung) mit Europa wird aufgrund dieser Erfahrungen und Entwicklungen nicht gewünscht, stellt sich aber gerade für sie durch die Mitgliedschaft bei der EU als eine solche dar. Nicht selten wird diese Aversion auch mit Deutschland in Verbindung gebracht. Das in zwei Weltkriegen niedergerungene Deutschland versuche nun, so die Auffassung, gleichsam im dritten Anlauf, über seine Dominanz in der EU erneut die Vorherrschaft in Europa – und damit auch über Großbritannien – zu erringen. Mag dies letztlich eine irrationale Einschätzung verkörpern, als Meinung ist sie durchaus in der älteren Generation verbreitet. Diese identifiziert sich, auch durch ihre Sozialisation, noch stärker als jüngere Generationen mit der Geschichte und den Traditionen Englands beziehungsweise Großbritanniens auf der Basis eines unterschweligen insularen Bewusstseins: „We here and they over there!“ Mit dem Blick von der Insel auf das europäische Festland ist oft mehr der Kontinent als Europa gemeint.

## **DAS NEIN DER „LOWER CLASS PEOPLE“**

Die soziale Schichtung der britischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Einschätzung der EU ergeben ebenfalls ein weitgehend klares Bild: Die Oberschicht, die gehobene Mittelklasse und der überwiegende Teil der Mittelklasse plädieren für einen Verbleib Großbritanniens bei der EU; ihnen sind die Vorzüge individueller Mobilität sowie eines freien Waren- und Kapitalverkehrs oft schon durch den Beruf bewusst. Die sozialen Klassen darunter hingegen votierten für den Brexit, die unteren beiden Klassen der Facharbeiter, Arbeiter und Geringverdiener sogar mit noch höheren Prozentzahlen (64 Prozent) als in der Generation der über 65-jährigen Briten (sechzig Prozent).

Die Ursachen hierfür liegen zum Teil im jahrzehntelangen sozioökonomischen Niedergang Großbritanniens, der mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft kaum etwas gemein hat, so zum Beispiel der sukzessive De-Industrialisierungsprozess einstmals blühender Industrieregionen vornehmlich in den Midlands, aber auch in Wales, der fast unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg einsetzte und nach 1945 noch einmal eine Beschleunigung erfuhr. Erheblich weiträumiger als das Ruhrgebiet mit seinen bis heute nicht völlig bewältigten Problemen, erlebten diese klassischen Industrieregionen einen unaufhaltsamen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang. Dass es heute keine nennenswerte Auto-Industrie in Großbritannien mehr gibt, ist dafür symptomatisch.

Die Folge war ein sozialer Abstieg breiter Bevölkerungsschichten, der durch neue Industrien und Technologien sowie Dienstleistungen nur partiell aufgefangen werden konnte. Es sind gerade die Schichten der „lower class



people“, die davon betroffen wurden, und daher Perspektivlosigkeit empfinden und kaum soziale Aufstiegschancen sehen.

## **HAUSGEMACHTE EINWANDERUNGSPROBLEMATIK**

Zudem hat sich ihr gesellschaftliches und kulturelles Umfeld seit Ende der 1950er-Jahre zunehmend verändert, das durch die sukzessive Einwanderung von asiatischen Ethnien, aber auch aus der Karibik geprägt wurde. Die Einwanderer wurden als zusätzliche Konkurrenten auf dem umkämpften Arbeitsmarkt wahrgenommen. Der weitere Zustrom von osteuropäischen Arbeitskräften nach den 2004 und 2007 erfolgten EU-Mitgliedschaften Polens, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und anderer Länder erschwerte die Lage für die alteingesessene englische Bevölkerung dann erneut. Denn anders etwa als Frankreich und Deutschland, die ihre Arbeitsmärkte für Hunderttausende von Arbeitskräften aus Osteuropa erst einmal durch Moratorien sperrten, ließ Großbritannien ihren Zustrom zu – mit zum Teil massiven Folgen für das eigene, einheimische Arbeitskräftepotenzial. Dass nun viele Befürworter des Brexit aus den Unterschichten für ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU gestimmt haben, strafte die Europäische Union für eben diese Folgen ab, für die sie gar nicht verantwortlich war beziehungsweise ist.

Zu den beträchtlichen Unterschieden beim Wahlverhalten für oder gegen den Brexit aus sozialen und generationellen Gründen, wie eben dargelegt, kommen noch regionale Unterschiede hinzu. Denn während der Großraum London, Schottland und Nordirland für einen Verbleib Großbritanniens bei der EU stimmten, hat sich „das platte Land“ überwiegend gegen eine weitere britische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ausgesprochen. All dies ist ebenso, wie das Abstimmungsergebnis, Ausdruck einer tiefen Spaltung des Landes in seinem Verhältnis zur EU.

## **STEIGENDE ZUSTIMMUNG FÜR DEN BREXIT**

Wie geht es weiter? Das ist gegenwärtig sicherlich eine hypothetische beziehungsweise spekulative Frage. Politische Handlungsfähigkeit wird erst dann wieder erreicht, wenn der offizielle Antrag zum Austritt Großbritanniens aus der EU, der berühmte Brief Londons nach Brüssel, vorliegt. Nach Lage der Dinge wird dieser Brief auch abgeschickt werden. Denn es steht nicht zu erwarten, dass es zu einer Wiederholung des Brexit-Referendums kommen wird. Eine entsprechende Petition, immerhin von mehr als vier Millionen Briten unterzeichnet, ist bislang politisch folgenlos geblieben. Obwohl gut zwei Drittel der Abgeordneten des Unterhauses für den Verbleib Großbritanniens in der EU gestimmt haben, ist die Forderung nach einer zweiten Volksabstimmung

nicht aufgenommen worden. Zudem ist zwischenzeitlich die Zustimmung zum Brexit sogar gestiegen. Nach einer Umfrage des britischen Markt- und Meinungsforschungsinstitutes „You-Gov“ Anfang August hat sich die Zahl der Befürworter erhöht: 46 Prozent der Briten halten den Ausstieg aus der EU für die richtige Entscheidung, 42 Prozent halten sie für falsch. Auch die Anzahl derjenigen, die sich vom Brexit einen positiven Impuls für die eigene Wirtschaft erwarten, ist von 23 Prozent vor dem Referendum auf jetzt 29 Prozent gestiegen.<sup>3</sup>

Wann immer der britische Antrag vorliegt – er stellt die unabdingbare Grundlage für das weitere Prozedere zwischen Großbritannien und der Europäischen Union dar. Artikel 50 des EU-Vertrages schreibt eine Frist von zwei Jahren für den Abschluss eines Austrittsverfahrens vor, in dem vor allem die Regelungen für die künftigen wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen dem UK und der EU festgelegt werden müssen. Bei diesen Verhandlungen wird der Teufel nicht nur im Detail stecken. Gewichtige politische und formelle Probleme kommen hinzu. Dass eine Verlängerung der Zwei-jahresfrist die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten erhält, die einstimmig erfolgen müsste, scheint eher zweifelhaft; schließlich hat Großbritannien aus ihrer Sicht per Volksabstimmung mehrheitlich den Willen bekundet, die Europäische Union verlassen zu wollen. Kommt es innerhalb der zwei Jahre doch zu einem Abkommen, bedarf dieses nicht nur der Zustimmung des Europäischen Parlaments, sondern auch einer qualifizierten Mehrheit im Europäischen Rat.<sup>4</sup> Kernpunkte der Verhandlungen werden die Fragen eines freien Waren- und Kapitalverkehrs zwischen UK und EU sein sowie die Personenverkehrsfreiheit. Hier sind Konflikte bereits vorgezeichnet, zumal London auf Ersteres drängt, Letzteres jedoch ablehnt.

Selbst wenn sich Großbritannien vermutlich in einer schlechteren Verhandlungsposition gegenüber der EU befindet, politische Vernunft sollte auf beiden Seiten vorherrschen. Letztlich brauchen beide Seiten auf vielen Ebenen einander. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat es Ende Juli in einem Gespräch mit seinem britischen Amtskollegen Philip Hammond beim G20-Treffen der Finanzminister auf den Punkt gebracht, indem er feststellte: „Wir sind uns natürlich einig, dass wir den Schaden aus dieser Entscheidung so gering wie möglich halten wollen für alle Beteiligten.“<sup>5</sup> Es wäre gut, wenn sich alle Beteiligten an diese Maxime halten würden.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch den Beitrag des irischen Außenministers Charles Flanagan: „Die EU ist für Irland von großem nationalen Interesse“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.07.2016, S. 8.

<sup>2</sup> Quelle: Lord Ashcroft Polls.

<sup>3</sup> Vgl. Jochen Buchsteiner: „Die Ruhe nach dem Brexit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.08.2016, S. 8.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu auch Hans-Jürgen Hellwig: „Großbritannien in der Falle“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.07.2016, S. 29.

<sup>5</sup> „Britten wollen fiskalische Antwort auf Brexit-Votum geben“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.07.2016, S. 15.

# Verteidigung des Euro



Es steht mehr auf dem Spiel als eine Währung

## MATTHIAS SCHÄFER

Geboren 1968 in Stuttgart, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bodo Herzog: Eine Neujustierung der Governance der Europäischen Währungsunion. Was kann aus Sicht einer deutschen Ordnungspolitik getan werden?, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin 2016, 44 Seiten, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_45112-544-1-30.pdf?160509095252](http://www.kas.de/wf/doc/kas_45112-544-1-30.pdf?160509095252). Druckfassung zu beziehen über [bestellung@kas.de](mailto:bestellung@kas.de).

Die gemeinsame Währung ist das wohl ambitionierteste Projekt der Europäischen Union. Denn es verbindet die politische, wirtschaftliche und soziale Dimension Europas und führt damit wesentliche Begründungspfade der europäischen Integration zusammen. Deshalb steht mit der Krise des Euro auch mehr auf dem Spiel als eine Währung. Und seine Verteidigung ist aller Mühen wert.

Die Rettungsmaßnahmen zugunsten von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, die strukturellen Veränderungen auf europäischer Ebene, wie die Banken- und Kapitalmarktunion, der Fiskalpakt

oder der Europäische Stabilitätsmechanismus ebenso wie die teilweise schmerzhaften Reformen in den Mitgliedstaaten, sie sind zu Recht nicht allein unter wirtschaftlichen, sondern auch unter politischen Gesichtspunkten zu bewerten. Aber so sehr diese Veränderungen einen erstaunlichen politischen Willen zur Stabilisierung des Euro dokumentieren, der große Anerkennung verdient, so bleiben wesentliche ökonomische Fragen weiterhin unbeantwortet oder zumindest vage: Warum setzt ein Land wie Griechenland mit einer überschaubaren ökonomischen Bedeutung die gesamte Eurozone seit mehr als sechs Jahren derart unter Druck? Und weshalb gelingt auch nach der Verabschiedung von insgesamt drei Rettungspaketen mit Garantien und Schuldennachlässen in einer Größenordnung von mehreren Hundert Milliarden Euro keine dauerhafte Lösung der Situation? Wie kann der Euro mittelfristig wieder zu einer stabilen Währung werden, die getragen wird von einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten und von soliden Staatsfinanzen? Und wie können die nationalen und die gemeinsamen Verantwortlichkeiten bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen besser aufeinander abgestimmt werden?

## **IRRWEG TRANSFERUNION**

Bodo Herzog von der Reutlingen University beantwortet diese Fragen in seiner aktuellen Publikation über die Neujustierung der Governance in der Eurozone in der Tradition der deutschen Ordnungspolitik.

Die Rückkehr der europäischen Wirtschaft zu breiter ökonomischer Dynamik und einer stabilen Währung führt nach seiner Überzeugung nicht über den Weg einer Transferunion, über fiskalische Konjunkturpakete oder unorthodoxe geldpolitische Maßnahmen. Denn mit einer Transferunion würde das akute Problem auseinanderfallender Haftung und Verantwortung nur auf eine höhere Ebene verschoben, aber nicht gelöst. Und weder fiskalische noch geldpolitische Stimuli können eine selbsttragende pekuniäre Dynamik auf Grundlage wettbewerbsfähiger wirtschaftlicher und staatlicher Strukturen ersetzen.

## **DAS FUNDAMENT SICHERN**

Vielmehr kann eine Neujustierung der Governance der Eurozone nur über ein besseres Regelwerk und die gemeinsame und strikte Einhaltung dieser Regeln entsprechend den wesentlichen Grundprinzipien einer stabilen Wirtschafts- und Währungsordnung geschehen, deren Grundlage Bodo Herzog in der Tradition der Ordnungspolitik verankert sieht.

Dazu gehört zum einen, dass das bisherige Regelwerk ergänzt wird: Neben der staatlichen Verschuldung muss die private Verschuldung in den Blick genommen werden. Und auch eine bessere Überwachung des Banken- und Finanzsektors ist dringend angeraten, um die Realwirtschaft und die Steuerzahler vor möglichen Übertreibungen der Finanzmärkte besser zu schützen.

Vor allem gilt es, das unverrückbare Fundament einer stabilen Währung, die Solidität der Staatsfinanzen, besser zu

gewährleisten. Denn nur stabile Staatsfinanzen ermöglichen die Aufrechterhaltung des Primats der Währungspolitik. Und das bisherige Regelwerk war im Sinne stabiler Staatsfinanzen für eine Währungsunion leider unvollständig. Die Regel, dass jeder Mitgliedstaat für seine eigenen Staatsfinanzen verantwortlich ist (No-bail-out-Klausel), ist nicht glaubwürdig, wenn es an einem Verfahren zur Umsetzung einer geregelten Restrukturierung der Staatsschulden (*default*) fehlt und gleichermaßen der Weg versperrt ist, einzelne Mitgliedstaaten bei fortgesetzten Verstößen gegen die Regelungen solider Staatsfinanzen auch zu einem (gegebenenfalls zeitlich begrenzten) Austritt aus der Währungsunion verpflichten zu können (*no exit*).

Wenn es gelingt, mit besseren Regelungen und ihrer strikten Einhaltung die Marktkräfte als disziplinierende Kräfte für solide Staatsfinanzen zu imitieren, dann würde in die Eurozone wieder ein ordnungspolitisches Fundament ökonomischer Vernunft gelegt, das schon einer Sozialen Marktwirtschaft (heute immerhin mit dem Lissabon-Vertrag auch das Wirtschafts- und Sozialmodell der Europäischen Union) zugrunde liegt und das aus der Eurozone jene Stabilitätsunion machen kann, zu der es mit einer Transferunion gerade nicht kommen würde.

## **GEMEINSAME WIRTSCHAFTSPOLITIK IST VORAUSSETZUNG**

Bodo Herzog führt auf überzeugende Weise aus, dass eine Transferunion gerade keines der zugrunde liegenden ordnungspolitischen Probleme lösen würde, die die

Eurozone in diese Krise geführt haben, sondern dass diese Probleme nur auf eine höhere Ebene verlagert würden. Dieses Problem auf europäischer Ebene tatsächlich nachhaltig ordnungspolitisch zu lösen, würde eine wirkliche Politische Union, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit einer eindeutigen, auch demokratischen Legitimation durch das Europaparlament und (s)einer europäischen Regierung voraussetzen. Im Lichte der Brexit-Diskussionen scheint dies aktuell eher ein ebenso ambitioniertes wie ehrenwertes Projekt der nächsten Generation von Europäern zu sein, aber kein wirklich realistischer Ausblick.

Der Autor skizziert eine Alternative: Von zentraler Bedeutung ist dabei – solange eine vollständige europäische Demokratisierung der Regelüberwachung nicht möglich ist – eine Automatisierung bei der Regeldurchsetzung, beispielsweise durch eine Stimmfunktion in Relation zur Regeleinhaltung. Dieser Mechanismus wäre ein Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips; eine Verletzung der („Ex-ante“-)Regeln hätte automatisch einen schrittweisen Verlust der Einflussnahme auf die Gestaltung des Verfahrens und die Entscheidungen aller Mitgliedstaaten zur Folge.

Wenn die jetzige Generation der Europäer eine Politische Union (noch) nicht umsetzen kann, dann wird sie sich gewiss für eine stabile Eurozone verantwortlich fühlen und kann sich dazu von der überzeugenden Tradition der Ordnungspolitik inspirieren lassen. Bodo Herzogs Beitrag liefert dazu lesenswerte und diskussionswürdige Impulse.

# Geschwächter Präsident?

—  
Die Türkei nach dem gescheiterten Militärputsch

## YAŞAR AYDIN

Geboren 1971 in Artvin (Türkei), Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der HafenCity Universität in Hamburg. Neben Fachbeiträgen schreibt er Kommentare für türkische („Hürriyet Daily News“) und deutsche Zeitungen („Der Freitag“).

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 starteten Teile der türkischen Streitkräfte einen Militärputsch. Kaum jemand hatte mit einer solchen Entwicklung gerechnet, denn die über Jahrzehnte herrschende Unantastbarkeit der Militärs bestand nach den Prozessen gegen die nationalistische Untergrundorganisation Ergenekon (2008) und die Schlaghammer-

Strafprozesse (2010) längst nicht mehr; der militärische Einfluss in Staat und Zivilgesellschaft war durch den Machtausbau der AKP-Regierung sowie Gesetzesänderungen endgültig gebrochen. Außerdem erzeugte die Hegemonialstellung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP), vor allem aber Erdogans starker Zugriff auf die Partei und den Staat das Bild eines allmächtigen Staatspräsidenten.

Deswegen kam nach der Vereitelung des Putschversuches schnell die Vermutung auf, dass es sich um eine Inszenierung gehandelt haben könnte.

Einige verwiesen auf den angeblichen Dilettantismus der Putschisten und auf Ungereimtheiten in der Ereignis- und Handlungskette. Vor allem aber erhielt die These dadurch Vorschub, dass Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan mit seinem Triumph über die Putschisten, der Mobilisierung der Massen sowie seinem Zugriff auf Justiz, Polizei und Militär auf dem Gipfel seiner Macht angekommen zu sein schien. Was könnte ihn jetzt noch von seinem Ziel, das Präsidialsystem einzuführen, abhalten?

Vieles spricht indes dagegen, dass es sich bei dem Putschversuch um eine Inszenierung Erdoğan's gehandelt haben könnte, die es ihm erlaubte, seine Widersacher in Militär, Bürokratie und Politik aus dem Weg zu räumen. Erstens können sich bei einem inszenierten Putsch Dynamiken entwickeln, die schnell außer Kontrolle geraten. Dies dürfte für einen Machtpolitiker wie Erdoğan kein Geheimnis sein. Zweitens lässt die Dimension der Vorgänge in der Putschnacht schwerlich auf eine Inszenierung schließen: die Bombardierung des Parlaments durch die Kampfflotten der türkischen Luftwaffe, Zusammenstöße zwischen Zivilisten und Offizieren sowie unter Polizisten, Offizieren und Spezialeinheiten, bei denen knapp 300 Menschen ums Leben kamen und über 2.000 Personen verletzt wurden. Schließlich wirkte Erdoğan in den ersten Stunden nach dem Putschversuch nicht unbedingt wie jemand, der alles unter Kontrolle hatte. Der vereitelte Putsch legte im Gegenteil offen, dass Erdoğan den Staat eben doch nicht vollständig im Griff hat. Doch welche Kräfte standen tatsächlich hinter dem vereitelten Putschversuch, und womit lässt sich das Scheitern erklären?

## WER DEN UMSTURZ WOLLTE

Staatspräsident Erdoğan machte das islamische Netzwerk um den seit 1999 im US-Exil lebenden Prediger Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich und kündigte an: „Sie werden einen sehr hohen Preis für diesen Verrat zahlen.“ Gülen dagegen verurteilte den Putschversuch und wies jede Verantwortung von sich. Es ist allgemein bekannt, dass die AKP-Regierung bis zum Zerwürfnis mit Gülen über Jahre hinweg wichtige Stellen in der Bürokratie, der Justiz und den Sicherheitsorganen mit Gülen-Anhängern besetzt hatte. Trotz politischer Differenzen wurden die AKP-Regierung und das Gülen-Netzwerk damals durch einen gemeinsamen Feind zusammengehalten: durch die Opposition gegen einen historischen Block, bestehend aus säkularen, nationalen Generälen, Staatseliten und westlich orientierten Großunternehmern. Nachdem die Macht dieses säkular-nationalen Blocks gebrochen war, die AKP ihre Hegemonie errichtet und die Militärs unter zivile Kontrolle gebracht hatte, verschwand auch ihr Interesse, die Macht mit Gülen zu teilen. Seit Herbst 2013 geht die AKP-Regierung im Bildungssystem – einem zentralen Rekrutierungs- und Finanzierungsfeld der Gülen-Bewegung –, in der

zivilen sowie Sicherheitsbürokratie, der Wirtschaft und den Medien offen gegen das Gülen-Netzwerk vor. Zahlreiche Vorbereitungsschulen wurden geschlossen, die Tageszeitung *Zaman* und die Privatbank Bank Asya staatlicher Kontrolle unterstellt.

Solche Maßnahmen haben das Gülen-Netzwerk finanziell geschwächt und seine Sympathisanten in der Armee motiviert, sich den Putschisten anzuschließen. Die Verhaftungswelle deutet jedoch darauf hin, dass auch militänt-laizistische Offiziere, die mit Erdogans Innen- und Außenpolitik unzufrieden waren und befürchteten, nicht befördert oder gar aus der Armee ausgeschlossen zu werden, an dem Putschversuch beteiligt waren. Zu unterstreichen ist auch, dass der Putschversuch etwa einen Monat vor der alljährlichen Sitzung des Obersten Militärates (*Yüksek Askeri Şura*) stattfand, bei der die Entfernung illoyaler Offiziere auf der Tagesordnung stand.

Viel ist über die genaueren Beweggründe, Ziele und politischen Vorstellungen der Putschisten bisher nicht bekannt. Ungeklärt bleibt zudem die Rolle des türkischen Geheimdienstes (*Milli İstihbarât Teşkilâtı*, MİT), der laut Medienberichten statt des Ministerpräsidenten zuerst den Generalstabschef Hulusi Akar informiert haben soll. Eine veröffentlichte Videoaufnahme zeigt den Besuch eines hochrangigen Vertreters des MİT beim Generalstab am späten Nachmittag des 16. Juli. Nach dem Putschversuch räumte Staatspräsident Erdoğan nachrichtendienstliche Schwächen ein, wenngleich er den Chef des türkischen Geheimdienstes, Hakan Fidan, bisher nicht zur Rechenschaft gezogen hat.

Offen ist außerdem die Frage, warum Generalstabschef Akar, statt sich in Sicherheit zu bringen, weiterhin in seinem Büro blieb, wo er dann als Geisel genommen wurde. Eine mögliche Erklärung ist, dass er vor einer Stellungnahme erst einmal abwarten wollte, welche Kräfte die Oberhand gewinnen. Es ist aber durchaus auch möglich, dass der Generalstabschef und Teile der Putschisten erst durch die Regierung umgestimmt werden mussten, sich nicht am Putsch zu beteiligen. Entscheidend war in jedem Falle die Teilnahme des Kommandanten der Ersten Türkischen Armee (*Birinci Ordu*) für Erdoğan. Er informierte Erdoğan über die Vorgänge und bewahrte den Staatspräsidenten vor der Verhaftung durch die Putschisten; dieser hatte so die Möglichkeit, nach Istanbul zu entkommen.

Zu den entscheidenden Gründen für das Scheitern des Putsches gehört, dass sich die Armeeführung gegen die Putschisten stellte und regierungstreue Offiziere Widerstand leisteten. Die Putschisten standen außerhalb der Befehlskette und konnten weder den Generalstabschef noch die obersten Heereskommandanten als Unterstützer für sich gewinnen, wie es etwa bei dem Militärputsch von 1960 der Fall war.

Auch die Oppositionsparteien im Parlament stellten sich gegen den Putschversuch, der gegen eine Regierung und einen Staatspräsidenten gerichtet war, die das Land autoritär führen, jedoch demokratisch gewählt sind.



Im Gegensatz zu vorherigen – erfolgreichen – Militärputschen lag weder eine auslösende Staatskrise noch eine starke Legitimationserosion oder Ohnmacht der Regierung vor. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren die geheimdienstlichen Kompetenzen und Befugnisse des Militärs stark eingeschränkt worden waren. In der Vergangenheit hatten Regierung, Premierminister und Staatspräsident erst von den Putschvorgängen erfahren, als bereits die Panzer rollten.

## **MACHTGEWINN ODER MACHTVERLUST?**

Erdoğan reagierte auf den Putschversuch mit drei Strategien: *erstens* mit der Mobilisierung der Massen, um seine Verwundbarkeit zu kompensieren und die Initiativhoheit zurückzugewinnen. Damit hat er möglichen nachfolgenden Putschversuchen einen Riegel vorgeschoben. Bei der Massenmobilisierung kam eine nationalistische Rhetorik zum Einsatz – darunter Vorwürfe einer angeblichen Mittäterschaft der USA und der NATO sowie einer mangelnden Solidarität der EU-Staaten. Der Einsatz derartiger rhetorischer Mittel sowie die Einbeziehung der Religionsbehörde in die Mobilisierungsstrategie sind Zeichen einer stärkeren Verflechtung von Religion, nationalistischen Tendenzen und Politik; eine solche Verquickung dürfte in der grundsätzlich laizistisch strukturierten Türkei die schon vorhandene gesellschaftliche Polarisierung entlang religiöser und ethnischer Linien zusätzlich stärken.

*Zweitens* erfolgte der Versuch, eine anti-militaristische Front herzustellen. Es kam in der Tat zu einer Annäherung zwischen Regierung und Opposition: Erdoğan traf sich zu Konsultationen mit den Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) im Präsidentenpalast, ließ Beleidigungsklagen fallen und erlaubte Demonstrationen und Kundgebungen auf dem Taksim-Platz. An der Großkundgebung in Istanbul nahmen neben dem Generalstabschef auch die Vorsitzenden der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, und der MHP, Devlet Bahçeli, teil. Gleichwohl war der Burgfrieden von Anbeginn fragil und basierte – statt auf einer Einigung mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung – vielmehr auf einer Gegnerschaft zur Gülen-Bewegung.

*Drittens* reagierte Erdoğan mit Repression auf die Putschisten, die Kritikern zufolge auch die linke Opposition mit einschloss. Vier Tage nach dem Putschversuch stimmte das türkische Parlament der Verhängung eines dreimonatigen Ausnahmezustands durch Präsident Erdoğan zu, was ihm nicht nur das Regieren per Dekret erlaubt, sondern auch die Verfügung von Ausgangssperren, Demonstrationsverboten und Einschränkung der Pressefreiheit ermöglicht. Zehntausende von Menschen – Offiziere, Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Lehrer, Geschäftsleute, Journalisten – wurden vom

Dienst suspendiert oder festgenommen, Akademiker durften nicht ausreisen oder mussten die Rückreise in die Türkei antreten. Zahllose private Vorbereitungsschulen, Universitäten, Medienhäuser, Stiftungen, Verbände, Gesundheitseinrichtungen und andere Institutionen mussten schließen.

Mit einem Dekret (Nr. 669) vom 25. Juli 2016 (gültig ab 31. Juli 2016) wurden die türkischen Streitkräfte dezentralisiert; die Militärpolizei (Gendarmerie), die Polizei und die Küstenwache wurden dem Innenministerium, die Land-, Luft- und Seestreitkräfte dem Verteidigungsminister sowie der Generalstabschef dem Staatspräsidenten unterstellt – eine Umstrukturierung, die die parlamentarische Kontrolle nicht stärkt, sondern das Amt des Staatspräsidenten gegenüber dem des Ministerpräsidenten und der Legislative weiter aufwertet und somit mittelbar das Problem der Doppelexekutive vergrößert.

All dies deutet nicht auf eine demokratische Wende, sondern vielmehr auf die Fortsetzung des repressiven Kurses hin. Gleichwohl ist Erdoğan's Macht geschwächt; er steht als ein Staatspräsident da, der trotz großer Machtfülle den Putschversuch nicht verhindern konnte. Erdoğan's Ausspruch, der Putschversuch sei ein „Geschenk Gottes“, galt der Entlarvung der angeblichen „Unterwanderung“ des Staats durch Gülen-Anhänger und die dadurch entstandene Chance, effektiv gegen sie vorzugehen. Sein Ausspruch erweist sich jedoch als Januskopf: Die Erinnerung an den bisherigen Umgang mit ähnlichen Fällen legt nahe, dass der Putschversuch als willkommener Anlass genommen wird, um gegen Oppositionelle vorzugehen und politische Ziele (Präsidialsystem, persönliche Machtkonsolidierung) zu erreichen. Die Ermittlungen und Verhaftungen in Sicherheitsorganen und Justiz sowie die Dezentralisierung des Militärs werden die prekäre Sicherheitslage der Türkei verschlechtern. Aufgrund der nationalistischen Rhetorik werden die Beziehungen zur Europäischen Union, zu den USA und zur NATO angespannt bleiben. Für die suspendierten Beamten und Staatsbediensteten müssen neue eingestellt werden, die nun aus dem konservativ-religiösen Milieu rekrutiert werden. Eine Experten zufolge bevorstehende Säuberungswelle in der AKP wird auch die Regierung destabilisieren. Durch all dies hat sich Erdoğan's Handlungsspielraum keinesfalls erweitert. Er ist stärker denn je auf neue Allianzen – etwa mit den säkularen Staats- und militärischen Eliten – angewiesen, was seinem repressiven Kurs früher oder später Grenzen setzen könnte. Eine weitere Schranke für Erdoğan's Machtanspruch ist die Wirtschaft. Seitdem die AKP primär darauf zielt, ihre Macht zu konsolidieren, hat sie ökonomische Ziele und Entwicklungen vernachlässigt beziehungsweise dem Populismus geopfert.

Insofern liefern die wirtschaftlichen Probleme eigentlich einen starken Anreiz für die Regierung und den Präsidenten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Medienfreiheit zu stärken. Ob die Exekutive dies zur Kenntnis nimmt, wird auch von der Politikfähigkeit der Opposition abhängen.

# Die Verfassung ändern!

---

Zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

## **RUPERT SCHOLZ**

Geboren 1937 in Berlin, Staatsrechtler, von 1988 bis 1989 Bundesminister der Verteidigung.

Die wachsenden Gefahren des internationalen Terrorismus haben erneut die Frage aufgeworfen, ob die Bundeswehr auch im Falle schwerwiegender terroristischer Angriffe oder Gefahren im staatlich Inneren eingesetzt werden kann. Nach bisherigem Verständnis wurde eine solche Möglichkeit in aller Regel verneint. Inzwischen hat das Bundesverteidigungsministerium

aber mit Recht gemeinsame Übungen von Polizei und Bundeswehr für den Fall terroristischer Angriffe vorbereitet, und auch das neue Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik greift ebenfalls berechtigterweise die Frage eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren auf.

Das Grundgesetz ging in seiner ursprünglichen Fassung eindeutig davon aus, dass ein Einsatz der Streitkräfte im Inneren ausgeschlossen ist. Zwischen innerer und äußerer Sicherheit sei strikt zu unterscheiden, wobei die Bundeswehr auf

den Bereich der äußeren Sicherheit beschränkt ist, während der Bereich der inneren Sicherheit der Polizei vorbehalten bleibt. Für die Bundeswehr ergaben sich lediglich Zuständigkeiten im Bereich des Notstandsrechts und gegebenenfalls im Bereich des Verteidigungs- und Spannungsfalls (vgl. Artikel 87a Absatz 4, 91, 115a ff. Grundgesetz – GG). Eine erste Ausnahme von dieser strikten Abgrenzung ergab sich nach Artikel 35 Absatz 2 und 3 GG, wonach vor allem in Fällen von Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen die Bundeswehr in Amtshilfe für die Polizei oder andere Behörden herangezogen werden kann – eine Konsequenz, die sich aus der seinerzeitigen Hamburger Deichkatastrophe ergab, wo die Bundeswehr, damals noch jenseits des Grundgesetzes, zur Hilfe herangezogen wurde. Hintergrund dieser strikten Unterscheidung zwischen Polizei einerseits und Bundeswehr andererseits waren die Erfahrungen aus der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus, als das Militär auch für den Bereich der inneren Sicherheit beziehungsweise der Innenpolitik – vielfach missbräuchlich – eingesetzt worden war.

Dieser historische Befund hat heute seine einst gewichtige Bedeutung verloren. Die Bundeswehr ist längst zu einem gesicherten und integralen Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geworden. Sie ist, wie das Bundesverfassungsgericht zu Recht betont, ein wahrhaft demokratisches Parlamentsheer. Maßgebend ist heute die Frage der Rechtssicherheit für die Bundesrepublik insgesamt wie für alle deutschen Bürger. Dies ergibt sich aus dem fundamentalen Rechtsstaatsprinzip gemäß Artikel 20/28 GG, das die Rechtssicherheit zu den he-

rausragenden und fundamentalen Grundaufgaben des Staates erklärt.

## **ASYMMETRISCHER KRIEG ALS PERMANENTE GEFAHR**

Zwischen innerer und äußerer Sicherheit kann heute längst nicht mehr beziehungsweise definitiv unterschieden werden. In Zeiten des internationalen Terrorismus ist der sogenannte „asymmetrische Krieg“ leider und längst zur allseitigen und leider permanenten Gefahr geworden. Terrorismus greift die innere wie die äußere Sicherheit in vielfach ununterscheidbarer Form an. Der sogenannte Islamische Staat (IS) ist hierfür ein klassisches Beispiel. Ganz folgerichtig haben andere Länder längst in dem Sinne entschieden, dass auch die jeweiligen Streitkräfte zur Bekämpfung des Terrorismus eingesetzt werden. Erinnert sei nur an das Wort des französischen Staatspräsidenten François Hollande, der gerade im Falle des IS mit Recht davon gesprochen hat, dass es hier um „Krieg“, also auch um äußere Sicherheit, geht.

Diesen und vergleichbaren Erfahrungen beziehungsweise Einschätzungen muss sich auch die Bundesrepublik Deutschland stellen. Und dies bedeutet nach hiesiger Auffassung ganz eindeutig, dass im Ernstfall auch auf die Streitkräfte im Falle terroristischer Gefahren oder Anschläge zurückgegriffen werden muss beziehungsweise darf. Man denke nur an die Entführung von Flugzeugen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie als „fliegende Bomben“ eingesetzt werden könnten. Dieser Bedrohung kann nur die Luftwaffe begegnen. Man denke darüber hinaus an terroristische Anschläge mit biologischen oder

chemischen Waffen – wiederum Gefahren, denen die Polizei mit ihren Mitteln nicht beikommen kann, denen vielmehr nur die Bundeswehr entgegentreten könnte. Dies alles außer Acht zu lassen, verstieße schon im Grundsatz gegen die Prinzipien eines ebenso funktionierenden wie effektiven Rechtsstaates.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung zu Artikel 35 Absatz 2 und 3 GG zumindest die prinzipielle Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr gegenüber terroristischen Angriffen inzwischen gebilligt. Nach Artikel 35 Absatz 2 und 3 GG geht es um die Bekämpfung von „Naturkatastrophen“ oder „besonders schweren Unglücksfällen“. Hierbei ist naturgemäß und zunächst nicht an terroristische Angriffe gedacht worden. Aber auch diese können zu entsprechenden Katastrophen oder Unglücksfällen führen. In solchen Fällen erklärt das Bundesverfassungsgericht auch die Amtshilfe der Bundeswehr zur legitimen „Ultima Ratio“.

## **PROBLEMATISCHE EINSCHRÄNKUNG**

Allerdings fordert das Bundesverfassungsgericht in solchen Fällen, dass die Bundesregierung als Kollegium zu entscheiden habe, da eine Delegation etwa auf einzelne Kabinettsmitglieder, namentlich auf den Bundesminister der Verteidigung, nicht statthaft sei. Diese Einschränkung überzeugt jedoch nicht. Nach Artikel 65a GG liegt die Befehls- und Kommandogewalt für die Bundeswehr beim Bundesminister der Verteidigung, und nach Artikel 115b GG geht diese Zuständigkeit im Falle des

Verteidigungs- oder Spannungsfalls auf den Bundeskanzler über. Wenn dies jedoch bereits möglich und im Übrigen auch aus praktischen Gründen notwendig ist, so sollte für den Fall eines Bundeswehreinsatzes gegenüber Terroristen nichts anderes gelten. Schon praktisch wird es in aller Regel nicht möglich sein, die komplette Bundesregierung zusammenzurufen, um im Falle entsprechend akuter Gefahren einschlägige Kollegialentscheidungen zu treffen.

Aus allen diesen Gründen ist der subsidiäre Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung der Polizei und damit zur Sicherung (auch) der inneren Sicherheit gegenüber terroristischen Angriffen ebenso tatsächlich wie verfassungsrechtlich als statthaft zu erkennen und entsprechend vorzubereiten. Dies sollte dann allerdings unter dem Oberbefehl entweder des Verteidigungsministers oder des Bundeskanzlers geschehen. Zu Letzterem bedürfte es freilich einer entsprechenden Verfassungsänderung. Aus Gründen der Rechtsklarheit sollte auch darüber hinaus an eine Verfassungsänderung dahingehend gedacht werden, dass in Artikel 35 Absatz 2 und 3 GG auch ausdrücklich die Möglichkeit genannt wird, die Bundeswehr im Falle schwerwiegender terroristischer Gefahren oder Angriffe zur Unterstützung der Polizei im Wege der Amtshilfe einzusetzen. Eine solche Verfassungsänderung tut in der Sache not und sollte möglichst rasch erfolgen.

# Unerklärte Kriege

---

Wie die DDR und die extreme Linke der Bundesrepublik Israel bekämpfte

## STEFAN MEINING

Geboren 1964 in München, Historiker, Redakteur des ARD-Politmagazins „Report München“ beim Bayerischen Rundfunk.

Jeffrey Herf: *Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967–1989*, Cambridge University Press, New York 2016, 500 Seiten, \$ 29,99.

Im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Berlin-Gatow findet sich ein unscheinbar wirkendes Exponat aus den Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR, abgekürzt NVA. Eine Fotocollage zeigt vor der Fahne Syriens ent-

schlossen ausgestreckte Hände, bereit zum Handschlag. Links daneben sind die Namen deutscher Soldaten zu lesen. Darüber findet sich der Hinweis, dass im Herbst 1973 Angehörige der NVA „ihre internationalistische Pflicht“ erfüllt und mit dazu beigetragen hätten, „den israelischen Aggressor zur Einstellung des Krieges gegen die arabischen Völker zu zwingen“. Hinter diesem martialischen Wortgeklingel verbirgt sich nichts anderes als die damals streng geheime Beteiligung der DDR aufseiten Syriens im sogenannten Jom-Kippur-Krieg.

Am 6. Oktober 1973 hatten während des höchsten jüdischen Feiertages ägyptische und syrische Einheiten mit einem

Überraschungsangriff den jüdischen Staat attackiert und den israelischen Streitkräften schwerste Verluste zugeführt. Erst nachdem die USA über eine Luftbrücke dringend notwendige Rüstungsgüter nach Israel gebracht hatten, konnte der jüdische Staat die arabischen Armeen zurückwerfen. Gleichzeitig lieferte die Sowjetunion – aber auch die DDR – Waffen und zusätzlich Soldaten an die arabischen Staaten.

Die bislang unbemerkt gebliebene Fotocollage aus Gatow dokumentiert eindrücklich, wie stolz die DDR auf die klandestine Beteiligung an diesem Krieg war und wie bereitwillig der SED-Staat die arabische Propaganda einer israelischen „Aggression“ im Oktober 1973 übernahm.

## **BRISANTE GEGENÜBERSTELLUNG**

Gefunden hat dieses heute so merkwürdig anmutende Exponat wie auch viele weitere höchst aufschlussreiche Dokumente zum nie erklärten Krieg des zweiten deutschen Staates gegen Israel der amerikanische Historiker Jeffrey Herf. Der Geschichtswissenschaftler lehrt an der Universität Maryland (USA) und zählt zu den herausragenden Kennern der deutsch-jüdischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. In seinem neuesten Buch, das bislang lediglich in englischer Sprache vorliegt, setzt sich Herf mit den „unerklärten Kriegen gegen Israel“ in den Jahren zwischen 1967 und 1989 auseinander. Herf beschränkt sich dabei nicht auf die DDR, sondern richtet seinen analytischen Blick auch auf die israelfeindliche, extremistische Linke in

der Bundesrepublik. Diese Gegenüberstellung israelfeindlicher Haltungen und Aktionen von Linksextremisten im Westen und SED-Funktionären im Osten Deutschlands macht die besondere Brisanz von Herfs Studie aus. Bereits bekannte Dokumente oder Ereignisse erscheinen bei Herf in einem neuen Licht. Ein besonderes Augenmerk legte Herf auf das Archiv der Vereinten Nationen (VN) in New York. Mit gutem Grund: Da der zweite deutsche und der jüdische Staat nie diplomatische Beziehungen aufnahmen und zudem nur sporadisch inoffizielle Gesprächskanäle nutzten, bildeten die VN die zentrale Arena, in denen die diametral unterschiedlichen Ansichten Israels und der DDR aufeinanderprallten.

Ausgangspunkt der Studie Herfs ist der Juni-Krieg von 1967, als Israel nach der Sperrung der Zufahrtswege zum Roten Meer durch Ägypten in sechs Tagen den Sinai, das Westjordanland, den Ostteil Jerusalems und die Golan-Höhen besetzte. Die DDR stand damals bereits auf der Seite der arabischen Staaten. Für die westdeutsche Linke galt das aber nicht. Hochspannend, gleichwohl archivgestützt ist deshalb die These Herfs, warum es Sommer 1967 zu einem Gesinnungswandel kam. Auslöser seien zwei voneinander völlig unabhängige Ereignisse gewesen: die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg in West-Berlin am 2. Juni und dann drei Tage später der Kriegausbruch in Nahost. Ausschlaggebend sei die proisraelische Haltung der in linken Studentenkreisen verachteten Springer-Presse, allen voran der *BILD-Zeitung*, während des Krieges gewesen, so Herf. So erklärte beispielsweise der damalige Vorsitzende des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“, die Studenten könnten sich

nicht auf die Seite Israels stellen, während die gesamte Presse eine Kriegsführung, die an die deutschen Blitzkriege des Zweiten Weltkrieges erinnerte, unterstützte. In der Folge wurden Begriffe wie „Antifaschismus“ unter der extremistischen, westdeutschen Linken im Gleichklang mit der SED uminterpretiert und erhielten eine antizionistische und somit israelfeindliche Bedeutung. So bezeichnete Ulrike Meinhof die Ermordung der israelischen Athleten während der Olympischen Spiele in München 1972 als eine antifaschistische Aktion.

## **DIE ERSTEN DEUTSCHEN, DIE NACH 1945 WAFFEN AUF JUDEN RICHTETEN**

Besonders beschämend war in diesem Zusammenhang die Entführung einer Air-France-Maschine ins ugandische Entebbe am 27. Juni 1976. Beteiligt an diesem Terrorakt eines arabischen Kommandos waren die bundesdeutschen Staatsbürger Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann. Auf dem Flughafen wurden die erkennbar nichtjüdischen Passagiere freigelassen; die israelischen Staatsbürger und einige jüdische Passagiere sowie der nicht-jüdische Pilot wurden hingegen als Geiseln festgehalten. Böse und Kuhlmann gehörten den „Revolutionären Zellen“ an und waren laut Herf die ersten Deutschen, die nach 1945 wieder ihre Waffen ganz bewusst auf Juden richteten. Beide starben während der Befreiungsaktion durch ein israelisches Spezialkommando am 4. Juli. Wenige Monate später wurde die Befreiung von Entebbe verfilmt. Heute ist weit-

hin vergessen, dass der Film „Operation Entebbe“ und damit auch die Kinobesucher zum Angriffsziel von Terroristen wurden. Stolz, so Herf, hätten sich die westdeutschen „Revolutionären Zellen“ zu Anschlägen auf Kinos bekannt, so zum Beispiel in Aachen, wo sie im Januar 1977 einen Brandanschlag verübten. Zu weiteren Brandbombenanschlägen war es bereits Ende Dezember 1976 auf drei Kinos in Rom gekommen, die den Film zeigten. Ähnliche Anschläge wurden auch in Griechenland und in Südafrika verübt.

Vor dem Plenum der Vereinten Nationen lehnte es die DDR stets ab, Angriffe auf israelische Zivilisten als „Terror“ zu bezeichnen. Aktionen wie die Geiselbefreiung in Entebbe verurteilte der VN-Botschafter Ost-Berlins hingegen als israelische Aggression. Intern, so zeigen es die Akten, war den Verantwortungsträgern des SED-Staates sehr wohl bewusst, dass die Ermordung von Kindern und Frauen nichts anderes als Terrorismus war. Dennoch lieferte die DDR Waffen an Terroristen und arabische Staaten, die Israel als Staat auslöschen wollten. Doch anders als die SED, die an die Vorgaben der UdSSR gebunden war, hatte sich die extremistische Linke im Westen Deutschlands freiwillig gegen Israel gestellt.

Auch wenn die DDR, die „Revolutionären Zellen“ und andere linksextremistische Terrororganisationen längst Geschichte sind, so warnt Herf dennoch vor den Folgen dieser Politik: Kommunisten in Ost wie West hätten ein hochgiftiges, ideologisches Konstrukt hinterlassen, das auf Deutschland und die Welt einen langen, destruktiven Schatten warf. Es wäre wünschenswert, wenn dieses Buch auch in deutscher Sprache erschiene.



# Zweimal deutsche Kunst

—

Vor siebzig Jahren kam es zu einem neuen künstlerischen Aufbruch

## ROLAND PRÜGEL

Geboren 1971 in Temeswar (Rumänien),  
seit 2015 Leiter des Deutschen  
Kunstarchivs und der Sammlung Kunst  
ab 1945 im Germanischen National-  
museum, Nürnberg.

Mit beispiellosen, unheilvollen Aktionen wie der Ausstellung „Entartete Kunst“ von 1937 hatte das NS-Regime die Zerschlagung der internationalen modernen Kunst in Deutschland verfolgt. Die als „entartet“ verfemten und mit Ausstellungsverbot belegten Künstler

waren ins Ausland geflohen oder in die innere Emigration gegangen. 1945 stand Deutschland nicht nur vor einer realen, sondern auch vor einer geistigen Trümmerlandschaft. Es galt nun, kulturelle Aufbauarbeit zu leisten und die deutsche Bevölkerung an das Erbe heranzuführen, das durch die Barbarei der Nationalsozialisten verschüttet worden war. Doch auf welche Traditionen sollte man sich in der Kunst besinnen? Bot diese „Stunde Null“ nicht auch die Gelegenheit, sich neue Vorbilder anzueignen, die nicht länger aus der belasteten deutschen Vergangenheit schöpften?

Erwartungsgemäß fiel die Antwort in jeder der vier Besatzungszonen unterschiedlich aus. Grundlegend war jedoch überall die gleiche Idee: Für die ästhetische Umerziehung der Deutschen sollten vor allem die Werke jener Künstler herangezogen werden, die von den Nationalsozialisten aus dem Land gejagt oder mit Berufsverboten belegt worden waren. In den drei westlichen Besatzungszonen wurde ein umfangreiches Programm zur „Re-Education“ der Deutschen ins Leben gerufen. Mit Ausstellungen, Lesungen und ähnlichen Aktionen, in denen Werke der klassischen Moderne thematisiert wurden, sollte grundlegende demokratische Bildungsarbeit geleistet werden.

Auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hatten ehemals verfeimte Künstler zunächst Hochkonjunktur. Nach Kriegsende waren die meisten emigrierten linksorientierten Künstler dorthin zurückgekehrt. Mit Hans und Lea Grundig, Horst Stempel oder Theo Balden feierte die sogenannte „proletarisch-revolutionäre“ Kunst in der SBZ ein kurzes Wiederaufleben. Die Übergangsphase bis zur Gründung der DDR war von einer verhältnismäßig liberalen Kunstpolitik geprägt. Ein Beispiel dafür ist die 1946 in Dresden organisierte „Allgemeine Deutsche Kunstausstellung“. In dieser größten deutschen Schau der ersten Nachkriegsjahre wurden Werke von Künstlern aus allen Besatzungszonen gezeigt.

Die Toleranz allen kulturellen Äußerungen gegenüber sollte jedoch nicht lange andauern. Mit Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration festigte die Sozialistische Einheitspartei (SED) ihre Machtposition und setzte auch im kulturellen Sektor auf Zentralisierung und Ausschaltung jener Tendenzen, die mit der von Moskau vorgegebenen Kulturästhetik nicht konform waren. Diese wurde unter der Bezeichnung „sozialistischer Realismus“ verbreitet.

## **ABSTRAKTION UND SOZIALISTISCHER REALISMUS**

Der Doktrin des sozialistischen Realismus gemäß sollte Kunst affirmativ sein und in einer typisierten, leicht erkennbaren Bildsprache das Ideal einer im Aufbau befindlichen sozialistischen Gesellschaft verkörpern. Werke, die nicht in dieses Schema passten, wurden pauschal des „Formalismus“ bezichtigt. Der Vorwurf zielte nicht nur auf die im Westen praktizierte abstrakte Malerei, er richtete sich auch gegen jene aus der Emigration zurückgekehrten Künstler in der DDR, die sich einer expressionistischen Formensprache bedienten, um Kriegsgräuel und Verfolgung zu thematisieren. Bilder dieser Art waren nicht erwünscht, denn sie verstießen gegen das Gebot einer ausschließlich positiven Darstellung von Menschen, die tatkräftig und dynamisch mit dem Aufbau des Sozialismus beschäftigt waren.



Heinrich Burkhardt  
(\* 1904, † 1985),  
Brennende Stadt, 1946, Öl

Eine von vier in Dresden aus-  
gestellten Arbeiten des Künstlers,  
dessen Werke 1937 als entartet  
verfemt wurden und dessen  
Gesamtwerk 1945 bei dem Bom-  
benangriff auf Dresden zerstört  
wurde. Burkhardt arbeitete als  
freier Künstler und als Professor  
für Kunst und Kunsterziehung  
seit 1950 in Ostberlin.  
© SLUB Dresden / Deutsche  
Fotothek / Möbius, Walter

Während die DDR „Formalisten“ ins Abseits drängte, trat in der Bundesrepublik in den 1950er-Jahren die internationale, weitgehend ungegenständliche Moderne ihren Siegeszug an. Innerhalb der bundesrepublikanischen intellektuellen Elite herrschte weitgehend Konsens darüber, dass die abstrakte, von inhaltlichen und ideologischen Bezügen „befreite“ Kunstsprache zu bevorzugen sei. Inhaltsleere wurde mit Freiheit gleichgesetzt und als Zeichen höchster künstlerischer Autonomie gewertet. Realismus hingegen galt als „Stil der Unfreiheit“, als Kunst hinter dem Eisernen Vorhang, wo man wie im Dritten Reich alle schöpferischen Kräfte fessele. Es sei völlig verfehlt, die Kunst zum Träger eines politischen Gedankens zu machen, war der allgemeine Tenor. Auf der zweiten documenta 1959 in Kassel feierte die Abstraktion, zur „Welt-sprache“ erhoben, ihren Triumph in der Bundesrepublik. Die uneingeschränkte Bejahung der abstrakten Kunst fußte ebenfalls auf weltanschaulichen Grundannahmen.

## „TAUWETTER“ IM OSTEN

Die Überwindung des sozialistischen Realismus in der DDR setzte zu Beginn der 1960er-Jahre mit der Rehabilitierung der sogenannten „proletarisch-revolutionären“ Kunst aus der Weimarer Republik ein. Künstler wie Käthe Kollwitz, Ernst Barlach, Otto Dix oder George Grosz waren nun wieder salonfähig

und wurden in die Tradition einer „sozialkritischen“ Kunst gestellt. Die Rehabilitation sozialkritischer Kunst der jüngeren Vergangenheit legitimierte zugleich neue künstlerische Positionen, die aus dieser Tradition schöpften. Neben optimistischen, das sozialistische Weltbild bejahenden Werken waren nun auch Arbeiten zulässig, die Kritik übten: Themen wie Umweltverschmutzung, der Kalte Krieg oder Missstände in den kapitalistischen Staaten galten als abbildungswürdig. Dass trotz aller Öffnung Kritik am sozialistischen System nicht stattfinden durfte, muss hier kaum erwähnt werden. Die Bilder des sozialistischen Realismus verschwanden allmählich und wurden von nüchternen und betont sachlichen Darstellungen des sozialistischen Alltags sowie von Werken abgelöst, die scheinheilig ihren moralischen Zeigefinger gen Westen erhoben.

## **„ALLES FLIESST“: NEUE KUNST IN DER BUNDESREPUBLIK**

Als Kunst der Zwischenräume übte die von den USA ausgehende Fluxus-Bewegung wichtige Impulse auf die Kunst in der Bundesrepublik aus. Ähnlich wie die sozialkritischen Künstler sah sich Fluxus in der Tradition engagierter Kunst der 1920er-Jahre. Allerdings führte diese Aneignung zu völlig unterschiedlichen, geradezu konträren Resultaten. „Die Fluxus-Ziele sind soziale (nicht ästhetische)“, schrieb der in New York lebende Fluxus-Künstler George Maciunas an seinen westdeutschen Kollegen Tomas Schmit, und diese Ziele seien strikt gegen das Kunstwerk als funktionslose Ware. Das dadaistische Konzept der „Anti-Kunst“, auf das sich Fluxus-Vertreter beriefen, umfasste die Absage an die Verwertungs- und Vermittlungsmechanismen des Kunstmarktes und entsprach Bestrebungen, sich dem Establishment zu widersetzen.

Angeregt durch Maciunas und Nam June Paik, organisierte Joseph Beuys 1963 in der Aula der Düsseldorfer Akademie ein Fluxus-Fest, das für viele der Anwesenden zu einem einschneidenden Erlebnis wurde. Die Performance als eine sich der Kommerzialisierung (vermeintlich) entziehende Kunstform verbreitete sich, nicht zuletzt dank der aufsehenerregenden Aktionen von Joseph Beuys oder Wolf Vostell.

Auch Gerhard Richter, der zu dieser Zeit an der Düsseldorfer Akademie studierte, ließ sich zusammen mit Sigmar Polke und zwei weiteren Kollegen von den Fluxus-Aktionen zu einer „Demonstration für den kapitalistischen Realismus“ in einem Düsseldorfer Möbelhaus inspirieren. Den Flirt mit Dada und die Verweigerungshaltung dem Kunstmarkt gegenüber gaben die beiden aber bald wieder auf, um zur Malerei zurückzukehren. Auch wenn ihre in der Folge entstandenen Bilder teilweise figürlich sind, haben sie mit den bedeutungsschweren Leinwänden ihrer Kollegen aus der DDR wenig gemeinsam.

## ALLTAG IM SOZIALISMUS

Zu Beginn der 1970er-Jahre vollzog sich eine erneute Weichenstellung in der ostdeutschen Kulturpolitik. Auf dem VII. Parteitag der SED im Jahr 1971 regten Kulturfunktionäre an, die „Breite und Vielfalt der neuen Lebensäußerungen“ zum Thema künstlerischer Auseinandersetzung zu machen. Die Schilderung des Lebensalltags wurde als ein neues künstlerisches Feld entdeckt. Vor allem in Leipzig tätige Künstler wie Wolfgang Mattheuer, Uwe Pfeifer oder die Fotografin Evelyn Richter setzten sich mit ihrem Alltag im Sozialismus auseinander. Ihr kritischer Blick entlarvt die Diskrepanz zwischen dem Individuum und der von ihm geforderten sozialen Funktion.

In diesen schier unüberbrückbaren kunstästhetischen Differenzen zwischen Ost und West gab es aber auch Momente der Annäherung. Der westdeutsche Maler Jörg Immendorff, der 1976 auf der Biennale in Venedig in einer Flugblattaktion zum künstlerischen und politischen Austausch der internationalen Künstlerschaft aufgerufen hatte, reiste wenig später nach Ost-Berlin, um sich mit A. R. Penck zu treffen. Sie gründeten das Austausch- und Aktionsbündnis „Penck mal Immendorff – Immendorff mal Penck“. Unter dem Motto „Die Freude am Malen und der Wunsch, die Mauer zu überwinden – verbinden“ durchleuchteten sie die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den beiden deutschen Staaten und plädierten für den Abbau von Vorurteilen, die Grenzen zementieren.

## „NEUE WILDE“ ÜBERALL?

Die 1980er-Jahre sind in künstlerischer Hinsicht mit der Vorstellung neuer, eruptiver Kreativität und einer großen stilistischen Diversität verbunden. In West-Berlin, Köln und Düsseldorf trat eine Generation junger Künstler in Erscheinung, die frei von ästhetischer Ideologie eine zutiefst subjektive Kunst schufen. Mit abstrakt-expressivem Malgestus oder in gewollt kindlich-naiver Manier stellten diese Künstler eine Zerrissenheit zur Schau, die sowohl das Subjekt als auch die Konsumgesellschaft ins Visier nahm. Rainer Fetting, Helmut Middendorf und Salomé zählten zu den Protagonisten der „Neuen Wilden“ in Berlin, ihre gestische Malerei ist, trotz ihrer radikalen Kunstsprache, ohne den Expressionismus nicht denkbar. In Köln und Düsseldorf hingegen etablierte sich mit Martin Kippenberger, Albert Oehlen oder Werner Büttner eine Riege von Künstlern, die mit Humor und parodistischen Mitteln, absichtlich schlecht gemalten und den Kitsch feiernden Bildern den Kunstbetrieb vorzuführen suchten.

Auch die DDR verzeichnete in den 1980er-Jahren eine markante Diversifizierung der künstlerischen Ausdrucksmittel. Auf der einen Seite stehen bedeutungsschwere und handwerklich perfekt ausgearbeitete Bilder nach



Fritz Winter (\* 1905, † 1976),  
Triebkräfte der Erde, 1944,  
Öl und Tempera auf Papier

Teil einer kleinformatischen Bilderfolge, die während des Genesungsurlaubs des Künstlers entstand, der im Feldzug gegen die Sowjetunion schwer verwundet worden war. 1946 befand sich Winter noch in Kriegsgefangenschaft, Freunde sorgten für die Ausstellung seiner Arbeiten.

© für die Künstlerrechte:  
VG Bild-Kunst, Bonn 2016

© für die Bildvorlage: Konrad Knöpfel Stiftung Fritz Winter im Kunstmuseum Stuttgart,  
Foto: Kunstmuseum Stuttgart

altmeisterlicher Manier, wie sie beispielsweise Werner Tübke oder auch Willi Sitte malten. Sie greifen auf weit zurückliegende künstlerische Traditionen zurück. Auf der anderen Seite hatte die Kunst in der DDR auch ihre „neue Wilden“, vor allem durch die in Dresden tätigen, sogenannten „Autoperforationsartisten“. Zu ihnen gehörten Künstler wie Micha Brendel, Else Gabriel oder Via Lewandowsky. In sorgfältig inszenierten Aktionen arbeiteten sie nach eigener Aussage auf die „Lösung des Gefühlsstaus“ in der DDR hin. Ihre verausgabenden Performances, mit denen sie die Grenzen der körperlichen Belastbarkeit ausloteten, waren als subversive, letztlich politische Geste gemeint, mit denen sie den immer offener werdenden Untergang der DDR begleitend kommentierten.

## EIN LAND - EINE KUNST?

Die Wiedervereinigung Deutschlands räumte die ästhetischen Barrieren, die zwischen Ost und West errichtet worden waren, endgültig zur Seite. Nach 1990 näherten sich die beiden Kunstsysteme nicht nur institutionell, sondern

auch inhaltlich an. Damit ist aber nicht gemeint, dass es zu einer bundesweiten ästhetischen Homogenisierung kam. Vielmehr setzte sich überall ein Klima der breiten Diversifizierung und künstlerischen Neuorientierung durch, in dem aber so manche künstlerische Tradition erhalten blieb. Es wurde jedoch nicht nur Bestehendes bewahrt und breiter gestreut; die politische Einheit setzte auch innovative Kräfte frei, die zu neuen künstlerischen Phänomenen führen. Das beste Beispiel dafür ist die sogenannte „Neue Leipziger Schule“, unter der Künstler wie Neo Rauch, Tim Eitel oder auch Arno Rink subsumiert werden. Die Merkmale dieser Schule vereinen in sich gewissermaßen die ästhetischen Charakteristika von Ost- und Westdeutschland. In der Betonung des Handwerklichen und der weitgehenden Beibehaltung der Figuration macht sich die ostdeutsche Tradition bemerkbar, während die Assoziationsfreiheit und Vieldeutigkeit der Bildthemen und -motive die bundesrepublikanische Kunst des Westens evoziert.

Es wäre sicher nicht angemessen, die Neue Leipziger Schule als „die“ deutsche Kunst des 21. Jahrhunderts zu betrachten. Dennoch trägt auch sie Merkmale eines im besten Sinne des Wortes „neuen“ malerischen Stils in sich: Sie eignet sich Vergangenes an, kombiniert diese Versatzstücke mit nie dagewesenen ästhetischen Ansätzen, aus denen sich jener kreative Mehrwert generiert, der für das Neue in der bildenden Kunst steht.

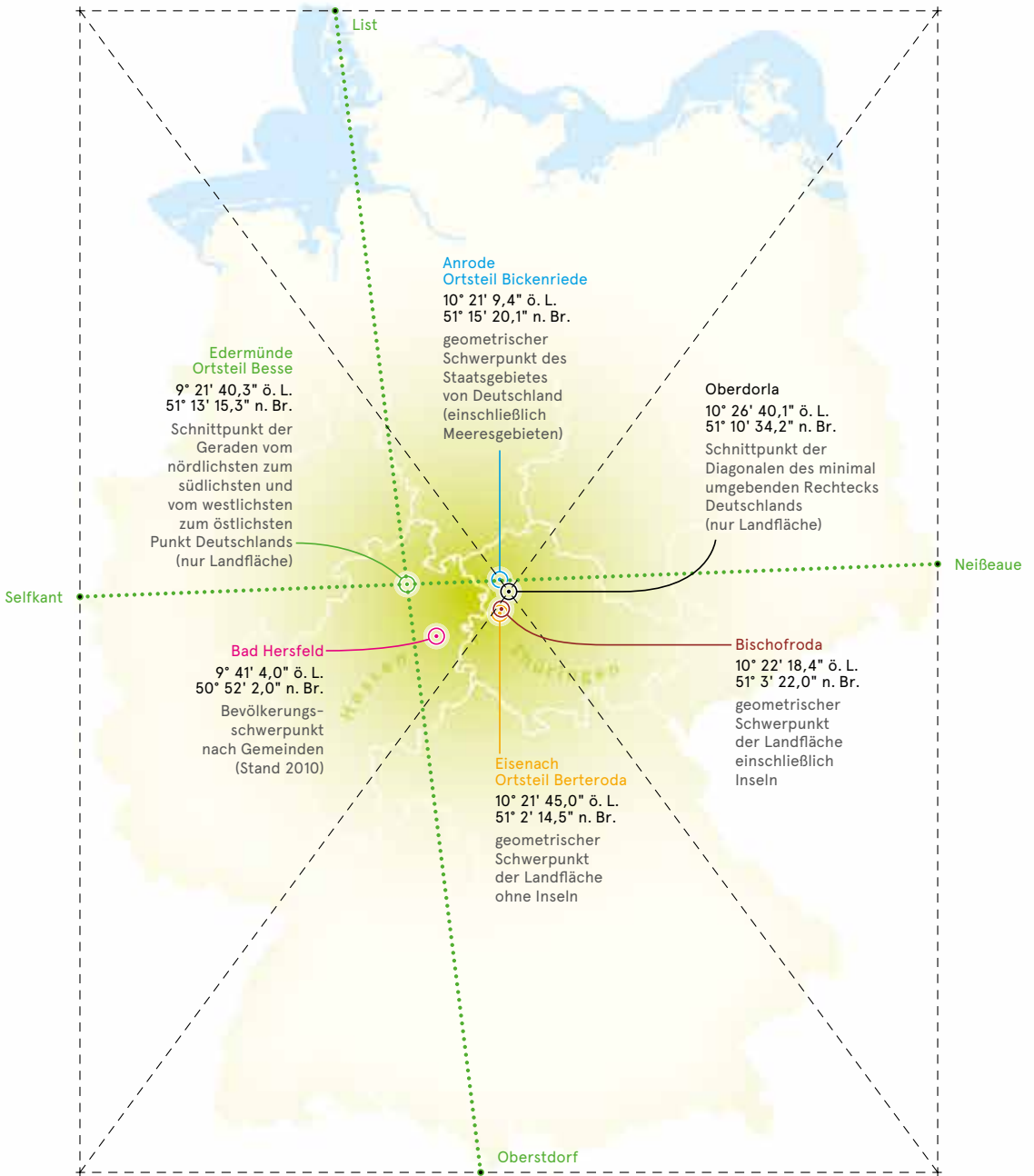
## DEUTSCHLANDS MITTE, ABER WO LIEGT SIE?

Die Mitte zu verorten, ist alles andere als einfach. Selbst die Geografen kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen – je nachdem, welche Ermittlungsmethode zugrunde liegt.

Mitte mag nicht eindeutig bestimmbar sein, und doch deutet das Exempel aus der Geografie darauf hin, dass die Suche nicht gänzlich vergeblich ist. Immerhin lässt sich sagen, dass Hessen und Thüringen die meisten „Mittelpunkte“ haben.

Mitte ist da, wo sich Linien treffen, wo Extreme aufgehoben sind, wo etwas im Gleichgewicht bleibt. Sie ist ein Sehnsuchtsort, schon Aristoteles erhob ihn zum Ideal menschlichen Handelns. Dass man sich ihm nur annähern kann, liegt in der Natur der Sache. Als Orientierung und Ziel fällt er deshalb nicht aus. Im Gegenteil.





© Illustration: Jörg Block – Deutschlandkarte „Deutschlands Mittelpunkte“, aus: ZEIT MAGAZIN # 37/2012



Foto: Firma GEZE

### **BRIGITTE VÖSTER-ALBER WIRD MIT DEM PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT AUSGEZEICHNET**

Brigitte Vöster-Alber erhält am 13. Oktober 2016 den diesjährigen Preis Soziale Marktwirtschaft. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung wird mit dem undotierten Ehrenpreis eine Frau ausgezeichnet, die 1968 die Geschäftsführung des 1863 gegründeten Unternehmens GEZE GmbH übernahm und daraus ein weltweit führendes Unternehmen in der Gebäudetechnikbranche machte.

Ihre unternehmerische Stärke resultiert aus einer besonderen Verbindung von Innovationskraft und Designfähigkeit, die zukunftsweisende Entwicklungen in der Gebäudetechnik ermöglicht und das Unternehmen zum Experten auf dem Feld der Tür-, Fenster- und Sicherheitstechnik machen konnte. Als Familienunternehmerin in fünfter Generation ist sie die entscheidende Impulsgeberin für die Ziele des Unternehmens.

Neben ihrem beispielhaften Personalmanagement in dreißig Tochtergesellschaften mit 2.800 Mitarbeitern weltweit regt Brigitte Vöster-Alber auch das gesellschaftliche Engagement von GEZE an, das sie als Bürgerpflicht versteht. Das kontinuierlichste ist die bereits seit vielen Jahren andauernde finanzielle Unterstützung der „Olgäle-Stiftung für das kranke Kind e.V.“ zugunsten des Stuttgarter Olgahospitals. Zu 150 Patenschaften in Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfswerk Plan International Deutschland kommen die Unterstützungen weiterer medizinisch-sozialer und kultureller Einrichtungen, örtlicher Schulen oder von Wohltätigkeits-Sportereignissen und spontanen Hilfsaktionen hinzu. Die Preisträgerin wurde als „Spitzenfrau“ der baden-württembergischen Wirtschaft ausgezeichnet, ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und Ehrenbürgerin der Stadt Leonberg.

Weitere Informationen unter [www.kas.de/wf/de/71.15895](http://www.kas.de/wf/de/71.15895).

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2016  
zum Thema

# NRW

## Das Land im Westen

Hierzu schreiben unter anderen Serap Güler, Christina Schulze Föcking,  
Peter Biesenbach und Klaus Engel.

### IMPRESSUM

Nr. 540, September/Oktober 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446

#### DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

#### Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,  
Bernhard Vogel

#### Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

#### Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)  
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)  
Redaktionsassistent: Cornelia Wurm  
Studentischer Mitarbeiter: Nils Busekros

#### Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin  
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92  
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10  
rita.tuepper-fotiadis@kas.de  
cornelia.wurm@kas.de  
www.politische-meinung.de

*Einem Teil dieser Auflage liegt die Einladung  
zum 7. Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-  
Stiftung bei.*

#### Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,  
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück  
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34  
Faxnummer: (05 41) 31 04 11  
C.Brinkmann@fromm-os.de

#### Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG  
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

#### Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH  
Agentur für Markenentwicklung, Berlin  
www.stanhema.com

#### Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.  
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €  
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten  
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-  
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern  
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines  
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen  
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-  
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten  
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch  
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich  
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch  
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Mittelstandsbank

# Weil wir die beste Bank für den Mittelstand bleiben wollen.

Die Mittelstandsbank der Commerzbank arbeitet auch weiterhin hart daran, Unternehmen erfolgreich zu begleiten: mit individuellen Finanzierungslösungen, kompetenter Beratung anhand der Wertschöpfungskette, detaillierter Markt- und Branchenkenntnis im In- und Ausland – alles aus einer Hand. Überzeugen Sie sich selbst von unserem Angebot.

[www.commerzbank.de/mittelstandsbank](http://www.commerzbank.de/mittelstandsbank)

**COMMERZBANK**

Die Bank an Ihrer Seite

